

Preussische Allgemeine



Nr. 38 · 22. September 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Komet oder Sternschnuppe

Die Linken-Ikone Sahra Wagenknecht plant die Gründung einer eigenen Partei. Doch wie realistisch ist dieses Vorhaben? Seite 3



Unter Druck MdB de Vries im Interview zur Affäre um Nancy Faeser Seite 4



Umwelt Warum Wale und Delfine immer häufiger Boote attackieren Seite 12

FOTOS: PA (3)

VON KLAUS KELLE

PARTEIENSYSTEM

Die Abstimmung im Thüringer Landtag über eine Senkung der Grunderwerbsteuer war eigentlich keine große Sache. Es ging um 50 Millionen, und die Eltern mit Kindern, die zukünftig ein Anrecht auf die Entlastung haben, freuen sich sicher. Die CDU hatte den Antrag auf Steuerentlastung gestellt, was ihr gutes Recht ist. Und die Älteren werden sich noch erinnern, dass die Christdemokraten in der guten alten Zeit häufig Gutes für Familien mit Kindern getan haben. Doch dieses Mal war die Empörung groß.

Der Grund: Die Mehrheit im Hohen Haus in Erfurt kam zustande, weil neben der FDP auch die AfD dem CDU-Antrag zugestimmt hatte. Die AfD! Darf man denn mit denen zusammen abstimmen, wird sich mancher fragen, der am nächsten Tag die erzürnten Kommentare in den Medien sowie von grünen und roten Politikern verfolgte.

Ausloten, was geht – und was nicht

Die Antwort: Ja, man darf das, und vielleicht muss man das sogar. Denn die Ausgrenzung der rechten Partei pervertiert seit drei Jahren den Wählerwillen im Osten der Republik, nicht nur in Thüringen. Unvergessen der Coup, als CDU, FDP und AfD am 5. Februar 2020 mit einer Stimme Mehrheit den linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stürzten und den FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum neuen Ministerpräsidenten wählten.

Zwar nur für zwei Tage, weil die damalige mächtige Bundeskanzlerin von Südafrika aus dazu aufrief, die Wahl mit dem unerwünschten Ergebnis „rückgängig“ zu machen. Gleichwohl blitzte für alle sichtbar auf, was möglich ist, wenn man die vom politischen Establishment verordnete „Brandmauer“ niederreißt oder wenigstens nicht mehr beachtet.

Denn die Mehrheiten sind da für eine andere Politik in Deutschland. Im Osten

allemaal, aber bei vielen Themen eben auch im Westen und in ganz Deutschland.

Um eine andere Politik durchzusetzen, müssen zwei Dinge geschehen. Das eine: Die Grünen müssen aus möglichst vielen Regierungen herausgewählt werden. Und das zweite: CDU und AfD müssen endlich miteinander sprechen und ausloten, was machbar ist und was nicht.

Anders geht es nicht. Die AfD ist ein politischer Machtfaktor geworden. So lange Union und FDP akzeptieren, dass man mit diesen bösen Rechten nicht einmal sprechen und schon gar nicht kooperieren darf, hat die Union nur linke Machtperspektiven – außer im Freistaat Bayern. Für alle anderen gilt: Wenn wir uns die AfD einfach wegdenken, reicht es rechnerisch nur mit Grünen oder Roten. Dann gibt es aber keine andere Politik, die unser Land unbedingt nötig hat.

Die CDU, einst Volkspartei der Mitte, hat die Wahl. Sie kann Grüne, Sozialisten und SED-Nachfolger stoppen – und zwar jetzt und sofort. Oder sie kann sich weiter anpassen, den verhängnisvollen Ampel-Kurs demütig mittragen und weitere schwere Schuld für den Abstieg unseres Landes tragen.

Keine leichte Aufgabe für CDU-Chef Friedrich Merz, der nach seiner Wahl zum Vorsitzenden im dritten Anlauf nicht müde wird, immer und immer wieder zu bekunden, dass es keine Zusammenarbeit seiner Partei mit der AfD geben werde.

Aber wie soll das funktionieren, wenn im Osten AfD-Politiker inzwischen in kommunale Spitzenämter gewählt werden? Wenn dann der Landrat des Kreises Sonneberg einen CDU-Bürgermeister anruft, um über den Ausbau einer Kreisstraße zu sprechen, muss dieser dann großlos auflegen und sich bekreuzigen? Merz weiß ebenso wie sein Generalsekretär Carsten Linnemann, dass das nicht durchzuhalten ist. Im Osten nicht wie im Westen und letztlich auch auf Bundesebene nicht.

Es ist also an der Zeit, dass „Schwarze“ und „Blaue“ ins Gespräch miteinander kommen. Dafür müssen sie sich nicht gleich in die Arme fallen, denn gerade in den östlichen Bundesländern sind AfD-Funktionäre allerorten anzutreffen, die in einem kollektiven Stockholm-Syndrom die Unterdrücker von einst preisen. Gerade hier findet man bei der AfD Menschen, die den Sozialismus gut finden, wenn man einfach „patriotisch“ davor schreibt. Mit solchen Leuten wird die Union niemals kooperieren und niemals andere Mehrheiten bilden können. Aber gleichzeitig kann sie nicht die Protagonisten der schlechtesten Bundesregierung seit 1949 einfach weitermachen lassen.

Parteiensystem im Umbruch

In Deutschland entwickelt sich eine historisch bemerkenswerte Situation. Ende Oktober wird sich Sahra Wagenknecht daran machen, eine neue Partei auf die

Beine zu stellen. In Bayern können die Freien Wähler nach der medial aufgeblähten Aiwanger-„Affäre“ vor Kraft kaum noch laufen und werden demnächst bei der Landtagswahl ein Rekordergebnis einfahren. Und dann gibt es da noch die kleine bürgerlich-konservative Partei namens „Bündnis Deutschland“. Die hat bei den Bürgerschaftswahlen im kleinsten Bundesland Bremen 9,5 Prozent eingefahren und sitzt jetzt in Fraktionsstärke im Parlament. So werden wir alle Zeugen eines seit 1945 nie dagewesenen Umbruchs im deutschen Parteiensystem. Und Union und SPD stehen staunend am Spielfeldrand und wissen nicht, was sie tun sollen.

Wenn Friedrich Merz nicht den Niedergang seiner traditionsreichen und einst stolzen Volkspartei hinnehmen will, dann muss er jetzt die Zügel fest in die Hand nehmen. Besser noch den Telefonhörer und zum Beispiel Alice Weidel anrufen, um mit ihr ein Gespräch zu vereinbaren. Oder wenigstens seinen Parteifreund Hans-Georg Maaßen, der für viele CDU-Mitglieder der letzte Grund ist, warum sie überhaupt noch Parteimitglied sind.

Es geht hier nicht mehr darum, bei „Lanz“ oder „Will“ gut auszusehen. Oder beim „Spiegel“ und der „Süddeutschen Zeitung“ gnädig davonzukommen. Es geht um unser Land, es geht um die Zukunft unserer Kinder. Und da richtet diese Bundesregierung mehr Schaden an als die ganze AfD seit ihrer Gründung.

Die Mehrheiten für eine andere Politik sind da

Eine Abstimmung im Thüringer Landtag zeigt einmal mehr, dass die Deutschen dem dilettantischen Agieren der „Ampel“ nicht ausgeliefert sein müssen

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Erhöhung von Bezügen in Potsdam und Berlin stößt auf breiten Unmut Seite 5

Kultur

Jörg Bernig widmet sich in seinem neuen Buch der DDR und der Gegenwart Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Königsbergs Luisenkirche soll ihre historische Fassadenfarbe erhalten Seite 13

Lebensstil

Vor 125 Jahren wurde das Königliche Strafgefängnis in Berlin-Tegel eröffnet Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Klostersterben Fast wöchentlich schließt ein großes Kloster in Deutschland. Nur wenige Ordensgemeinschaften schaffen es mit neuen Modellen der Seelsorge, sich dem Trend entgegenzustemmen

Aufstieg und Niedergang einer Institution

Reformation, Revolution, Kriege: Alles haben sie überstanden. Doch nun scheint es für meisten keine Zukunft mehr zu geben

VON BODO BOST

Der Auferstehungsglaube an Jesus Christus hat zur Gründung der Kirche geführt. Die Kirche lebte von Anfang an von der Gemeinschaft der Gläubigen. Diese Gemeinschaft manifestierte sich zunächst in Hauskirchen und anderen Gemeinschaftsformen, später entstanden die Pfarrgemeinden und Klöster. Seit dem 4. Jahrhundert blühte das christliche Mönchswesen in Ägypten, es wurde zur eigentlichen Triebfeder der christlichen Missionsbewegung in allen Kontinenten und zur Geburtsstunde des modernen Christentums. Deshalb konnte auch in Ägypten das Christentum besser in einer islamischen Mehrheitsgesellschaft überleben als in jeder anderen.

Christliche Reformbewegungen sind fast immer in Klöstern entstanden. Auch Martin Luther war Mönch in einem Kloster der Augustiner-Chorherren, bevor er seine Reformbotschaft an die Wittenberger Stadtkirche heftete, die zur Grundlage der Reformation wurde, welche für viele Klöster das Ende bedeutete. Aber gleichzeitig entstanden mit der katholischen Gegenreformation wieder neue klösterliche Gemeinschaften wie die Jesuiten, die neue Ideen und neue Aufbrüche in die katholische Kirche bewirkten.

Aufschwung nach den Weltkriegen

Andererseits ist auch in den protestantischen Kirchen das Klosterleben nie ganz erloschen. Die letzte vielversprechende neue ökumenische Gemeinschaft in der Kirche, die von Taizé in Frankreich, ist eine protestantische Gründung. Auch die Französische Revolution von 1789, die erste komplett antichristliche Gesellschaftsbewegung der Moderne in Europa, die die Kirche auslöschen und alle Spuren des Christentums beseitigen wollte, führte nach nur wenigen Jahren zu einem Neuaufbruch der Kirche in Frankreich.

Nie zuvor wie nach der Revolution wurden in Frankreich so viele Ordensgemeinschaften, geistliche, karitative und missionarische, gegründet. Im Nachhinein gesehen war die Revolution das Beste,

was der französischen Kirche passieren konnte. Auch die beiden Weltkriege und der Nationalsozialismus, der die Kirche bekämpfte, konnten der katholischen Kirche kaum etwas anhaben, die beiden Nachkriegszeiten und das Ende der NS-Zeit waren auch Zeiten des Neuaufbruchs in deutschen Klöstern.

Gerade weil Zeiten großer Not auch Zeiten von verstärkten geistlichen Bedürfnissen waren, gab es noch nach 1945 einen letzten rasanten Anstieg von Klosterneugründungen in Deutschland. Umso stärker war der Einbruch, der seit den späten 1960er Jahren mit der Gesamtgesellschaft auch die katholische Kirche in Deutschland und ihre Institutionen derart hart traf, dass ein Ende oder ein positiver Effekt dieser Krise, anders als bei

vorherigen Krisen, nicht mehr absehbar ist. Dabei hatte sich in der katholischen Kirche mit dem 2. Vatikanischen Konzil zwischen 1962 und 1965, das zu großen Reformen bereit war, noch ein letztes Mal eine große weltweite Aufbruchstimmung breitgemacht.

Wieder wie Oasen in der Wüste

Allerdings bewirkten manche Reformen des 2. Vatikanischen Konzils im Bereich des Sakramentenverständnisses einen starken Rückgang mancher Orden, weil sie nicht mehr gebraucht wurden. Anstatt sich abzuschwächen hat sich das Klostersterben in den vergangenen Jahren auch infolge der Missbrauchsskandale seit 2010 noch verschärft. Fast wöchentlich schließt derzeit ein großes Kloster in

Deutschland. Neugründungen der vergangenen 75 Jahre sind normalerweise die ersten, die auch wieder schließen, bei traditionsreichen Klöstern, die auf eine Existenz von Jahrhunderten zurückschauen können, wird oft noch versucht, den Sterbeprozess aufzuhalten, wobei dieser oft nur verlängert wird.

Das größte Problem ist fast immer der Nachwuchsmangel. Wie in den Priesterseminaren der Diözesen herrscht in den Noviziaten der Klöster oft eine gähnende Leere. Während Bistümer und Missionsorden ihre Nachwuchsprobleme noch einige Zeit mit Personal aus der Dritten Welt auffüllen können – in Afrika und Asien wächst die Kirche und der Ordens- und Priesternachwuchs noch stark –, können dies beschauliche und karitative Or-

den weniger. Karitative Orden haben es jedoch einfacher, ihre Häuser trotz Nachwuchsproblemen zu erhalten, indem sie sie in ordenseigene Stiftungen oder Gesellschaften überführen, die dann den Betrieb mit Laien weiterführen. Missionsorden richten oft, nachdem sie ihr Personal aus den Missionsländern abziehen, eigene Altersheime für ihre betagten Mitglieder in Deutschland ein.

Einen Ausweg aus der Krise gibt es für viele Orden nur, wenn es gelingt, Konzepte zu entwickeln, die den Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechen. So konnten Franziskaner und Kapuziner in manchen Großstädten, wie beispielsweise in Frankfurt-Liebfrauen, neue Großstadt-Seelsorgemodelle entwickeln, die den neuen Bedürfnissen der Menschen nach Rückzugsmöglichkeiten und geistiger Begleitung entgegenkommen. Dort werden Klostergemeinschaften wieder zu Oasen in der Wüste, was sie in Ägypten, wo das Mönchswesen entstand, heute noch sind.

Gebäude werden anders genutzt

In diesen Klöstern bilden sich auch neue Formen des sozialen Zusammenhalts mit Ausgeglichenen, dort wachsen Klostergemeinschaften wieder zu neuer Kraft. In vielen Ländern Europas ist die Zeit der Volkskirchen vorbei, dort muss die Kirche wieder zu einer Kirche für das Volk werden. Dies wird sie jedoch nur, wenn sie auf die Bedürfnisse der modernen Menschen eingeht. Das zeigt sich auch in der Wiederverwendung der leer stehenden Klostergebäude nach der Schließung eines Klosters.

Aus vielen aufgegebenen Klöstern wurden günstige Wohnungen für Familien oder Studenten. Schwerer ist es, für Sakralbauten eine neue Verwendung zu finden. Dort gilt die Regel der Bistümer, dass keine Kirche an eine Moscheegemeinde veräußert werden darf. Diese Regel wird jedoch nicht immer eingehalten, vor allem, falls kommerzielle Zwischenhändler eingeschaltet werden. Für den Islam ist jede Kirche, die zur Moschee wird, nicht nur ein Ort des Gebets, sondern auch des Sieges über das Christentum.



Klöster mit langer Tradition haben noch die besten Überlebenschancen: Missionsbenediktiner der Otilianer Choralchola in der Erzabtei St. Otilien in Emming, Landkreis Landsberg am Lech, Bayern
Foto: imago/Michael Westermann

GESCHICHTE

Ohne sie wäre Europa nicht geboren worden

Die katholischen Orden waren Wegbereiter der abendländischen Zivilisation und Entwicklung

Klöster und Ordensgemeinschaften haben im Mittelalter nicht nur weite Gebiete Europas urbar gemacht, sondern auch eigene Ordensstaaten gegründet. Der Deutsche Ordensstaat, die Wurzel des modernen Preußens, ist ein Beispiel dafür.

Das Mittelalter war die Hochphase des Ordenswesens. Schon sehr früh war das ägyptische Mönchswesen nach Europa gelangt, wo Frankreich und Italien eine Vorreiterrolle übernahmen. Benedikt von Nursia (480–547) gilt nicht nur als Mönchsvater Europas, sondern auch als Vater Europas schlechthin. Seine Benediktiner-Regel, in der Kurzformel „Bete und arbeite“ zusammengefasst, wurde zur Arbeitsethik eines aufbrechenden Kontinents. Die Abtsahlen der Benediktinerklöster waren die erste demokra-

tische Errungenschaft Europas, Jahrhunderte vor dem ersten Parlament.

Die Zisterzienser unter Bernhard von Clairvaux (1090–1157) wurden zur treibenden Kraft der Urbarmachung weiter Landschaften Osteuropas. Sie wurden zur Inspiration der Kreuzfahrerorden und später auch der karitativen Orden. Ganze Ordensstaaten im Orient, auf dem Balkan und im Baltikum wurden von ihnen gegründet und leisteten jahrhundertlang einen wichtigen Beitrag zur Einheit Europas und zur Entstehung des europäischen Gedankens.

Auf dem Weg nach Palästina und in Palästina selbst hatten die christlichen Völker Europas zusammengefunden und eine eigene Identität in der Abgrenzung zum Islam entwickelt. Auch der Ordensstaat Preußen war indirekt ein Produkt

Aus dem Deutschen
Orden ging
schließlich das
moderne Preußen
hervor

des in Palästina gegründeten Deutschen Ordens. Der Deutschordensstaat existierte in der Zeit von 1230 bis 1561. Er umfasste das spätere West- und Ostpreußen sowie als eigenständiges Gebiet bis 1561 Livland im Baltikum, in etwa das heutige Estland und Lettland.

Anders als die schon früher in Palästina gegründeten Ritterorden der Johanniter und Templer schlug der relativ spät gegründete Deutsche Orden einen anderen Weg ein. Er verlagerte nicht den gesamten Schwerpunkt seiner Macht in den Orient. Dort war bei seiner Gründung vor Akko 1190 die Macht der Kreuzfahrerstaaten bereits am Schwinden. Vom Hafen Akko aus konnte er frühzeitig den Schwerpunkt seiner Handlungen, nach einem kurzen Aufenthalt in Siebenbürgen, nach Nordosteuropa verlagern.

Dort wuchs dem Orden bei der Christianisierung und Kolonisierung dieses Raumes eine zweite zivilisatorische Hauptrolle zu. Unter Führung des Ordens wurde ein aus heutiger Sicht modern anmutendes Staatswesen errichtet. Dessen kulturelle und zivilisatorische Errungenschaften bildeten eine der Grundlagen des späteren Staates Preußen.

Der Ordensstaat ähnelte in seiner Organisation einer klösterlichen Gemeinschaft. Die Ordensritter hatten bereits in Syrien und Palästina einen ausgeprägten Beamtenapparat entwickelt, der später auch das Kennzeichen von Preußen werden sollte. Erst mit der Reformation seit 1517 zerfiel der Ordensstaat. Seine deutsche Kultur lebte jedoch noch sehr lange weiter. bob

Projekt ohne Chance?

Die Anzeichen, dass die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht eine eigene Partei gründet, nehmen zu. Erste Umfragen bescheinigen dem Vorhaben durchaus Sympathien unter den Wählern. Dennoch dürften die Erfolgsaussichten gering sein

VON REINHARD MOHR

Der Sommer ist vorbei, doch erst jetzt erhebt das traditionell saisonale Ungeheuer von Loch Ness, genannt „Nessie“, sein rätselhaftes Haupt. Das jedenfalls behauptet die „Neue Zürcher Zeitung“ und spielt damit auf die sich verdichtenden Gerüchte und Hinweise an, dass Sahra Wagenknecht sich bald endgültig dafür entscheiden könnte, ihre vage Ankündigung wahrzumachen und eine eigene Partei zu gründen. Ob sie nun „Wagenknecht-Partei“ heißen wird oder nicht – die 54-jährige Linke-Politikerin, die von 2015 bis 2019 Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion ihrer Partei war, glänzende Agitatorin, Bestsellerautorin und Talkshow-Dauergast, ist der schillernde Fixstern einer möglichen Parteigründung.

Alle Spekulationen, ob Hoffnungen oder Befürchtungen, drehen sich um Sahra. In politischen Beliebtheitsrankings steht sie regelmäßig weit oben, ihre intellektuellen wie rhetorischen Fähigkeiten sind unbestritten. Allerdings gilt das auch für ihr ausgeprägtes Selbstbewusstsein, das sie nicht unbedingt zum Teamwork befähigt. Darin ähnelt sie ihrem Ehemann Oskar Lafontaine, dessen Selbstherrlichkeit legendär ist.

Die Ausgangslage ist günstig

Freilich kommt ihr die aktuelle politische Situation zupass. Die Ampelregierung erreicht in Umfragen nicht einmal mehr 40 Prozent der Wählerstimmen, während die AfD mit über 20 Prozent die Kanzlerpartei SPD überholt hat. In den östlichen Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist sie in Umfragen schon zur stärksten Partei geworden. Eine historische Zäsur, eine Sensation, die die offensichtliche Wirkungslosigkeit aller „Brandmauern“ belegt und eigentlich ein Weckruf für das rotgrüne Milieu sein müsste sowie Anlass zur gründlichen Selbstkritik. Aber nichts da. Es wird einfach weiter gewurschelt. Die Dimension dieser tektonischen Verschiebung in der Parteienlandschaft wird verdrängt, begleitet von den sich allmählich abnutzenden Alarmrufen, die zum Hintergrundrauschen der täglichen medialen Erregungskurven gehören.

So dümpeln die Grünen, der ideologische Glutkern dieser selbsternannten „Fortschrittskoalition“, knapp unterhalb ihres – angesichts vorheriger Umfragen – damals schon enttäuschenden Bundestagswahlergebnisses von 2021. Und die FDP schrumpft leise vor sich hin, obwohl sie dem linksgrünen Regierungstrend immer wieder mal entgegentritt wie bei dem planwirtschaftlich-labyrinthischen Ungetüm namens Gebäudeenergiegesetz. Sonst aber winkt sie vieles durch, was liberalen Überzeugungen widerspricht.

Die völlig zerstrittene Linkspartei, Wagenknechts alte politische Heimat, versinkt unterdessen in der Bedeutungslosigkeit und schafft so den Raum für eine neue oppositionelle Partei, die die wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung auf ihre Mühlen lenken könnte. Genau das gelingt CDU/CSU, der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag, eben nicht: Mehr als 30 Prozent scheinen für sie nicht erreichbar zu sein, obwohl die „Ampel“ jede Menge Angriffsfläche bietet, von der „woken“ Gesellschaftspolitik, die vor lauter diskriminierten Minderheiten keine Mehrheit mehr kennt, bis zur desolaten Energie- und Wirtschaftspolitik, die Deutschland zum Wachstums-Schlusslicht in Europa macht.

Die Merkel-Jahre wirken nach, und auch unter ihrem einstigen Kontrahenten Friedrich Merz findet die CDU nicht zu einem klaren Profil, und sei es dezidiert liberal-konservativ, mit dem man jene Probleme offensiv angehen könnte, die die AfD so stark machen:



Projektionsfläche vieler Unzufriedenen, vor allem im Osten: Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht

vor allem die Flüchtlings- und die Wirtschaftskrise, dazu der vorherrschende Drang in weiten Teilen der medial gestützten linksgrünen „Fortschrittsgesellschaft“, den Leuten tagtäglich das richtige Denken beizubringen, neudeutsch: das richtige „Narrativ“.

Grundlagen der Popularität

Genau hier setzt Wagenknecht an. Zum einen attackiert sie die „selbstgerechte Lifestyle-Linke“ mit ihrer wie eine Monstranz vor sich her getragenen diskriminierungsfreien, klimaneutralen und veganen Gender-Sensibilität, zum anderen aber jene soziale Ungerechtigkeit, die eher die weniger gebildeten, nicht-akademischen Schichten betrifft. Es ist die Mischung aus Kritik am privilegierten linksgrünen Milieu und dem Festhalten an sozialistischen Überzeugungen von Gleichheit und Gerechtigkeit, die offenbar für viele Wähler – manche sprechen von einem Potential bis zu 25 Prozent – attraktiv ist, vor allem im Osten der Republik, wo sich die Ressentiments gegen die übergriffigen und belehrenden „Wessis“ hartnäckig halten.

Diese Melange könnte durchaus viele bisherige AfD-Wähler ansprechen, die darüber hinaus Wagenknechts Haltung zum Ukrainekrieg zustimmen: Verhandlungen statt Waffenlieferungen, wobei die Kriegsschuld gerne dem Westen, der NATO und Amerika in die Schuhe geschoben und der Kriegsherr Putin merkwürdig milde behandelt wird. Dass hier auch die westdeutsche Parafeministin Alice Schwarzer mit von der Partie ist, macht den Begriff der „Querfront“ zwischen links und rechts durchaus plausibel.

Der deutsche Politikwissenschaftler Peter R. Neumann sieht Wagenknechts Parteiprojekt sogar in der Tradition des „Nationalbolschewismus“, die von dem Franzosen George Sorel (1847–1922) begründet wurde, der sich als revolutionärer Sozialist verstand

und die bürgerlich-kapitalistische Ordnung westlicher Prägung ablehnte. Neumann wörtlich: „Wagenknecht ist also keine *National-Sozialistin*, aber ihre neue Partei würde sehr gut an die *national-bolschewistische* Tradition anknüpfen. Ihre Positionen in der Wirtschaftspolitik sind nach wie vor links, doch in der Gesellschaftspolitik steht sie mittlerweile rechts; Nationalismus ist für sie nicht mehr Gegner, sondern Mittel und Zweck, um Menschen für ihre Art von Sozialismus zu mobilisieren.“

Seit ihrer Jugend war Wagenknecht jedenfalls eine stramme Kommunistin. Kurz vor dem Mauerfall 1989 trat sie als 19-Jährige noch in Erich Honeckers marode „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) ein. Als die DDR-Staatspartei zerfiel und in die „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) umgetauft wurde, wurde sie ab 1991 zur führenden Repräsentantin der vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ beobachteten „Kommunistischen Plattform“. 1995 schrieb der „Spiegel“ über sie: „Sahra Wagenknecht, 25, Ulbricht-Verehrerin und Wortführerin der 4000-köpfigen SED-Nostalgiker-Truppe, muss allen Drohungen der reformwilligen Parteiführer zum Trotz nicht mit Parteiausschluss rechnen. Pünktlich zum Parteitag legte die Jung-Stalinistin, derzeit an der Humboldt-Universität im Fachbereich Philosophie eingeschrieben, ihr Erstlingswerk vor. Die orthodoxe Linksprosa (Titel „Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung“) ging selbst gutwilligen PDS-Genossen zu weit.“ Ihre These: Mit Stalins Tod habe der „politisch ideologische Verfall“ des Kommunismus begonnen.

Wandlungen und Volten

Das würde Wagenknecht heute bei „Anne Will“ oder „Sandra Maischberger“ nicht mehr behaupten – zu offensichtlich sind So-

zialismus und Kommunismus an sich selbst gescheitert, zu schrecklich waren die Verbrechen der sozialistischen Staatsparteien in der Sowjetunion und ganz Osteuropa.

Aber sie ist wandlungsfähig. Mit ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ wandte sie sich vor zehn Jahren plötzlich Ludwig Erhard und seiner „sozialen Marktwirtschaft“ zu, die sie freilich „zu Ende denken“ wollte – ganz so, als gäbe es im westlichen Kapitalismus der Europäischen Union, in Amerika, Australien und Japan keine Freiheit. Doch immer wieder gelangen ihr solche Volten, die einer strengen intellektuellen Prüfung zwar nicht standhalten, aber einen gewissen Zauber von Aufbruch und Alternative vermitteln.

So verschiebt sie zwar den Schwerpunkt ihrer Argumentation weg vom utopischen Endziel Kommunismus, an das kaum noch jemand glaubt, bleibt aber bei ihrer Aversion gegen das westlich-liberale Lebensmodell, obwohl es auf Millionen Flüchtlinge in aller Welt immer noch eine enorme Anziehungskraft ausübt. Kein Wunder: Die realen Alternativen heißen Saudi-Arabien und Nordkorea, Iran und China, Russland und Kuba, Somalia und Sudan, Tschetschenien und Aserbaidschan. Keine sehr verlockenden Aussichten.

Zweifelhafte Chancen

Doch wie steht es um die Erfolgsaussichten einer möglichen Wagenknecht-Partei? Gregor Gysi, langjähriger Kontrahent seiner Genossin, sieht sie äußerst skeptisch. Zu sehr hänge Wohl und Wehe von ihrer Person ab, zu widersprüchliche Wählergruppen würden angesprochen, vor allem aber: Die Neugründung einer bundesweiten Partei erfordere eine ausgefeilte und schlagkräftige Organisation mit 16 Landesverbänden, kompetenten Mitstreitern und fernsehtauglichen, also vorzeigbaren Persönlichkeiten.

Gysi, lange Zeit die Ikone der Linkspartei, kennt sich da ein bisschen aus: „Außerdem dürfen Sie eines nicht vergessen: Wer als Ausgegrenzte eine Partei gründet, für die es keine gesellschaftliche Stimmung gibt wie einst für die AfD, sammelt viele andere Ausgegrenzte ein. Herzlichen Glückwunsch, die kenne ich noch aus der Zeit, als wir die PDS in den Westen erweitern wollten.“ Will sagen: Auch Spinner und Querulanten werden sich angezogen fühlen.

Unvergessen ist das grandiose Scheitern ihrer Sammlungsbewegung „Aufstehen“, die vor ein paar Jahren schon kurze Zeit nach der spektakulären Gründungserklärung in sich zusammensackte und spurlos verschwand. Die „Neue Zürcher Zeitung“ verweist auf das womöglich entscheidende Problem einer Wagenknecht-Partei: Die AfD werde gerne als rein rechte politische Kraft beschrieben. „Aber sie spricht schon lange sehr erfolgreich auch linke Wähler an, vor allem im Osten. Bei der jüngsten Bundestagswahl etwa verlor die Partei an alle anderen, nur von der Linken liefen in der Summe rund 90.000 Wähler zu ihr über. Viele der Positionen, die Wagenknecht vertritt, von der Migrations- bis zur Identitätspolitik, vertritt auch die AfD.“

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, sagte einst Michail Gorbatschow. Das könnte nun auch für Sahra Wagenknecht zutreffen.

Doch wie immer die Sache ausgeht: Auch ihr nächstes Buch wird ein Bestseller sein.

—
„Wer als Ausgegrenzte eine Partei gründet, für die es keine gesellschaftliche Stimmung gibt wie einst für die AfD, sammelt viele andere Ausgegrenzte ein. Herzlichen Glückwunsch, die kenne ich noch aus der Zeit, als wir die PDS in den Westen erweitern wollten“

Gregor Gysi,
Ikone der Linkspartei

● Reinhard Mohr war bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Er schreibt heute unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. Soeben erschien sein zusammen mit Henryk M. Broder verfasstes Buch „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (EuropaVerlag), www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

Dieselverbot aufgehoben

Hamburg – Als Hamburg vor fünf Jahren ein Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge wegen schlechten Luftwerten auf zwei Straßenabschnitten verhängte, nahm die Stadt damit eine Vorreiterrolle in Deutschland ein. Nun wurden die Durchfahrtsverbote für die Stresemannstraße und die Max-Brauer-Allee wieder aufgehoben, da sie „zur Grenzwertehaltung nicht mehr erforderlich seien“, wie die Umwelt- und Innenbehörde mitteilten. Die Belastung mit Stickstoffdioxid sei unter den erlaubten Grenzwert gesunken. Um die Maßnahmen zu beenden, musste zuvor nachgewiesen werden, dass der Grenzwert ohne die Maßnahmen dauerhaft und sicher eingehalten werden kann. Dieser Nachweis wurde erbracht. An den Messstellen lassen sich keine Überschreitungen des Grenzwerts mehr nachweisen. Der Senat sieht darin einen Erfolg seiner Maßnahmen. **MRK**

Kreise fordern Grenzschutz

Potsdam – CDU-Kreisverbände im Südosten Brandenburgs haben eine Unterschriftenaktion für feste Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze gestartet. Neben stationären Grenzkontrollen fordern die CDU-Kreisverbände von der Bundesregierung auch, Asylverfahren zu beschleunigen und Bewerber ohne Bleibeperspektive konsequent zurückzuführen. Weitere Forderungen zielen auf eine Reform des EU-Asylsystems und einen „wirksamen Schutz der EU-Außengrenze“ ab. Die gemeinsame Aktion der Kreisverbände Dahme-Spree-wald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree und Cottbus wird vom CDU-Landesverband unterstützt. Innerhalb der rot-schwarz-grünen Koalition stößt die Unterschriftenaktion der CDU-Kreisverbände allerdings auf Kritik bei SPD und Grünen. Angesichts steigender Zahlen illegaler Einreisen warnte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) inzwischen vor einem Kontrollverlust an der Grenze. **H.M.**

Defizitäre Kommunen

Gütersloh – Laut dem aktuellen Finanzreport der Bertelsmann-Stiftung befinden sich die Städte, Gemeinden und Landkreise Sachsens in einer desaströsen finanziellen Situation. Nach Angaben der Verfasser des Berichtes um den Professor für öffentliche Verwaltung an der Technischen Hochschule Wildau, René Geißler, haben die Kommunen des Freistaates das Jahr 2022 mit einem Defizit von 342 Millionen Euro abgeschlossen. Daher, so der Report, werden sie „ihre wichtige Aufgabe der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit voraussichtlich nicht erfüllen können“. Der Absturz in die roten Zahlen resultiert dabei unter anderem aus sinkenden Steuererträgen infolge der Einschränkungen während der Corona-Krise sowie den unaufhörlich wachsenden Aufwendungen für die Unterbringung und Integration von Immigranten. Dazu kommen massive Kostensteigerungen bei Bauvorhaben aufgrund der Inflation und immer strengerer energetischer Vorgaben der Bundesregierung. **W.K.**



Wollte einen Beamten loswerden und steht nun selbst unter Druck: Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Foto: pa

REGIERUNGSKRISE

„Die innere Sicherheit ist bei Faeser nicht in guten Händen“

Über das fragwürdige Verhalten der Innenministerin in der Affäre Schönbohm und ihre dürftige Bilanz als Hüterin der öffentlichen Ordnung im Lande

Für Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird es eng. Nachdem im Oktober 2022 die Sendung „ZDF Magazin Royale“ dem damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, fragwürdige Russland-Kontakte vorgeworfen hatte, hatte die Ministerin Schönbohm zunächst freigestellt und später versetzt. Nun zeigen jüngste Enthüllungen, dass nicht nur die Vorwürfe gegen den Beamten ohne Belege erhoben wurden, sondern Faeser offenkundig auch Behörden instrumentalisieren wollte, um den ihr unliebsamen Beamten zu entfernen. Fragen zur Einordnung einer einzigartigen Affäre in der Geschichte unseres Landes.

Herr de Vries, in den letzten Tagen und Wochen hat sich die vermeintliche Affäre Schönbohm in eine veritable Affäre Faeser verwandelt. Sie gehören zu den schärfsten Kritikern der Ministerin in dieser Angelegenheit. Was genau werfen Sie ihr vor?

Es stehen schwerwiegende Vorwürfe gegen die Bundesinnenministerin im Raum, die qua Amt in besonderem Maße zu rechtmäßigem Handeln verpflichtet ist. Es geht um eine Verletzung ihrer Fürsorgepflicht als Dienstherrin für einen Spitzenbeamten durch die Abberufung aufgrund eines Fernsehberichts, um die versuchte Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes, als sich die Vorwürfe als unbegründet erwiesen und eine mögliche Verfolgung Unschuldiger gemäß Paragraph 344 StGB. Selbst eine Inszenierung des Fernsehberichts von Herrn Böhmermann mithilfe der Hausleitung des Bundesinnenministeriums lässt sich nach neuesten Indizien nicht mehr ausschließen.

Das sind harte Vorwürfe. Die Innenministerin sagte ursprünglich, dass sie Schönbohm von seinem Amt als Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) entbunden habe, weil „in der öffentlichen Meinung ein Vertrauensverlust eingetreten

(ist), der eine weitere Amtsführung unmöglich macht und die Aufgabenerfüllung des BSI in den Augen der Öffentlichkeit erheblich beeinträchtigt“. Was ist davon angesichts der jüngsten Wendungen der Affäre übrig geblieben?

Überhaupt nichts. Alle Vorwürfe haben sich als unbegründet erwiesen. Wenn es einen Vertrauensverlust gab, dann trat dieser durch den verunglimpfenden Fernsehbericht von Herrn Böhmermann ein. In der Verbotsverfügung der Zentralabteilung wird dieser auch an erster Stelle genannt. Die Behauptungen des Berichtes waren unzutreffend und diffamierend.

Doch statt gründlich zu prüfen und Schönbohm zu unterstützen, untersagte die Ministerin ihm das Führen der Amtsgeschäfte und verbot ihm zudem, zu den Vorwürfen öffentlich Stellung zu nehmen. Das ist politisch wie menschlich unanständig. Herr Schönbohm fühlt sich meines Erachtens nach zurecht durch seinen Arbeitgeber gemobbt.

Wie bewerten Sie, dass eine Ministerin, die ja als oberste Dienstvorgesetzte auch eine Fürsorgepflicht gegenüber

„Der Fall würde eine ganz neue Dimension erhalten, wenn es eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit oder einen Wissenstransfer zwischen Innenministerium und Böhmermanns Redaktion gegeben hätte. Das hätte den Charakter eines Komplotts“

ihren Mitarbeitern hat, nicht von der Unschuldsvermutung ausgegangen ist, sondern mit dem Vorsatz, belastendes Material gegen einen Spitzenbeamten zusammenzutragen?

Der als echt bestätigte Vermerk ihres Abteilungsleiters von Simson belegt, dass die Ministerin Schönbohm unbedingt etwas anhängen wollte, nachdem eine gründliche Prüfung nichts Belastendes ergeben hatte. Doch statt das Verfahren zu Ende zu führen, hat sie es offensichtlich bewusst verzögert, bis die Nachfolgerin im Amt des BSI-Präsidenten installiert war. Ihr Vorgehen ist insofern das Gegenteil von Fürsorge.

Und wie bewerten Sie, dass es in dieser Angelegenheit offensichtlich eine sehr enge Abstimmung zwischen dem Haus von Frau Faeser und der Redaktion von Jan Böhmermann gegeben hat?

Die vorherigen Kontakte der Staatssekretärin Seifert mit Jan Böhmermann müssen genau untersucht werden. Mich überzeugen die bisherigen Aussagen dazu nicht. Der Fall würde eine ganz neue Dimension erhalten, wenn es eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit oder einen Wissenstransfer zwischen Innenministerium und Böhmermanns Redaktion gegeben hätte. Das hätte den Charakter eines Komplotts. Stutzig macht uns, dass die Bundesregierung diesen Kontakt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht benannt hatte.

Eine nicht unerhebliche Rolle scheint auch der Verfassungsschutz zu spielen, den Frau Faeser Medienberichten zufolge herangezogen hat, um belastendes Material gegen Schönbohm zu beschaffen. Wie bewerten Sie das?

Herr Schönbohm hatte die höchste Sicherheitseinstufung. Jeder belastbare Vorwurf wäre der Ministerin aktiv und umgehend gemeldet worden. Der oben erwähnte Vermerk erhärtet den Verdacht der versuchten Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes für eine Personalan-

gelegenheit. Das ist aus unserer Sicht ein rechtswidriges Vorgehen.

Ich gehe davon aus, dass der Abteilungsleiter den Vermerk zum Selbstschutz erstellt hat, weil ihm bewusst war, dass das Vorgehen der Ministerin rechtlich hoch brisant war.

Wie steht es um die sonstige Leistung von Frau Faeser als Innenministerin? Es fällt zum Beispiel auf, dass sie auf klassischen Feldern der Innenpolitik nahezu untätig ist. So unternimmt sie nichts zur Begrenzung oder wenigstens Steuerung der Zuwanderung, obwohl selbst SPD-geführte Bundesländer und Kommunen erklären, mit ihren Kräften am Ende zu sein. Und im Frühjahr geriet sie in die Kritik wegen eines Artikels in einem „Antifa“-Organ.

Frau Faeser ist gut in der Selbstinszenierung und im Aussprechen markiger Worte, für mehr innere Sicherheit tut sie hingegen nichts. Im Bereich Islamismus, für den ich verantwortlich bin, hat sie den Expertenkreis Politischer Islamismus nicht weitergeführt und auch sonst keine Initiative angestoßen, um dieser wachsenden Gefahr entgegenzutreten. In der Migrationspolitik unternimmt sie nichts, um die völlige unkontrollierte Migration mit einer ständig steigenden Zahl illegaler Einreisen nach Deutschland zu stoppen. Selbst von Maßnahmen eines Diskussionspapiers, das Faeser auf den Seiten des BMI veröffentlicht hatte, distanzierte sie sich umgehend.

Kurzum: Nancy Faesers Bilanz ist verheerend, und ihre Untätigkeit in der Migrationspolitik gegen den Willen der großen Mehrheit der Bürger ist ein Konjunkturprogramm für die AfD. Sie ist eine Ankündigungsministerin, die nicht handelt. Die innere Sicherheit ist bei ihr nicht in guten Händen.

Sie hatten in den letzten Tagen mehrfach versucht, Frau Faeser vor den Innenausschuss des Bundestages zu laden. Sie kam diesen Vorladungen nicht nach, da sie angeblich erkrankt war, nahm jedoch zugleich Wahlkampftermine in Hessen wahr. Wie werten Sie dieses Verhalten?

Wie wir jetzt wissen, steht sie mit der Wahrheit auf Kriegsfuß. Ihr zweimaliges Fernbleiben im Innenausschuss bei gleichzeitiger Wahrnehmung von Wahlkampfterminen ist ein handfester Skandal und eine klare Missachtung des Parlaments. Nur sie selbst kann die Vorwürfe ausräumen. Wenn jemand mit Dreck beworfen wurde, so wie sie es der Opposition vorwirft, dann war es Herr Schönbohm. Und sie ließ es zu, ohne sich schützend vor ihren Behördenchef zu stellen. Mit ihrer Strategie des Aussitzens hat sie nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit beschädigt, sondern auch das Ansehen des Innenministeriums. Aber wir werden ihr das nicht durchgehen lassen und hartnäckig auf Aufklärung drängen.

Wenn man das alles betrachtet: Ist Frau Faeser in ihrem Amt noch tragbar?

Sie muss die Vorwürfe in der Causa Schönbohm restlos ausräumen. Wenn das nicht geschieht, ist die Antwort nein. Aber auch unabhängig davon ist sie politisch angeschlagen, weil sie ihre Arbeit nicht macht und eines der wichtigsten Ministerien unseres Landes nicht als Teilzeitministerin im Wahlkampf ordentlich geführt werden kann. Faesers Performance erinnert stark an die frühere Verteidigungsministerin Lambrecht.

Die Fragen stellte René Nehring.

● **Christoph de Vries** ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes (PKGr) sowie Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion. www.christophdevries.de

GEHÄLTER

Ärger über Selbstbedienung

Diätenerhöhung im Potsdamer Landtag und die Bezüge der neuen rbb-Chefin stoßen auf Unmut

VON HERMANN MÜLLER

Nach der Veröffentlichung der jüngsten Umfrageergebnisse des rbb-Brandenburg-Trends rätseln Politiker und Kommentatoren über die Gründe für den Höhenflug der größten Oppositionspartei und den Absturz der seit 1990 in der Mark regierenden SPD. Gut ein Jahr vor der Landtagswahl hat die AfD mit nun 32 Prozent ein neues Umfragehoch erreicht. Die Sozialdemokraten des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke kamen bei der Umfrage nur noch auf 20 Prozent.

Die mitregierende CDU gab im Vergleich zur April-Umfrage fünf Prozentpunkte ab und fällt auf magere 18 Prozent. Brandenburgs Grüne kommen auf acht Prozent. Ein Minus von einem Punkt. 57 Prozent der Befragten des Brandenburg-Trends gaben an, sie seien mit der Arbeit der rot-schwarz-grünen Landesregierung unzufrieden. Auf die Frage nach Ursachen für die schlechten Werte verwies SPD-Generalsekretär David Kolesnyk ebenso wie der Generalsekretär der Brandenburger CDU, Gordon Hoffmann, auf die Bundespolitik. Die Umfrage spiegle vor allem die aktuell schlechte Stimmung in ganz Deutschland wider, so Kolesnyk.

Aus Sicht von CDU-Generalsekretär Hoffmann sind es vor allem Themen der Zukunft und Bundesthemen, welche die Leute „auf die Palme“ brächten. Regionale Medien und auch die Opposition bescheinigen der in Potsdam regierenden Koalition aus SPD, CDU und Grünen allerdings, sie trage auch selbst ihren Teil dazu bei, dass ihr Ansehen bei den Wählern schwinde. Sauer aufgestoßen ist tatsächlich vielen Wählern etwa, dass im kommenden Jahr die Diäten der 88 Landtagsabgeordneten von 8903 Euro auf 9293 Euro steigen werden. Hintergrund ist eine seit 2017 geltende Regelung, der zufolge die Diäten entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung jährlich automatisch angepasst werden.

Für die Tafeln ist nicht genug da

Während der Corona-Pandemie hatte der Landtag die automatische Anpassung zweimal ausgesetzt. Im Landtag waren Linkspartei und AfD bereits im vergangenen Jahr damit gescheitert, die automatische Erhöhung weiter auszusetzen. Auch in diesem Jahr ist die Regierungskoalition



Diäten automatisch angepasst: Abgeordnete im Potsdamer Landtag

Foto: pa

nicht bereit, auf die automatische Erhöhung zu verzichten. Aus Sicht des Linkspartei-Fraktionschefs Sebastian Walter sendet die Koalition falsche Signale, wenn Abgeordnetendiäten erhöht würden, „aber nicht genügend Geld für die Tafeln bereitgestellt“ werde. Tatsächlich ist die Lage vieler Lebensmitteltafeln in Berlin-Brandenburg sehr angespannt, obwohl die märkische Landesregierung im Frühjahr eine Soforthilfe von einer halben Million Euro gezahlt hat.

Der Vorsitzende des Vereins Tafel Berlin/Brandenburg, Eric Gallasch, sagte, dass seit Beginn des Krieges in der Ukraine der Druck auf die Tafeln immer größer geworden sei, sodass bei einigen Tafeln Aufnahmestopp verhängt werden mussten. Nach Erkenntnissen der Berliner Stadtmission sind nicht nur Obdach- und Wohnungslose auf die Lebensmittelpenden der Tafeln angewiesen, sondern auch „stadtarme“ Menschen. Fragwürdig erscheint die Diätenerhöhung auch ange-

sichts des Umstandes, dass SPD, CDU und Grüne im Landtag erst Ende vergangenen Jahres eine Haushaltsnotlage im Land festgestellt hatten. Dies hatte den Weg freigemacht, unter Umgehung der Schuldenbremse Kredite für ein milliardenschweres „Brandenburg-Paket“ aufnehmen zu können.

Gerade noch „rechtzeitig“ erhöht

Für weiteren Frust könnte bei den Brandenburgern das Gehalt sorgen, das der rbb-Verwaltungsrat mit der neuen Intendantin des Senders ausgehandelt hat. Die neue Senderchefin Ulrike Demmer wird 220.000 Euro im Jahr verdienen. Dies ist zwar deutlich weniger als die entlassene Intendantin Patricia Schlesinger mit mehr als 300.000 Euro und die Interimsintendantin Katrin Vernau mit 295.000 Euro erhalten haben, wobei Vernau noch ein zusätzlicher Mietzuschuss gezahlt wurde. Auch innerhalb der ARD rutscht Demmer mit ihrem Jahresgehalt

an das Ende der Tabelle der Intendantengehälter.

Für die Gehälternzahler in Berlin und Brandenburg hat das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen trotzdem einen ungeschönen Beigeschmack. Unter Dach und Fach gebracht hat der rbb-Verwaltungsrat das Intendantengehalt nämlich, noch bevor Anfang 2024 der neue Staatsvertrag für den Rundfunk Berlin-Brandenburg greifen kann.

Der Entwurf für den Staatsvertrag sieht eine Begrenzung des Gehalts für den Senderchef auf dem Niveau von Ministern in Brandenburg und Senatoren in Berlin vor. Ohne Zulagen bedeutet dies eine Vergütung gemäß B11 von rund 180.000 Euro jährlich. Mit der schnell noch festgezurten Gehaltsvereinbarung für die neue rbb-Intendantin werden die Landesregierungen in Berlin und Potsdam und die Abgeordneten in den Parlamenten beider Bundesländer vor vollendete Tatsachen gestellt.

HAUSHALT

Unruhe bei Brandenburger „Demokratie“-Projekten

Heftige Kritik an Plänen zur Kürzung von Mitteln für den „Kampf gegen Rechts“

Noch in ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP die politische Bildung und Demokratieförderung als zentrale Aufgaben bezeichnet. Dem entgegen plant die Ampel nun allerdings kräftige Kürzungen bei der sogenannten Demokratieförderung.

In Brandenburg droht damit nicht nur Projekten und Organisationen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, die bislang auch von der Stiftungsgruppe des Milliardärs Georg Soros gefördert wurden, dass sie künftig mit weniger Geld auskommen müssen (Die PAZ berichtete in der Nummer vom 15. September). Im Haushaltsentwurf des Bundesinnenministeriums ist auch vorgesehen, die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung von rund 96 Millionen Euro in diesem Jahr auf

knapp 76 Millionen Euro im kommenden Jahr zu senken. Vom Bundeskabinett ist dieser Haushaltsentwurf bereits beschlossen worden; die Zustimmung des Bundestages steht noch aus.

Politiker der Brandenburger SPD und der Grünen schlagen angesichts der Kürzungspläne bereits Alarm. Daniel Keller, SPD-Fraktionschef im Landtag, warnte in Potsdam: „Das ist, finde ich, ein sehr fatales und sehr falsches Signal gerade in der jetzigen Zeit, wo wir gemeinsam auch für eine wehrhafte Demokratie einstehen müssen.“ Auch Grünen-Fraktionschefin Petra Budke zeigt sich besorgt. „Wir sehen ja ganz deutlich auch im Land Brandenburg, dass wir mit einem starken Rechtsruck und einer Gefährdung unserer Demokratie konfrontiert sind.“

Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums versicherte inzwischen allerdings: „Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird dabei eine zentrale Aufgabe in der politischen Bildung bleiben.“ Erst im August hatte die Bundesregierung angekündigt, sie werde prüfen, wie der „Kampf gegen Rechts“ im Süden Brandenburgs forciert werden kann. Dazu teilte das Bundesfamilienministerium mit, es wolle sich mit den „Partnerschaften für Demokratie“ treffen, um darüber zu beraten, wie weitere Handlungsstrategien in den Bereichen der „Demokratieförderung“ und im „Kampf gegen Rechtsextremismus“ in der Region aussehen könnten.

Anlass war ein Brandbrief von zwei Lehrkräften gewesen, die über Rechtsextremismus und Mobbing an einer Schule

in Burg (Spreevald) berichtet hatten. Allein aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ fließen in diesem Jahr nach Angaben des grün-geführten Bundesfamilienministeriums rund sechs Millionen Euro nach Brandenburg. Vorgesehen ist das Geld für Konzepte „zur Förderung von Demokratie und Vielfalt“.

Auf starke Einschränkungen einstellen müssen sich in jedem Fall Organisationen und Verbände, die Jugendlichen die Möglichkeit für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) anbieten. Durch die Kürzungspläne des Bundes werden allein im Land Brandenburg möglicherweise rund 280 FSJ-Stellen wegfallen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr haben rund 1000 Jugendliche in Brandenburg ein Freiwilliges Soziales Jahr geleistet. H.M.

KOLUMNE

Ein Irrweg

VON THEO MAASS

Nach Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein will Berlin das siebte Bundesland werden, in dem Jugendliche schon ab dem vollendeten 16. Lebensjahr bei Landtagswahlen stimmberechtigt sind. Die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit bringt die CDU den drei linken Parteien, die das schon lange wollen.

Neben vielen hübschen Argumenten von „mehr Demokratie“ bis „mehr Teilhabe“ dürften es eher machtpolitische Erwägungen sein, die SPD, Grüne und Linkspartei dieses Projekt vorantreiben lassen. Die Jüngstwähler dürfen weiterhin keine Zigaretten kaufen, nach Mitternacht in die Disco gehen, ein Auto fahren oder ohne Einwilligung der Eltern heiraten. Auch sind sie nicht voll strafmündig.

Doch Umfragen zeigen, dass in Deutschland bei den 16- und 17-Jährigen die drei linken Parteien deutlich besser abschneiden als im Schnitt aller Altersgruppen. Ob das so bleiben muss, ist eine andere Frage. In Österreich dürfen die 16-Jährigen gleichfalls wählen – und was machen die undankbaren „Youngsters“? Sie bevorzugen die FPÖ. Doch in Deutschland ist die Rechnung bislang klar: Ein niedriges Wahlalter schwächt die Union und stärkt ihre Konkurrenz – im Bund wie in Berlin. Kai Wegner übernimmt nicht nur hier politische Positionen der linken Parteien, vermutlich um die an der SPD-Basis recht unbeliebte schwarz-rote Koalition zu festigen. Aber selbst die Grünen haben an Wegner zurzeit nichts Substantielles auszusetzen, denn selbst grüne Positionen sind beim CDU-Chef und Regierenden Bürgermeister gut aufgehoben. Doch mit der Senkung des Wahlalters könnte Wegner auch der nächsten Linkskoalition ohne die CDU den Boden bereiten.

MELDUNG

Schwulenklub gegen Asylheim

Berlin – Die Inhaberin des Berliner Schwulen- und Lesbenklubs „Busche“ sieht durch die Eröffnung eines Asylsucherheims die Existenz ihres Lokals bedroht. Unmittelbar gegenüber der „Busche“ soll in den kommenden Wochen in einem ehemaligen Hostel ein Heim für bis zu 650 Immigranten eröffnet werden. In einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) schrieb „Busche“-Inhaberin Carla Pahlau: „In den letzten Monaten erhöhte sich die Zahl der Straftaten gegen homosexuelle Personen in Berlin enorm. Die weitaus überwiegende Zahl der Straftäter sind Migranten mit muslimischem Hintergrund.“ Möglicherweise bestätigt fühlen kann sich die Klub-Inhaberin durch einen Angriff auf Teilnehmer des Christopher-Street-Days in Halle an der Saale am 9. September. Dabei hatte eine Gruppe von Männern vier Teilnehmer der Veranstaltung angegriffen und teils schwer verletzt. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt gegen zwei Jugendliche aus Afghanistan. H.M.

● MELDUNGEN

Forscher gegen Klima-Narrativ

Amsterdam – Die Weltklimaerklärung der Global Climate Intelligence Group mit dem Titel „There is no climate emergency“ (Es gibt keinen Klimanotstand) von 2019 haben jetzt bereits über 1600 Forscher aus aller Welt unterzeichnet, darunter auch der Nobelpreisträger für Physik des Jahres 2022, John Clauser, und Ivar Giaever, dem die höchste wissenschaftliche Ehrung auf dem Gebiet der Physik schon 1973 zuteilwurde. Damit kamen in den letzten zwölf Monaten weitere 500 Unterschriften hinzu. Darüber hinaus betont die Deklaration: „Die globale Erwärmung hat nicht zu einer Zunahme von Naturkatastrophen geführt“ und „Kohlendioxid ernährt Pflanzen, womit es die Basis allen Lebens auf der Erde ist“. Daher wenden sich die Experten auch gegen die „schädliche Null-CO₂-Politik“. W.K.

Wirkungslose Lockdowns

Hoboken/USA – Aus einer Studie mit dem Titel „Auswirkungen der politischen Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 auf die Übersterblichkeit“, welche jetzt im Fachjournal „Health Economics“ erschien, geht hervor, dass die während der Coronapandemie verhängten Ausgangsbeschränkungen kontraproduktiv waren. Das ergab die Auswertung der wöchentlichen Todesraten im Jahre 2020 in 43 Ländern der Welt sowie allen Bundesstaaten der USA durch Virat Agrawal und Neeraj Sood von der University of Southern California, Jonathan Cantor von der RAND-Corporation und Christopher Whaley von der Brown University. Die Autoren „konnten ... nicht feststellen, dass die Lockdowns die Übersterblichkeit reduzierten“. Stattdessen ermittelten sie sogar einen leichten Anstieg der Todesraten: Im Vergleich zu der Zeit vor der Verhängung der Ausgangsbeschränkungen kam es je nach Land zu fünf bis zehn zusätzlichen Sterbefällen pro 100.000 Einwohner. W.K.

Waffen-Boom in den USA

Washington – Das National Instant Criminal Background Check System (NICS) des FBI und die National Shooting Sports Foundation (NSSF) der USA melden einen starken Anstieg der Waffenverkäufe in den Vereinigten Staaten seit Beginn der Corona-Pandemie, der bis heute anhält. So wurden alleine im August zwei Millionen Schusswaffen veräußert. Der Verkaufsboom begann in den Corona-Jahren 2020/21 mit einem Plus von 64 Prozent. 2022 ging die Zahl der Käufe dann zwar etwas zurück, bewegte sich mit 17,4 Millionen aber immer noch weit über dem Niveau der Vor-Corona-Zeit. Den Trend zum vermehrten Erwerb von Feuerwaffen erklärt die NSSF mit dem gewachsenen Schutzbedürfnis der Bevölkerung angesichts der Pandemie und der illegalen Einwanderung sowie auch den geplanten schärferen Waffengesetzen der Regierung Biden. Dabei glauben 32 Prozent aller Amerikaner, dass Schusswaffen für mehr Sicherheit sorgen, während 36 Prozent vom Gegenteil überzeugt sind. W.K.

ARMENIEN

Unerwünschte Relativierung

Rabbinerkonferenz verurteilt Armenier wegen Holocaust-Rhetorik – Dabei droht ein neuer Völkermord

VON BODO BOST

Die armenische Führung wurde von prominenten Rabbinern kritisiert, weil sie in Interviews und Erklärungen das Aushungern der armenischen Exklave Berg-Karabach durch Aserbaidschan mit dem Holocaust verglichen hatte. Der Staat Israel pflegt gute Beziehungen zu Aserbaidschan, das seit neun Monaten die Armenier in Berg-Karabach aushungert.

In einem Schreiben vom 6. September, das 50 hochrangige Rabbiner aus 20 europäischen Ländern unterzeichnet haben, wurde die Verwendung von Holocaust-Rhetorik durch Armenien gegenüber dem Nachbarland Aserbaidschan scharf verurteilt. In dem Brief erklären die jüdischen Geistlichen, dass „Ausdrücke wie Ghetto, Völkermord, Holocaust und andere (...) unangemessen sind, um bei politischer Auseinandersetzung verwendet zu werden“.

Das Schreiben richtete sich insbesondere an den armenischen Premierminister Nikol Paschinjan und Präsidenten Waghagn Chatschaturjan. Die armenische Führung ist zunehmend besorgt um die humanitäre Lage in der armenisch besiedelten Exklave Berg-Karabach, die seit neun Monaten von Aserbaidschan aus komplett von jeglicher Versorgung abgeschnitten wird. Paschinjan verglich die von den Nazis errichteten Ghettos für Juden mit dem, was die Aserbaidschaner in der umstrittenen Region getan haben: „Die Aserbaidschaner haben wie im Holocaust in Berg-Karabach ein Ghetto geschaffen, im wahrsten Sinne des Wortes“, sagte Paschinjan.

Der Brief der Rabbiner befasste sich jedoch nicht nur mit diesem einen Thema, denn die anwesenden Rabbiner brachten auch ihre Besorgnis über die armenisch-iranischen Beziehungen zum Ausdruck. In dem Brief heißt es, dass der Iran „ein Land ist, das unaufrichtig und

öffentlich zur Zerstörung des einzigen jüdischen Landes der Welt aufruft“.

Die Rabbiner bitten darum, dass „das schreckliche menschliche Leid, das das jüdische Volk erlitten hat“, vom armenischen Volk anerkannt und geehrt wird. Sie baten Armenien auch darum, „das Ausmaß des Leidens des jüdischen Volkes nicht länger zu verharmlosen, um politische Interessen zu fördern, indem sie unaufrichtig Phrasen verwenden, die mit dem vom jüdischen Volk erlittenen Holocaust in Verbindung stehen“.

Dass sowohl der aserbaidsschische Präsident Ilham Alijew als auch der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan mehrmals die Vollendung des Völkermords von 1915 angedeutet haben, verschweigen die Rabbiner. Auch verschweigen sie, dass auch Nicht-Armenier, wie der ehemalige Chefankläger des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, Luis Moreno Ocampo, die Lage in Karabach mit einem Völkermord vergleicht.

Was die Rabbiner ebenso verschweigen, ist die Tatsache, dass Armenien seit seiner Unabhängigkeit 1991 den Holocaust anerkannt hat. Im Gegensatz dazu hat Israel den armenischen Völkermord zwischen 1915 und 1921, bei dem vermutlich 1,5 Millionen Armenier im Osmanischen Reich zu Tode gehungert wurden oder in der Wüste verdursteten, bisher anerkannt. Dieser in Armenien als „Agchet“ bezeichnete Völkermord wurde von Dutzenden von Staaten als solcher anerkannt, nur nicht von der Täternation, der Türkei, und auch nicht von Israel, obwohl Israel selbst Opfer eines Völkermords, dem Holocaust, wurde.

Armenien hat Israel mehrmals aufgefordert diesen Schritt zu tun, was es aber mit Rücksicht auf seine guten Beziehungen zu Aserbaidschan nicht tut.

Israel ist einer der Hauptwaffenlieferanten von Aserbaidschan, mit denen dieses Land mithilfe der Türkei 2020 Armenien angegriffen hat und es so erst zur heutigen Situation einer von Aserbaidschan eingeschlossenen Exklave in Berg-Karabach, die mehrheitlich von Armeniern bewohnt wird, gekommen ist.

In Armenien wird die Lage in Berg-Karabach, wo 120.000 Menschen, darunter 30.000 Kinder, dem Hungertod nahe sind, mit der Lage der Armenier in Musa Dagh verglichen. 1915 hatten sich auf dem Berg Musa Dagh im Süden der heutigen Türkei 5000 Armenier monatelang 10.000 türkischen Soldaten widersetzt, die sie in die mesopotamische Wüste treiben wollten, bis ein französisches Kriegsschiff vom Meer aus die Türken vertrieb und die Armenier rettete. Bekannt gemacht hatte diese Geschichte in den 1930er Jahren der heute als Held in Armenien verehrte deutsch-jüdische Schriftsteller Franz Werfel mit seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“.

Die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat Dutzende Armenier und armenisch-stämmige Personen, darunter auch die Familie des französischen Sängers und Schauspielers Charles Aznavour, die während des Holocaust in Frankreich Juden versteckt und gerettet haben, mit dem Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Türken oder Azeris, die Einwohner Aserbaidschans, finden sich nicht auf der Liste von Yad Vashem.



Erinnerung an einen Genozid, der nicht als Holocaust bezeichnet werden soll: Das Völkermord-Denkmal in Eriwan

ITALIEN

Ein Polit-Spiel auf Messers Schneide

Was wird aus dem Berlusconi-Erbe? – Die schuldengeplagte Partei Forza Italia soll am Leben erhalten werden

Auch nach seinem Tod hält der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi die Zügel scheinbar fest in der Hand. Seine fünf Kinder verzichteten auf eine Erbauseinandersetzung und akzeptierten, dass die letzte Lebensgefährtin des im Juni verstorbenen Milliardärs satte 100 Millionen Euro erhielt.

Damit dürfte die 33-jährige Marta Fascina verschmerzen, dass die Erben sie hochkant aus der Villa des „Cavaliere“ warfen. Und es dürfte sie darüber hinwegtrösten, dass ihr politischer Aufstieg beendet sein dürfte, den ihr Berlusconi noch geegnet hatte. Denn neben dem finanziellen gibt es auch noch ein politisches Erbe zu verwalten. An der Spitze von Berlusconis Firmengeflecht Fininvest stehen künftig die ältesten Kinder Marina und Pier Luigi. Diese müssen auch entscheiden, was mit den 100 Millionen Euro Schulden geschieht, welche die von Berlusconi An-

fang der 1990er Jahre gegründete liberal-konservative Partei Forza Italia (FI) bei den Firmen hat. Auf ein politisches Engagement nach Vorbild des Vaters haben dessen Kinder keine Lust.

Aber die Partei einfach so abwickeln wollten sie auch nicht. Gemeinsam mit Berlusconis Gefolgsmann und Nachfolger Antonio Tajani und – man höre und staune – der amtierenden Regierungschefin Giorgia Meloni von der Rechtsaußen-Partei Brüder Italiens habe man entschieden, die Parteigeschäfte zumindest bis zur kommenden Europawahl weiterlaufen zu lassen. Das hat gute Gründe. Berlusconi Ziel war es immer, die italienische Rechte – auch Italiens postfaschistischen Nostalgiker – zu einen und auf einen pro-europäischen Kurs zu trimmen.

Der neue FI-Chef Tajani, Außenminister in Melonis Kabinett, ist dafür prädestiniert. Der frühere EU-Kommissar ge-

hört mit seiner Partei der christdemokratischen Fraktion EVP (Europäische Volkspartei) im EU-Parlament an. Meloni und ihre Partei sind in der konservativen Fraktion EKR (Europäische Konservative und Reformer) organisiert.

Inkompatibel mit Le Pen und AfD

Melonis Amtsantritt vor rund einem Jahr war auf europäischer Bühne mit großer Skepsis begegnet worden. Durch geschickte Lobby-Arbeit hat sich dies geändert. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber (CSU) soll mittlerweile beste Kontakte zur rechtskonservativen Politikerin haben – eingefädelt von Tajani. Und auch die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigte sich in den vergangenen Wochen auffallend oft mit Meloni. Gemeinsam besuchten sie vergangene Woche die von Mittelmeer-Immigranten überfüllte Insel Lampedusa.

Die Italienerin möchte dieses Rechtsaußen-Image loswerden und dieses ihrem zweiten Koalitionspartner Matteo Salvini und seiner Lega überlassen. Dessen Partei gehört der rechten Fraktion ID (Identität und Demokratie) im EU-Parlament an, zu der auch Marine Le Pens französisches Rassemblement National, die AfD sowie Österreichs FPÖ gehören.

„Die EVP ist mit dem RN und der deutschen AfD absolut inkompatibel“, sagte Tajani zu Wunschvorstellungen Salvinis einer Dreierkoalition in Straßburg. Für die Zukunft seiner Forza Italia wird das Abschneiden bei der Europawahl entscheidend sein. Schafft sie ein zweistelliges Ergebnis und kann sie sich damit als Vertreterin der italienischen Christdemokratie in Brüssel und Straßburg präsentieren, könnten Meloni und Berlusconis politischer Erbe das Spiel noch ein Weilchen weiterspielen. Peter Entinger

VON PETER ENTINGER

Der Anteil junger Erwachsener mit einer klassischen Berufsausbildung ist in Deutschland stark zurückgegangen. Dies geht aus der Studie „Bildung auf einen Blick“ hervor, die von der OECD herausgegeben wird. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 38 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Ihre Mitglieder gelten als Länder mit besonders hohen Pro-Kopf-Einkommen und als gut entwickelt.

Gerade in diesen Ländern spielt Bildung eine wichtige Rolle. Umso mehr müssen die Zahlen, welche die Forscher für die Bundesrepublik genannt haben, aufhorchen lassen. Der Anteil derjenigen, die maximal einen mittleren Schulabschluss haben, aber keine weitere Qualifikation wie Abitur oder eine Ausbildung, hat sich von 13 auf 16 Prozent erhöht, was einer Zahl von rund 1,7 Millionen Personen entspricht. Im vergangenen Jahr konnten lediglich 38 Prozent der 25- bis 34-Jährigen einen Berufsabschluss vorweisen, 2015 waren es noch 51 Prozent dieser Altersgruppe.

Der Rückgang im Bereich Berufsbildung in Deutschland ist damit der größte in allen OECD-Ländern. Die Leiterin des „OECD Berlin Centre“, Nicola Brandt, sieht die Politik in der Verantwortung, bereits „in den jüngsten Jahren“ mit der Förderung anzusetzen, um zu verhindern, dass junge Leute zurückfielen und am Ende ohne einen guten Abschluss dastünden. Sie machte zwei Faktoren für die Probleme in Deutschland verantwortlich. Es gebe mehr Migration als in anderen Ländern und auch der Lehrkräftemangel spiele eine entscheidende Rolle.

Mehr Migranten als in anderen Ländern

In absoluten Zahlen haben Deutschland, Polen und die Vereinigten Staaten die größte Zahl an ukrainischen Flüchtlingen aufgenommen, während Estland, Litauen und Tschechien den höchsten Anteil an Geflüchteten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung empfangen. Die deutschen Probleme liegen demnach wohl eher an den mangelhaften Zuständen in den Schulen. Denn die Qualität der Ausbildung ist nach Einschätzung der OECD-Autoren nicht so schlecht.

Deutschland stehe mit dem System der dualen Berufsausbildung eigentlich gut da. Mit einer abgeschlossenen Ausbildung waren demnach zwei Jahre nach Abschluss einer Berufsausbildung 94 Prozent der Absolventen erwerbstätig. Nur Island verzeichnete unter den OECD-



Bildung auf dem Prüfstand: Studie kommt zu dem Ergebnis, dass immer mehr junge Menschen trotz Ausbildung nicht arbeiten

OECD-BILDUNGSSTUDIE

1,7 Millionen junge Deutsche haben keine Ausbildung

Ob mit Abitur oder mittlerem Schulabschluss – Die Zahl derer, die trotz Schulabschluss keine Berufsausbildung beginnen, steigt beständig an

Ländern eine höhere Quote. In der Studie, die seit mehr als 30 Jahren jährlich erscheint, wird das Modell der dualen Ausbildung in Deutschland mehrfach hervorgehoben. Schulische Theorie und Praxis in einem Betrieb sind dabei eng verzahnt. „Viele andere OECD-Länder wollen von diesem System lernen, auch weil es marktgerecht ausbildet“, sagte Brandt.

Mit Blick auf Deutschland sprechen die Autoren allerdings von einer immer stärkeren Bildungspolarisierung. So gebe es deutlich mehr junge Menschen mit Hochschulabschluss. Ihr Anteil ist seit dem Jahr 2015 von 30 auf 37 Prozent gestiegen. Demgegenüber sind – wie bereits geschildert – die Berufsabschlüsse stark rückläufig. „Diese Entwicklung ist besorgniserregend“, sagte Brandt. In vielen OECD-Ländern sei der Trend gegenläufig.

In Deutschland dagegen werde die Schere zwischen den Bildungsgruppen immer größer.

Dabei steht Deutschland am unteren Ende immer noch recht gut da. Denn die Zahl derer, die gar keinen Schulabschluss haben, ist in Deutschland nach wie vor gering. Es gibt aber auch jene, die zumindest einen Abschluss haben, aber danach keine Ausbildung und auch kein Studium beginnen. Die OECD-Studie nennt diese Personen NEETs – not in Education, Employment or Training. Deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden wörtlich als miserabel bezeichnet.

In Deutschland liegt die NEETs-Quote mit 8,6 Prozent vergleichsweise niedrig, im OECD-Schnitt sind es 14,7 Prozent. Ein Blick auf die weiteren Daten zeigt aber auch, dass der klassische

Hauptschulabschluss kaum noch Wert hat.

Problem Lehrermangel

Einen interessanten Aspekt bietet die Antwort auf die Frage, ob der Lehrermangel in Deutschland finanzielle Gründe hat. Die OECD-Autoren beantworten diese Frage eindeutig mit Nein. „Nur in Luxemburg verdienen Lehrkräfte besser. Die aktuelle Personalnot ist also kaum mit schlechter Bezahlung zu erklären. Die Arbeitsbedingungen sind jedoch in manch anderen Ländern besser, so werde etwa häufiger im Team gearbeitet“, sagte Brandt. Die vorgesehene Unterrichtszeit beläuft sich der Studie zufolge von der ersten bis zur neunten Klasse im OECD-Schnitt auf insgesamt 7634 Stunden. In Deutschland sind es nur 7376 Stunden.

SANKTIONEN

Drei russische Häfen boomen

Konzentration auf Handel mit dem Osten – Rekord-Handelsumsatz mit China

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IFW) vermeldet, dass eine Statistik vom August zeige, dass Russland sich kräftig gegen die Sanktionen stemme und sich wieder rege am Welthandel beteilige. In den drei größten russischen Containerhäfen St. Petersburg, Wladiwostok und Noworossijsk blühe das Geschäft wieder, und die Zahlen bewegten sich annähernd auf dem gleichen Niveau wie vor dem Beginn des Ukrainekriegs.

Während Deutschland und die EU als Partner weitgehend weggefallen sind, konnte Russland andere für sich gewinnen. Hauptempfänger russischer Exporte ist China, das auch schon zuvor zweitwichtigster Handelspartner Moskaus war. Im vergangenen Monat wuchsen die russischen Exporte ins Reich der Mitte stärker denn je. Laut Bloomberg gingen

die Lieferungen im August 2023 um 63 Prozent nach oben. China kaufte Waren im Wert von 11,5 Millionen US-Dollar, darunter Energie und Rohstoffe. Der Gesamthandel mit China lag im vergangenen Jahr bei 190 Milliarden Dollar, bis August dieses Jahres waren bereits 155 Milliarden Dollar erreicht.

China und Indien im Fokus

China erhält aus Russland mittlerweile 83 Prozent mehr Waren (gemessen am Wert in Dollar) als vor dem Ukrainekrieg. Als weiterer wichtiger Handelspartner rückt Indien auf. Russland konnte seine Lieferungen dorthin mehr als versechsfachen, und in die Türkei liefert Russland mehr als 160 Prozent mehr an Warenwert als vor der Invasion in die Ukraine.

Für die Widerstandskraft gegen westliche Sanktionen sind unter anderem eine florierende Rüstungsindustrie sowie hohe Ölpreise verantwortlich. Indien bezieht zwölfmal so viel Rohöl aus Russland wie im Vorjahr. Laut russischen Experten könnte Indien in Zukunft eine Schlüsselrolle als Vermittler zwischen Erste-Welt-Staaten und den Entwicklungsländern zufallen. Dies habe der zurückliegende G20-Gipfel gezeigt. Während die Kluft zwischen dem Westen auf der einen sowie China und Russland unüberbrückbar war, sei Indiens Staatschef Narendra Modi überzeugend nicht nur als Führer eines Teilnehmerlandes, sondern des gesamten Globalen Südens in Erscheinung getreten.

Russlands Resilienz steht im Widerspruch zur Behauptung der EU, dass die Sanktionen Wirkung zeigten. Laut Zahlen

aus Brüssel schrumpfte die russische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent, wobei vor allem der Hochtechnologiesektor starke Verluste verzeichnete. Die Produktion von Autos ging laut EU im vergangenen Jahr um 48 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, die Produktion von Computern, Elektronik und Optik sank um acht Prozent. Für kommendes Jahr rechnet die OECD mit einem weiteren Rückgang der russischen Wirtschaft von 2,5 Prozent. Das macht sie fest an Haushaltskürzungen für Schulen, Krankenhäuser und Schulen. Fast ein Drittel des Haushalts gibt Russland für Verteidigung und Innere Sicherheit aus. Solche Zahlen kontert Moskau mit dem Hinweis, dass es allein im August 17,1 Milliarden Dollar mit dem Ölexport nach Indien und China eingenommen habe.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Batteriewerk in der Lausitz?

Stuttgart/Potsdam – Der Sportwagenhersteller Porsche plant laut Medienberichten den Bau einer neuen Batteriefabrik in Brandenburg. Demnach prüft der Autobauer das Areal des Flugplatzes Schwarzheide/Schippkau im Landkreis Oberspreewald-Lausitz als Standort für die neue Fabrik. In unmittelbarer Nähe befindet sich das BASF-Werk Schwarzheide. Dort hat BASF erst im Juni eine moderne Anlage zur Produktion von Batteriematerial und zum Batterierecycling eingeweiht. BASF und Porsche arbeiten bereits seit 2021 zusammen. Brandenburgs Wirtschaftsministerium und die Wirtschaftsförderung lehnten es ab, sich zu den möglichen Ansiedlungsplänen zu äußern. Porsche bestätigte, dass der Aufbau einer weiteren Batteriefabrik geprüft werde. Derzeit baut der Stuttgarter Autobauer eine Batteriefabrik in Kirchentellinsfurt (Baden-Württemberg) auf. Dieses Werk soll Mitte 2024 fertig sein. H.M.

Zweifel am Lohn der Arbeit

Erfurt – Mittlerweile glauben 52 Prozent aller Deutschen, dass sich Arbeit hierzulande nicht mehr lohne. Dahingegen vertreten 40 Prozent die gegenteilige Meinung und acht Prozent sind unsicher. Dies ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulting im Auftrag der „Bild“-Zeitung vor dem Hintergrund der geplanten Erhöhung des Bürgergeldes im Jahre 2024. Besonders die Anhänger von AfD, CDU/CSU und Linkspartei halten die Aussage, Arbeiten lohne nicht mehr, für richtig. Die Zustimmungsrate bewegt sich zwischen 77 und 50 Prozent. Im Gegenzug meinen mehr als die Hälfte bis zwei Drittel der Wähler der Ampel-Parteien, dass Arbeit nach wie vor mit finanziellen Vorteilen verbunden sei. Ähnlich zweigeteilt ist das Land in der Bewertung der Erhöhung des Bürgergeldes: 60 Prozent der AfD-Anhänger lehnen diese ab, während fast drei Viertel der grünen Wählerschaft die Anhebung befürworten. W.K.

Bill Gates steigt in Brauerei ein

St. Louis – Der US-amerikanische Multimilliardär, Software-Pionier und Investor Bill Gates erwarb 1,7 Millionen Aktien der weltgrößten Brauerei Anheuser-Busch mit Hauptsitz in St. Louis (Missouri) und elf weiteren Betriebsstätten quer durch die Vereinigten Staaten zu einem Preis von 95 Millionen Dollar. Damit wurde er zum Großaktionär des Unternehmens, dessen Umsätze wie auch Börsenkurse dramatisch fielen, nachdem es die Transperson Dylan Mulvaney vor fünf Monaten zur Werbe-Ikone für die in den USA bislang äußerst beliebte Biermarke „Bud Light“ gemacht hatte. Nun rätseln Anlageexperten über die Gründe für Gates' plötzliches Investment: Will der „Philanthrop“ Anheuser-Busch finanziell aufhelfen, um so zu verhindern, dass die misslungene politisch korrekte Werbekampagne die Brauerei am Ende komplett ruiniert? Oder ging es ihm lediglich um den Erwerb von Firmenanteilen zu momentan gerade besonders günstigen Konditionen? W.K.

ANALYSE

50 Jahre Öl als Waffe

BODO BOST

Im Jahr 1973 hatten die arabischen OPEC-Länder die Ölfördermengen gekürzt. Das war der erste Einsatz von Öl als Waffe. Wenige Wochen später erfolgte im Oktober der Jom-Kippur-Krieg, durch den Israel erstmals seit 1948 in die Defensive geriet.

Viele Historiker glauben, dass schon Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion auch wegen der Ölvorkommen des Kaspischen Meeres führte. Der Russland-Feldzug wurde kein Blitzkrieg, weil der Treibstoffnachschub mit dem Verbrauch auf den endlosen russischen Wegen nicht Schritt hielt. Vielleicht werden Historiker einmal herausfinden, dass Putin seinen Krieg gegen die Ukraine 2022 nicht nur wegen der „Russischen Erde“-Ideologie seines Patriarchen Kyrill begonnen hat, sondern vor allem, um auf dem Weltenernährungsmarkt mit der Ukraine seinen härtesten Konkurrenten auszuschalten und um damit mit dem Weizenpreis über einen neuen Hebel globaler Macht zu verfügen.

Der Siegeszug des Öls begann 1858 bei Wietze in der Lüneburger Heide, wo die erste erfolgreiche Erdölbohrung weltweit stattfand. Dem Geologen Christian Konrad Hunäus gelang im Auftrag des Königreichs Hannover dieser bahnbrechende Durchbruch. Man glaubte noch, durch diese Bohrung auf unterirdische fossile Kohlenlager zu stoßen. Deshalb waren Hunäus und seine Arbeiter enttäuscht, dass nach einem Jahr Bohrvorbereitungen anstatt Kohle „nur“ Erdöl aus der Erde spritzte. Anders dagegen in den USA. Dort löste nur wenige Wochen später die erste erfolgreiche Bohrung nach Erdöl in Pennsylvania ein regelrechtes Ölfieber aus. Man stellte aus Öl bereits Lampenöl (Petroleum) her, das zur Beleuchtung der Haushalte eingesetzt wurde.

Treibstoff der Industrialisierung

Erdöl wurde zum Treibstoff der Industrialisierung. Mit der Entwicklung des Autos 1886 durch Carl Benz schnellte die Nachfrage nach Mineralöl sprunghaft in die Höhe. Rockefeller gründete die Standard Oil Company, die zum ersten multinationalen Konzern wurde. Bald entstand Konkurrenz am Kaspischen Meer und seit 1908 am Persischen Golf.

Mitte der 1940er Jahre entdeckten amerikanische und britische Ölkonzern-

ne gigantische Ölvorkommen in Saudi-Arabien. Bei einem Treffen von Ibn Saud mit Präsident Franklin D. Roosevelt auf der „USS Quincy“ im Jahr 1945 gaben die USA eine Sicherheitsgarantie für Saudi-Arabien im Gegenzug für den Zugriff auf die Ölvorkommen des Landes. Nach 1945 explodierte der Ölverbrauch in den USA. Die Zahl der Autos stieg rasant. Die Ölförderung hielt mit dem Verbrauch nicht Schritt. Ab 1948 mussten auch die USA Öl importieren.

OPEC reagierte auf Dollarverfall

1960 gründeten vier muslimische Staaten und Venezuela in Bagdad die OPEC als antikolonialistisches Kartell. 1971 hatten die USA beschlossen, den US-Dollar nicht mehr an den Wert des Goldes zu binden. Der Dollar verlor drastisch an Wert. Weil das Rohöl in Dollar gehandelt wird, gingen die Einkünfte der Förderländer rasant bergab. Darauf reagierte die OPEC mit Förderkürzungen. Am 1. Juni 1973 wurde bei Verhandlungen zwischen der OPEC und den größten westlichen Erdölgesellschaften eine große Preiserhöhung vereinbart.

Zum Krieg kam es dann im Oktober, als am größten jüdischen Fastentag, dem Jom Kippur, zwei arabische Armeen Israel angriffen und erstmals in die Defensive zwangen. Nur durch erhöhte amerikanische Waffen- und Rohstofflieferungen konnte Israel eine Niederlage vermeiden, die Weltöffentlichkeit, auch in Europa, war, anders als 1967, gegen Israel eingestellt. Dennoch verhängten die arabischen Staaten ein Embargo gegen die europäischen Staaten, nicht gegen die USA. Mit dem Öl wollte man einen Keil in die westliche Allianz treiben. In Folge des Embargos stieg der Ölpreis rasant, es kam zu Lieferengpässen. Deutschland verhängte erstmals in seiner Geschichte Fahrverbote für Autos.

Saudi-Arabien und die arabischen Golfstaaten wurden durch Öl zu den reichsten Staaten der Erde, und das Öl wurde zur Triebkraft des wachsenden Islamismus. Russland ist mittlerweile auch Mitglied von OPEC+ und braucht die Öl-Einnahmen dringend für seinen Krieg in der Ukraine. Kriege ums Öl als Verteilungskämpfe wurden zwar schon lange vorausgesagt, aber dabei sah man Aggressoren eher in den Staaten, die zu wenig hatten, nicht in den Staaten, die zu viel davon haben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Erkannte den Denunzianten als „größten Lumpen“ des Landes: Der Dichter und Germanist Hoffmann von Fallersleben

KOLUMNE

Staat fördert Denunzierung

FLORIAN STUMFALL

Nicht erst seit August Heinrich Hoffmann von Fallersleben den Denunzianten als den größten Lumpen erkannt hatte, erlebt dieser, der Denunziant, sehr unterschiedliche Wertschätzung. Beliebt, wenn auch nicht geehrt, ist er bei den Autoritäten solcher Staaten, welche das Befinden ihrer Bürger, deren Wohlergehen und Freiheit gering achten. Demgemäß ist die Haltung der betroffenen Untertanen den Denunzianten gegenüber völlig anders: Sie verabscheuen und fürchten die Anschwärzer, wenn auch meist in hoffnungsloser Wut.

Da sich aber seit jeher Staaten über ihre Bürger erheben, hat auch das Denunziantentum eine lange Geschichte. Sie beginnt spätestens schon in der ägyptischen Antike und endet nicht mit Fouché und der Französischen Revolution oder gar mit den abscheulichen Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts. Denn da auch der Gegenwart und hier der EU wie Deutschland nichts Menschliches fremd ist, sind hier ebenfalls einschlägige Erscheinungen sichtbar. Nur mit einem Unterschied: Suchten ehemals die Denunzianten das Halbdunkel verräterischer Ränke, spielt sich die Sache heute in aller Öffentlichkeit ab.

Dazu hat die Europäische Union eine Verordnung erlassen, welche den unverfänglichen Titel „Gesetz über digitale Dienste“ trägt. Um eines nur vorauszuschicken: Verordnungen der EU müssen im Gegensatz zu den Richtlinien nicht von den nationalen Parlamenten beschlossen werden, sie gelten nach der Regel von Befehl und Gehorsam. Es gibt ihrer rund 25.000. Was aber den Inhalt der digitalen Dienst-Verfügung angeht, so verbirgt sich, wie immer bei derartigen Gelegenheiten, das Wesentliche zwischen dem Bekenntnis zur Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte, zwischen Verbraucherschutz und Transparenz-Bemühen und der Förderung von Innovation.

Der Kern der Sache besteht darin, dass hier ein „Melde- und Aktions-Verfahren“ eingerichtet wird, wodurch die Verbraucher die Möglichkeit erhalten, „illegale Inhalte“ anzuzeigen. Dazu nehmen die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Zugriff auf die großen Online-Plattformen. Sie aber sind es auch, die festlegen, was ein „illegaler Inhalt“ ist. In Zeiten, in denen die Feststellung, dass ein

Mann ein Mann ist, auch wenn er das Gegenteil behauptet, strafbewehrt ist, oder in denen jede Kritik an der EU als extremistisch beurteilt wird, dürften die Maßstäbe für das Illegale weit ausfallen.

Von „rechtswidrigen Inhalten“ ist die Rede auch im bundesdeutschen „Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen“. Dies ist eine Ermunterung an die Bürger, ihresgleichen an einer der Meldestellen hinzuhängen, wenn sie einen „rechtswidrigen Inhalt“ geäußert haben sollten. Dann aber sieht das Gesetz vor, dass jeder Anbieter eines Netzwerks,

tungen schaffen, um den Schutz der Menschenrechte oder auch nur um ein friedliches Miteinander geht. Vielmehr handelt es sich um einen hemmungslosen Kulturkampf, bei dem nicht etwa die heimische Tradition „bereichert“, sondern ausgerottet und durch einen radikalen Gegenentwurf ersetzt werden soll.

Im Juli hat auch das ebenfalls CDU-geführte Nordrhein-Westfalen vier neue Meldestellen eingerichtet, die durchaus dem entsprechen, was in Berlin gilt. Auch hier sollen Vorfälle angezeigt werden, die „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ liegen, also einen strengeren Leisten anlegen, als es der Gesetzgeber tut. Die Landesregierung rühmt ihr „bundesweit einzigartiges Netz“. Man habe sich viel vorgenommen, um den Abbau von Diskriminierung in der Gesellschaft weiter voranzutreiben. Allerdings stellt sich die Frage: weniger Diskriminierung durch mehr Denunzierung? Kann das seine Richtigkeit haben? Natürlich nicht. Denn auch hier gilt: Es geht um den Kulturkampf, für welchen die Einseitigkeit ebenso bestimmend ist wie die Radikalität des Denkens und Handelns.

Dazu gehört auch Anetta Kahane, die ihrer Amadeu-Antonio-Stiftung ebenfalls eine Einrichtung fürs Verleumden und Hinhängen gründete. Als ehemalige Stasi-Mitarbeiterin in der DDR war sie darin erfahren und somit die richtige Frau am richtigen Ort. Weil aber die Personalisierung des Geschehens mehr Aufschluss darüber geben kann, welcher Art und Güte es sei, muss hier von Innenministerin Faeser und dem TV-Agitator Jan Böhmermann die Rede sein. Dieser unterstellte in seiner Sendung dem obersten Hüter der deutschen digitalen Sicherheit, Arne Schönbohm, er unterhalte unzulässige und mit seinem Amt unvereinbare Verbindungen zu russischen Stellen.

Dieser Vorwurf stellte sich als bald als nichtig heraus, das war aber nur der Denunzierung erster Teil. Denn trotz erwiesener Unschuld entthob die Ministerin den ihr unliebsamen Spitzenbeamten seines Postens und schien auch noch den Verfassungsschutz gegen Schönbohm in Stellung gebracht zu haben. In der deutschen Version von Rossinis „Barbier von Sevilla“ heißt es: „Schuldlos geht er dann verachtet als ein Ehrenmann zugrund.“

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Es geht um den Kulturkampf, für welchen die Einseitigkeit ebenso bestimmend ist wie die Radikalität des Denkens

bei dem im Jahr mehr als 100 derartige Beschwerden eingegangen sind, einen Bericht anzufertigen und halbjährlich im Bundesanzeiger und auf der eigenen Homepage zu veröffentlichen hat. Der digitale Pranger hat Form angenommen.

Wie nicht anders zu erwarten, spielt auch die Bundeshauptstadt Berlin in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle – unter schwarzer Führung nicht anders als unter roter. Hier gibt es als Meldestellen für Denunziation das „Berliner Register“ und zwar in jedem Stadtbezirk eines. In der Selbstbeschreibung heißt es: „Es werden nur Vorfälle aufgenommen, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ-feindlich, antiziganistisch, extrem rechts, sozialchauvinistisch, behindertenfeindlich oder antifeministisch sind.“ Links-Extremismus, die Gewalt der Antifa oder die Bedrückung Einheimischer finden dagegen keine Erwähnung.

Bereits hier ist die grobe Einseitigkeit zu sehen, nach welcher eingeteilt wird, was als verbotener Inhalt zu gelten hat und was nicht. Daraus ist leicht zu schließen, dass es den Betreibern der Meldestellen ebenso wenig wie jenen, die den gesetzlichen Rahmen für solche Einrich-

VON RALF ROSMIAREK

Von einem Mann aus Großbritannien war von Annas Eltern nie zu hören. Von ihm aber hatte die Heldin, mit der Jörg Bernig seine Leser in einem neuen phantastisch-realistischen Reich der Fiktion willkommen heißt, eine Erbschaft erhalten: das an der walisischen Küste gelegene „Eschenhaus“, das für die Tochter zweier Leipziger Universitätsdozenten bald zum Refugium wird.

Doch wer war der geheimnisvolle Erblasser? Eine zufällige Entdeckung zwischen den Büchern des Hauses, ein A5-Heft, wandelt Annas erlebte wohlige Behaglichkeit in gärende Unsicherheit. Die Rückkehr der Vergangenheit wird ihr zum intensiven, beinahe brachialen Erleben.

In diesem A5-Heft beschreibt Norman, der Germanist, wie er in den Osten – von ihm „Kleindeutschland“, von Annas Vater „Anderwelt“ genannt – ging. Weltanschauliche Überzeugung machte ihn neugierig auf den „Arbeiter- und Bauernstaat“. Bald lernt er die Eltern kennen. Annas Mutter Heidi ist Normans Kollegin an der Universität, er verliebt sich in sie. Es bleibt für ihn eine sehnsuchtsvolle, unerfüllte Liebe. Hierin lag wohl die Ursache, dass er zum Verräter an den Eltern wurde. Norman Argent wurde zum Agenten der Staatssicherheit, verlockend für ihn die Zusage, die Geliebte Heidi in die angestammte Heimat mitzunehmen zu können. Das misslang, Stattdessen zerstörten seine informellen Berichte die Universitätskarrieren der Eltern, die sich nie wieder von diesem erlittenen Unrecht befreien konnten.

Die „Wende“ bescherte ihnen keine weitere Verwendung als Wissenschaftler. Gebrochenes Leben lässt verkümmern, der frühe Tod dann die bittere Konsequenz. Für Anna, die schon lange keinerlei Kontakt mit ihnen unterhielt, „verschwand sie im Verborgenen“. Enttäuscht wie verletzt kehrte Norman letzten Endes zurück auf die britische Insel.

Bernig betreibt mit seinem Roman „Eschenhaus“ eine tiefreichende Analyse. Zeitsprünge, Brechungen, Charaktere werden subtil sichtbar gemacht. Zu großartiger, eindrucksvoller Literatur gerät ihm die Beschreibung einer Sommerfahrt zu Freunden in die provinzielle Ödnis. Normans distanzierter Blick wird zu unserem Blick in die eigene, jüngere Vergangenheit. Bilder und Erinnerungen lösen sich aus dem Vergessen. Längst un-



Einer der wenigen, der einen Einspruch wagt: Jörg Bernig bei der Vorstellung seines neuen Romans im Buchhaus Loschwitz

sichtbar gewordene Automarken, etwa der F8 und F9 oder der Lastwagen H6, scheinen auf. Mit der Deutschen Reichsbahn „rollt eine dunkelgrüne Erinnerung an das Deutsche Reich über die Gleise“.

Mediale Empörung

Gleich seiner Romanfigur Anna treibt auch Bernig der Versuch um, Zeiten und Entwicklungen zu verstehen. Eine kritische Distanz wird notwendig, die angestrebten neuen Ordnungen im Alltag der Gegenwart wie auch im Roman scheinen eher ideologischen Phantasiewelten entlehnt als an der Realität orientiert.

„Ab und zu hat der Denkende die Pflicht, in das Weltgeschehen einzugreifen“, erwohnt einst der österreichische Schriftsteller Thomas Bernhard. Bernig genügt im Jahre 2015 dieser Pflicht und wagt einen Einspruch. Als freier Bürger ergriff er das freie Wort und kritisierte Merkels Grenzöffnung und die Folgen einer grenzenlosen Masseneinwanderung,

dazu erlaubte er sich die Veröffentlichung von Gedichten und Texten in den Zeitschriften „Sezession“ und „Tumult“. Falsche Meinung, falsche Medien – „das beste Deutschland aller Zeiten“ gerät unter unermesslichen Leidensdruck.

Bernigs Kandidatur und die – schließlich zurückgenommene – Wahl im Jahr 2020 zum Kulturamtsleiter verschreckte das links-grüne Milieu vollends. Allenthalben Empörung. Radebeul war urplötzlich im Mittelpunkt medialer Verstörung, deutschlandweit las man mit fast deckungsgleichem Wortlaut: „CDU und AfD wählen neuere Denker zum Kulturchef“ („SZ“), „Neurechter Kulturchef für Radebeul“ („Sächsische Zeitung“), „Der Schriftsteller vertrete neuere Gedanken und für ihn haben vor allem CDU- und AfD-Fraktion gestimmt, kritisieren Räte von Linke und Bürgerforum/Grüne. Die Entscheidung macht sie fassungslos“ („Leipziger Volkszeitung“). Empörte aller richtig gesinnten Sparten vereinigt euch!

Willkommen in Otrelia

Der Schriftsteller Jörg Bernig entwirft in seinem neuen Roman „Eschenhaus“ ein phantastisch-realistisches Bild der DDR sowie der Bundesrepublik nach 1989

Doch die falsche Meinung hatte bereits im deutschen Staat mit antifaschistischem Antlitz seine unerbittlichen Konsequenzen: „Wer Loyalität aufkündigt, kann in dieser Sache unsere Solidarität nicht haben“, hieß es in einer Beschlussvorlage des DDR-Schriftstellerverbandes vom Juni 1979. Zeiten ändern sich, doch Ideologien und auf sie sich berufende Denkmuster sind kaum wandelbar.

Die „Einzig wahre Religion“

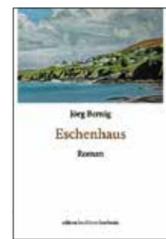
Die Alleinstellungsmerkmale der DDR wurden nachgerade großzügig an die Bundesrepublik Deutschland übertragen. Ausgrenzung und Stigmatisierung sind für freie Autoren auch weiterhin existenzbedrohend. Auch das Deutsche PEN-Zentrum hat mit einer Forderung geliefert: „Vor diesem Hintergrund bitten wir Herrn Bernig zu prüfen, inwieweit er seine Verpflichtung gegenüber der PEN-Charta wahrnehmen kann, und ggfs. die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.“ Keine

Spur also von Rückendeckung, keine so gern beschworene Solidarität, kein Wort zum „freien Wort“, konfuse Gereiztheit dafür deshalb auch hier die Rückbesinnung wichtig sein, dass die 1921 gegründete Autorenvereinigung PEN International sich dazu verstand, der Freiheit des Wortes und dem freien Gedankenaustausch Geltung zu verschaffen.

Wurde im Herbst 1989 nicht gerade daran erinnert? „1989 bedeutet für viele Sachsen (und DDR-Insassen) den Übertritt ins mündige Leben“, schrieb Bernig in seinem Beitrag „Revoltierende Resteverwerter verfallener Imperien“ und folgte dabei lange aufgefessenen waren, ist die Annahme, daß dieser Übertritt ins mündige Leben gleichsam der Übertritt in die von Mündigen bewohnte Bundesrepublik war. Aber siehe: Es gab dort keine solchen Bewohner, es gab bestenfalls einige mutige Pioniere und erste Siedler im Land der Mündigen. Mit ihrer Berufung auf den aufklärerischen Akt von 1989 zerren die Sachsen nun den in der alten Bundesrepublik kultivierten Schweige- und Duldenkonsens ans Licht, der so auch im wiederereinten Deutschland gelten sollte.“

Was wäre Kunst also ohne Hoffnung? Am Ende von Bernigs neuem Roman besucht Anne ihre Freundin Barbara, die in einem Dorf der Lausitz Zuflucht gesucht hat mit anderen Menschen, die sich der phantastischen Diktatur des Landes, der Otrelia – die „only true religion“ (die „Einzig wahre Religion“) –, nicht beugen wollen. „Sie seien das Europa des Freien Denkens, des Freien Wortes, der Musik, des Bildes und der Liebe.“ Breslau scheint diesen Menschen näher als Berlin, und so trifft man auf polnischer Seite in Wahlstatt auf Jugendliche aus ganz Europa, die an den alten europäischen Wurzeln festhalten wollen. „Der Weg in irgendeinen Untergang war keine Option ... Bleibt mir vom Leib mit euren Untergängen!“

● Jörg Bernig, „Eschenhaus“ Roman, Edition Buchhaus Loschwitz, 2023, 398 Seiten, 28 Euro. Am 27. September liest der Autor in der Berliner Bibliothek des Konservatismus, Fasanenstraße 4, um 19 Uhr aus dem Buch. www.bdk-berlin.org



BUCHPREMIERE

Grundsteine für ein neues Europa

Historiker Christopher Clark präsentiert im Humboldt-Forum sein Buch über die Revolutionen von 1848/49

Mit seinem Buch „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ revidierte der australische Historiker Christopher Clark die gängige These von der Hauptschuld Deutschlands am Krieg von 1914 bis 1918. Das Buch wurde 2012 zu einem Bestseller, dem jetzt ein weiterer folgen könnte. Am 27. September erscheint seine nicht minder monumentale, über 1000-seitige Monographie „Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt“ über die Erhebungen in Europa vor 175 Jahren.

Bereits am 25. September stellt Clark um 19 Uhr sein neues Buch im Humboldt-Forum des wiedererrichteten Berliner Schlosses vor. Im zweiten Teil des Abends diskutiert er mit Susanne Kitschun, der Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, und Hartmut Dorgerloh, dem Generalinten-

danten des Humboldt-Forums, welche Grundsteine die Revolutionäre vor 175 Jahren für unser heutiges Zusammenleben gelegt haben.



Preußen-Experte: Christopher Clark

In der Geschichte Europas gibt es keinen Moment, der sowohl aufregender als auch beängstigender war als der Frühling 1848. Scheinbar aus dem Nichts versammelten sich in unzähligen Städten von Berlin bis Paris und Palermo riesige Menschenmengen, manchmal in friedlicher, oft auch in gewalttätiger Absicht. Die politische Ordnung brach in sich zusammen.

Überall in Europa entwickelten sich damals neue politische Ideen, Glaubenssätze und Erwartungen. Es ging um die Rolle der Frau in der Gesellschaft, das Ende der Sklaverei, das Recht auf Arbeit, nationale Unabhängigkeit und die jüdische Emanzipation. Dies waren plötzlich zentrale Lebensthemen für unendlich viele Menschen – und es wurde hart um sie gekämpft.

Der Forschungsschwerpunkt des als Professor für Neuere Europäische Ge-

schichte am St. Catharine's College in Cambridge lehrenden Clark ist die Geschichte Preußens. Er ist Autor einer Biographie Kaiser Wilhelms II., schrieb im Streit um die Entschädigungsforderungen der Hohenzollern ein Gutachten über die Rolle Wilhelms von Preußen während der NS-Zeit und ist dem deutschen ZDF-Publikum als Moderator mehrteiliger Geschichts-Doku-Reihen wie die „Deutschland-Saga“ bekannt. H. Tews



● Christopher Clark „Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt“, DVA, München 2023, gebunden, 1168 Seiten, 48 Euro

● MELDUNG

Munchs Erfolge an der Spree

Berlin – In der in Kreuzberg gelegenen Berlinischen Galerie, Alte Jakobstraße 124–128, ist bis zum 22. Januar mit „Zauber des Nordens“ eine groß angelegte Ausstellung über den norwegischen Maler Edvard Munch zu sehen. Die Sammlung an Gemälden umfasst rund 80 Werke von Munch, ergänzt durch Werke anderer Künstler, die Ende des 19. Jahrhunderts in Berlin die Vorstellung vom Norden sowie die moderne Kunstszene an der Spree geprägt haben, darunter Walter Leistikow oder Akseli Gallen-Kallela. Von 1892 bis 1908 lebte und arbeitete der Symbolist immer wieder über längere Zeiträume in Berlin, das für ihn mit rund 60 Ausstellungen bis 1933 einer der wichtigsten Präsentationsorte in Europa wurde. Infos im Internet: www.berlinischegalerie.de tws

REFORMATION

Erste evangelische Predigt im Königsberger Dom

Der Theologe Johann Briesmann – Vor einem halben Jahrtausend führte er die lutherische Lehre im Ordensstaat mit ein

VON MARTIN STOLZENAU

Albrecht von Brandenburg-Ansbach aus dem Hause Hohenzollern fungierte seit 1511 als Hochmeister des Deutschen Ordens und litt unter den drückenden Bedingungen der 1521 ausgehandelten neuen Waffenstillstandsvereinbarungen mit dem übermächtigen Nachbarn Polen. Deshalb suchte er auf einer Reise Unterstützung bei verschiedenen deutschen Reichsfürsten – erfolglos.

Parallel erschloss er sich die Schriften Martin Luthers, mit dem er sich heimlich traf, um dessen Rat einzuholen. Der Reformator riet ihm, „er möge die thörichte und verkehrte Ordensregel bei Seite werfen, in den Ehestand treten und den Ordensstaat in einen weltlichen Staat verwandeln“. Albrecht folgte diesem Rat. Luther schickte dem neuen Verbündeten evangelische Prediger, „evangelische Tractate“ und weitere Ratschläge.

Einer der ersten Luther-Vertrauten, die im Ordensland für die Verbreitung des Luthertums sorgten, wurde vor einem halben Jahrtausend Johannes Briesmann. Der vormalige Franziskaner aus Cottbus genoss das besondere Vertrauen des Reformators aus Wittenberg und spielte in der Folge als Luthers rechte Hand in Preußen bei der Konsolidierung des neuen Herzogtums im lutherischen Glauben eine Schlüsselrolle.

Anfänge als Franziskaner

Briesmann wurde am 31. Dezember 1488 in Cottbus geboren. Er entstammte einer angesehenen Bürgerfamilie der Stadt. Sein Großvater ist als Zweiter Bürgermeister überliefert. Auch der Vater hatte städtische Ämter inne. Sohn Johannes war für die kirchliche Laufbahn vorgesehen. Doch der kirchliche Prunk und die Pfändewirtschaft der Kirchenoberen



D. IOHANNES BRIESMANNUS,
Reformator Borussiae, natus 1488
obiit 1549.

Kam 1488 in Cottbus zur Welt und starb 1549 in Königsberg: Johann Briesmann

stießen ihn schon in der Jugend ab. Deshalb verwundert es nicht, dass Briesmann 1510 dem Orden der Franziskaner beitrug.

Der Orden, der von Franz von Assisi gegründet worden war, der das Armutsideal verkörperte und als erster Bettelorden

gilt, hatte in Cottbus einen wichtigen Stützpunkt für die Lausitz.

Briesmann wurde im Orden religiös ausgebildet, studierte ab 1518 in Frankfurt an der Oder unter Konrad Wimpina hauptsächlich Theologie und erlebte 1519 als Zuhörer die berühmte Leipziger Disputation, in der Martin Luther seine Ansichten verteidigte. Der Mann aus Cottbus wurde Lutheraner, setzte sein Studium nun in Wittenberg unter Luther fort und promovierte in der Lutherstadt zum Doktor der Theologie. Er wurde anschließend von der Theologischen Fakultät als Lehrkraft übernommen.

Schon während Luthers Aufenthalt auf der Wartburg kam es zur sogenannten Wittenberger Bewegung, die Veränderungen einleitete, die teilweise über die Absichten des Reformators hinausgingen. Das reichte von der „Bilderstürmerei“ bis zur Ausweisung Briesmanns wegen dessen Zugehörigkeit zu den Franziskanern. Der Ausgewiesene kehrte nach Cottbus zurück, wo er mit seiner lutherischen Agitation und der lutherischen Schrift „Unterricht und Ermahnung“ für beträchtliches Aufsehen sorgte. Doch lange blieb Briesmann nicht in seiner Vaterstadt. Luther sorgte noch Ende 1522 für die Rückkehr nach Wittenberg.

Luthers Mann für Albrecht

Der Reformator hatte inzwischen die Wege in seiner Hochburg geglättet und wählte Briesmann unter seinen Anhängern als Hilfe für den Hochmeister Albrecht aus. Nach kurzem Briefwechsel mit Königsberg wechselte der Lutherjünger im Juni 1523 nach Preußen, wo er vom Hochmeister und dessen Bischof Georg von Polenz, der ebenfalls mit der Neuen Lehre sympathisierte, schon erwartet wurde. Man stimmte sich ab und handelte. Albrecht nahm die politische Umwandlung des Ordensstaates in ein Her-

zogtum in Angriff. Briesmann und Polenz betrieben dafür die Einführung der lutherischen Lehre.

Vor einem halben Jahrtausend, am 27. September des Jahres 1523, hielt der Luther-Vertraute seine erste öffentliche Predigt. Weitere folgten. Sie waren nach Berichten von Zeitgenossen überaus geistvoll und überzeugend, sorgten für einen Massenansturm und begleiteten die Säkularisation des Ordensstaates. Briesmann leitete Mitstreiter an, entwickelte in Anlehnung an sein Wittenberger Vorbild ein 110-Thesen-Papier, das sich mit der Freiheit des Christenmenschen befasste, und erhielt aus Wittenberg Prediger-Verstärkung. Sie reichte von Paul Speratus bis zu Johann Poliander.

Nun ging es Schlag auf Schlag. Albrecht erklärte den Ordensstaat zum weltlichen Herzogtum und führte noch 1525 die neue Lehre offiziell ein. Briesmann erarbeitete mit Polenz eine neue Kirchenordnung, wurde Mitglied des Regierungskollegiums und heiratete als erster evangelischer Prediger des Herzogtums. Seine Ehefrau wurde die vorherige Äbtissin des Marienklusters Löbenicht bei Königsberg. Ab 1527 sorgte er von Riga aus als Domprediger für die Durchsetzung der Reformation in Livland. Nach seiner Rückkehr nach Königsberg war er in vielen Führungsämtern tätig. Er überarbeitete seine erste Kirchenordnung für Preußen, gehörte zu den Vätern der neuen Königsberger Universität und lehnte lukrative Angebote aus dem Reich ab. Er wollte sein Werk in Preußen vollenden.

Doch die Dauerbeanspruchung forderte ihren Tribut. Briesmann erkrankte über die auch in Preußen aufkommenden Richtungsstreitigkeiten und wurde dann ein Opfer der Pest. Er starb am 1. Oktober 1549 in der Pregelmetropole und erhielt im Chor des Königsberger Doms seine letzte Ruhestätte.

JUBILÄUM

Gutes Geschäft mit einem Verleger

Luise „Lulu“ Elisabeth von Strauß und Torney – Vor 150 Jahren kam die Schriftstellerin einer alteingesessenen Familie zur Welt

Während und nach der Kaiserzeit galt Luise Elisabeth von Strauß und Torney als höchst erfolgreiche Schriftstellerin. Die aus einem alten niedersächsischen, später geadelten Geschlecht stammende Autorin entnahm ihre Stoffe mehrheitlich der Geschichte, aus Sagen und Anekdoten und berücksichtigte schon früh auch überaus couragiert sozialkritische Aspekte. Zur Prosa gesellten sich Gedichte, Balladen, kulturhistorische Werke und auch Übersetzungen. Sie gilt bis heute als bedeutende bürgerliche Balladendichterin des 20. Jahrhunderts, deren literarische Hinterlassenschaft von der Literaturwissenschaft vielgestaltig erschlossen wurde.

Luise von Strauß und Torney wurde am 20. September 1873 in Bückeberg geboren. Ihr Geburtsort liegt am Rande der Norddeutschen Tiefebene nördlich des Weserberglandes, wurde nach sehr früher Besiedlung der Region von den Schaumburger Grafen beherrscht, die Bückeberg 1607 zur Residenz erhoben, 1609 das Stadtrecht verliehen und neben der architektonischen Prachtentfaltung die Stadt zum Anziehungspunkt der Aufklärung machten. Die Palette der Persönlichkeiten, die hier wirkten, reichte vom Philosophen Thomas Abbt über Voltaire und dem Dichter Johann Gottfried Herder bis zum Komponisten Johann Christoph Friedrich Bach.

Das Haus von Schaumburg-Lippe erhielt Anfang des 19. Jahrhunderts den Fürstentitel und sorgte in den Folgejahren auch für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Hier erlangte Luisens Großvater Viktor Friedrich als Übersetzer, Schriftsteller, Wissenschaftler und Politiker im Ministerrang große Bekanntheit im deutschsprachigen Raum.

Ehe mit dem Verleger Diederichs

Ihr Vater ist als königlich preußischer Generalmajor und fürstlicher Kammerherr überliefert. Ihre Mutter war eine aus Varel bei Wilhelmshaven stammende Gutsbesitztochter. Das Mädchen wurde von der Familie und Freunden lebenslang nur Lulu gerufen, konnte sich nach dem Besuch einer höheren Mädchenschule weiteres Bildungsgut aneignen und sich auf Reisen durch ganz Europa geistig vervollkommen, ehe sie erste eigene Balladen schuf. Eine besondere Beziehung entwickelte die Bückebergerin zur Kunst und Literatur, hatte Verbindungen zum Göttinger Dichterkreis um Börries von Münchhausen und pflegte eine Brieffreundschaft mit dem rund zehn Jahre jüngeren Theodor Heuss, dem späteren Bundespräsidenten.

Wichtige literarische Impulse nahm sie auch durch den Kontakt zu der Königsber-

ger Dichterin Agnes Miegel auf, die als freischaffende Schriftstellerin ein Vorbild für Lulus späteren Werdegang wurde.

Erstes Aufsehen erregte Lulu mit ihren im „Göttinger Musenalmanach“ veröffentlichten „Balladen und Liedern“ sowie 1901 mit ihrer ersten Novelle „Bauernstolz“. Mit „Der Hof am Brink“ verarbeitete sie 1906 überaus sozialkritisch die Notzeit während Dreißigjährigen Krieges. Ihr Roman „Judass“ von 1911, in dessen Verlauf ein

Bauernhof durch Trunksucht und Streit dem Untergang geweiht schien, gilt als vorbildliche Umsetzung des Erbhofgedankens. 1937 wurde das Werk unter dem Titel „Der Judashof. Ein niederdeutscher Erbhofroman“ neu aufgelegt.

Doch dann sollte sie die Bekanntheit des Verlegers Eugen Diederich machen, der sie nicht nur aus beruflichen Gründen förderte. Nachdem sie ab 1912 erste Literaturpreise erhielt, ging sie 1916 eine zu vielen Zukunftshoffnungen berechtigende Ehe mit dem Verleger ein, dessen Unternehmen sich nach Überführung von Leipzig nach Jena zum einem der bedeutendsten deutschen Editionshäuser impressionistischer und neuro-mantischer Literatur entwickeln sollte.

Biographin ihres Großvaters

Parallel zur rein dichterischen Produktion in der Fortsetzung der deutschen Balladentradition mit einer neuromantischen Sehnsucht nach einem harmonischen Leben mit der Natur und herber Kritik an der sie umgebenden industriellen Umwelt gestaltete sie Romane wie „Der jüngste Tag“ (1922), der die Zeit des Wiedertäuferturns in Münster spiegelt. Die Autorin verarbeitete nun auch verstärkt religiöse Themen, Sagen und Märchenstoffe und erhielt 1921 den „Ebner-

Eschenbach-Preis“. Das Ehepaar Diederichs ergänzte sich vielgestaltig und spielte im Geistesleben der Weimarer Republik eine führende Rolle.

Das Jahr 1930 wurde für Lulu allerdings zu einer Zäsur. Diederichs starb. Seine Witwe verlegte sich nun verstärkt auf Übersetzungen und kulturhistorische Arbeiten wie die „Chronik niederdeutscher Städte“ sowie „Vom Biedermeier zur Bismarckzeit“. Aus dem Leben eines Neunzigjährigen“ (1932), die sich dem Leben ihres Großvaters Viktor von Strauß und Torney widmet.

Um die Fortsetzung ihrer Tätigkeit abzusichern, machte die Autorin nach der „Machtergreifung“ erstaunliche Konzessionen an die Kulturausrichtung der Nationalsozialisten. Ihre Heimatdichtung und einsamen „Führergestalten“ entsprachen dem neuen Literaturverständnis mit der „Blut-und-Boden-Literatur“ und galten in deren Propaganda als besonders „erdverbunden“. 1943 bekam die angepasste Autorin die „Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft“.

Nach dem Kriegsende lebte Lulu zurückgezogen in Jena, wo sie am 19. Juni 1956 im Alter von 82 Jahren starb. Ihre Teilnachlässe befinden sich heute in der Handschriftenabteilung der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und im Staatsarchiv Bückeberg. M.S.



Prominente Bückebergerin: Lulu von Strauß und Torney Foto: akg-images

BAUKUNST

Ein Weltstar der Architektur aus Ostpreußen

Vor 70 Jahren starb Erich Mendelsohn in San Francisco. Sein erstes Bauwerk entwarf er in seiner Heimatstadt Allenstein

VON MARTIN STOLZENAU

Erich Mendelsohn sorgte vor allem mit Bauten der expressivistischen sowie organischen Architektur für internationales Aufsehen und hatte außer in seiner ostpreußischen Heimat, Berlin und Schlesien seine Wirkungsstätten in ganz Deutschland, in Norwegen, England, den USA und Israel.

Der führende Pionier der „Stromlinien-Moderne“ wird von der Kulturgeschichte zu den bedeutendsten Architekten des 20. Jahrhunderts gezählt. Der Einsteinurm in Potsdam, das Mossehaus in Berlin, das Schocken-Kaufhaus in Chemnitz, das Kaufhaus Petersdorff in Breslau, das Kaufhaus Doblougarden in Oslo und das Bankhaus Leumi sowie die Hebräische Universität in Jerusalem gelten als Klassiker der Moderne. Damit schuf der deutsch-jüdische Stararchitekt mit richtungsweisenden Moderne-Visionen, der von den Nazis ins Exil getrieben wurde, internationale Baudenkmäler, die über seinen Tod vor 70 Jahren hinaus bis in die Gegenwart für eine ungebrochene Nachwirkung sorgen.

„Visionen für die Ewigkeit“

In seiner ostpreußischen Heimat, in Berlin und im schlesischen Gleiwitz erinnern Gedenktafeln an ihn. Seit 2009 widmet sich eine Erich-Mendelsohn-Stiftung mit Sitz im Landhaus Bejach in Berlin-Steinstücken der Erforschung von Leben und Werk des Architekten. 2011 entstand ein internationaler Dokumentarfilm mit dem Titel „Visionen für die Ewigkeit“. Das Staatliche Museum für Archäologie in Chemnitz zeigt in einer Dauerausstellung in einem Bau von Mendelsohn seine spektakulärsten Schöpfungen im Modell. Im Archiv der Akademie der Künste in Berlin wird eine „Erich-Mendelsohn-Sammlung“ aufbewahrt. Dazu gesellt sich eine umfangreiche Literatur, die die Projekte und Bauten des Architekten mit ihrer Nachwirkung untersucht.



Erstlingswerk eines späteren Weltstars: Das von Erich Mendelsohn entworfene Taharahaus des jüdischen Friedhofs in Allenstein

Erich Mendelsohn wurde am 21. März 1887 in Allenstein geboren. Der Architekt war das fünfte von sechs Kindern seiner Eltern. Das waren die Hutmacherin Emma Esther Mendelsohn und der Kaufmann David Mendelsohn. Sie ermöglichten dem Jungen einen weiterführenden Bildungsweg, ließen ihn das humanistische Gymnasium in Allenstein besuchen und schickten ihn nach einer kaufmännischen Lehre in Berlin zum Studium der Volkswirtschaft zur Universität in München.

Der Aufstieg zum Stararchitekten

Schon nach zwei Jahren wechselte des Ostpreuße, der sich immer stärker zur Architektur hingezogen fühlte, an die Königlich Technische Hochschule in Berlin-

Charlottenburg, wo er nun Architektur studierte. Sein Studium vollendete Mendelsohn 1912 – er pflegte Kontakte zu Mitgliedern der „Brücke“ und des „Blauen Reiters“ – dann an der Technischen Hochschule in München mit dem Abschlussprädikat „cum laude“. Parallel entwarf er als erstes eigenes Werk das Taharahaus für den Jüdischen Friedhof seiner Vaterstadt Allenstein.

Es folgte sein unaufhaltsamer Aufstieg bis zur internationalen Bekanntheit. Mendelsohn arbeitete zunächst als freier Architekt in München und heiratete Luise Maas, eine Cellistin, die ihm die Bekanntschaft mit Herbert Freundlich vermittelte, der ihm als stellvertretender Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes in Berlin-Dah-

lem einige Bauaufträge verschaffte. Dazu kam der familiäre Kontakt zur Luckenwalder Unternehmerfamilie Gustav Herrmann der zu weiteren Aufträgen führte.

Dieser Aufbruch wurde durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen. Mendelsohn wurde Soldat, überlebte und gründete nach der Heimkehr Ende 1918 in Berlin ein eigenes Architekturbüro. Mit dem spektakulären Bau der Hutfabrik in Luckenwalde sorgte er für erstes Aufsehen, glänzte nach Vermittlung Freundlichs mit dem ungewöhnlichen Einsteinurm für das Potsdamer Sternensobservatorium auf dem Telegraphenberg und war fast parallel für den Um- und Ausbau des Verlagshauses von Rudolf Mosse in Berlin verantwortlich. Allesamt Höhepunkte der frühen Moderne.

Mendelsohn spielte nun in der Oberliga der deutschen Architekturszene, unternahm mit seiner Frau 1923 eine Palästina-reise und eine Amerikareise, auf der er Gessinnungsfreunde der Moderne wie Frank Lloyd Wright traf.

1926 gründete Mendelsohn mit Ludwig Mies van der Rohe und Hugo Häring den „Ring“, einen Zusammenschluss progressiver Moderne-Architekten. Sein Büro hatte in der Weimarer Republik bis zu 40 Mitarbeitern. Er sorgte für konstruktivistische Industriearchitektur in St. Petersburg, war verantwortlich für die bekannten Schocken-Kaufhäuser in Stuttgart sowie Chemnitz, erstellte die Pläne für das Osloer Kaufhaus Doblougarden sowie die heutige Berliner Schaubühne am Lehniner Platz und konnte sich „vor Aufträgen nicht retten“. Parallel entstand 1927/28 das Breslauer Kaufhaus Petersdorff und seine private Villa „Am Rupenhorn“, die er mit teuren Kunstwerken ausstattete, was viele Neider auf den Plan rief und die Nazis zu früher Hetze bewog.

Flucht aus der Heimat

Das bewog Mendelsohn nach deren Machtübernahme zum Wechsel nach England. Sein inzwischen gewachsenes Vermögen wurde beschlagnahmt. Er wurde aus dem Deutschen Werkbund und der Preußischen Akademie der Künste ausgeschlossen und schuf zunächst in England in einer Büropartnerschaft moderne Wohnkomplexe, ehe er 1935 nach Palästina ging, wo er mit Unterstützung von Chaim Weizmann, dem späteren ersten Staatspräsidenten Israels, ein neues Architekturbüro eröffnete sowie Bibliotheken, Krankenhäuser, Schulen, die Hebräische Universität und Wohnkomplexe schuf, die zu Ikonen der Moderne gediehen.

Ab 1941 wirkte Erich Mendelsohn in den USA, publizierte dort über moderne Architektur, machte Vortragsreisen und beriet die US-Regierung bei Bauvorhaben. Zuletzt lebte der Stararchitekt in San Francisco, wo er nach längerem Krebsleiden am 15. September 1953 verstarb.

LITERATURGESCHICHTE

Ein gefragter Briefpartner europäischer Herrscher

Vor 300 Jahren wurde Friedrich Melchior von Grimm geboren. Er gilt als Begründer der französischen Literatur- und Kunstkritik

Friedrich Melchior Reichsfreiherr von Grimm stammte aus Regensburg, hatte eine bürgerliche Herkunft und machte nach erster Tätigkeit in Deutschland als Hofmeister sowie Reisemarschall in Frankreich eine steile Karriere.

In vierzigjähriger Pariser Tätigkeit als höfischer Sekretär, Diplomat und Essayist entwickelte sich Grimm zum gefragten Briefpartner kulturinteressierter europäischer Herrscher. Dabei entstanden seine berühmten „Correspondance litteraire“ (CL), ein „spezifisches Medium intellektueller Kommunikation im enzyklopädischen Sinne“, die durch ihre Beschränkung auf einen ausgewählten privaten Empfängerkreis die Zwänge der Zensur umgingen und sehr realitätsnah die vorrevolutionäre Zeit in Frankreich beleuchteten.

Geheime Lageberichte eines glanzvollen Stilisten

Grimms „Geheim-Publizistik“ weist ihn als glanzvollen Stilisten, als zuverlässigen Essayisten und als scharfsinnigen Kritiker aus. Das erhebt seine Kommentare zu inzwischen unverzichtbaren historischen Quellen zur Geistes-, Kultur- und Sozial-

geschichte Frankreichs. Die „CL“ gelten international als ein Eckpfeiler der Aufklärungsforschung.

Grimms Briefe wurden von ihren Empfängern – die von der Zarin Katharina der Großen über Friedrich den Großen bis zum Herzog von Sachsen-Gotha reichten – regelrecht verschlungen. So informierten sich die gekrönten Häupter Europas aus erster Hand über das Geschehen in Paris und ganz Frankreich. Über den Gothaer Hof hatte auch Johann Wolfgang von Goethe in Weimar Zugang zu den Vertraulichkeiten und war so immer bestens informiert. Ganz besonders enge Beziehungen entwickelte der herausragende Essayist Grimm zu den Höfen in St. Petersburg und Gotha. Seine Verdienste als Diplomat und vor allem als vertrauenswürdiger Informant trugen ihm viel Geld, den Reichsadel und 1777 den Titel eines Reichsfreiherrn ein.

Die Wiege des späteren Aufsteigers stand jedoch nicht in Paris und auch nicht in Gotha, sondern in Regensburg. Hier wurde Grimm ganz bürgerlich als Sohn eines Pfarrers 1723 geboren. Seine Mutter war ebenfalls eine Regensburger Pfarrers-

tochter. Auch sein älterer Bruder Ulrich Wilhelm schlug die Theologenlaufbahn ein und fungierte dann in Regensburg als Superintendent.

Kindheit in einem Pfarrhaus

Doch Friedrich Melchior entwickelte schon früh ein großes Interesse für die Literatur. Er las viel, griff bereits als Gymnasiast selbst zur Feder, verfasste erste Gedichte und trat in Kontakt zu Johann Christoph Gottsched, dem „Literaturpapst“ seiner Zeit. Nach Abschluss des Regensburger Gymnasiums studierte Grimm ab 1742 als Stipendiat seiner Vaterstadt in Leipzig, der Wirkungsstätte Gottscheds, Recht, Geschichte und vor allem Literatur. Neben Gottsched gehörte auch Johann August Ernesti zu seinen Lehrern.

Nach der Promotion fungierte Grimm zunächst in Regensburg als Hauslehrer und dann als Reisebegleiter für adelige Schüler. So kam er 1748 mit Gottlob Ludwig von Schönberg nach Paris, wo er seine Sprachkenntnisse vervollkommnete und sich als Vorleser sowie Sekretär schnell wichtige Kontakte zu Geistes- wie Adelsgrößen erschloss. Die diesbezügliche Pa-

lette reichte von Rousseau über Diderot, Voltaire, d'Alembert sowie Holbach bis zu Helvétius. Hinzu kamen die Liaison mit Louise d'Epainay sowie die Sekretärstätigkeit für den mächtigen Herzog von Orléans. Damit saß er gewissermaßen an der Quelle für wichtige Informationen.

Da die literarischen Schöpfungen aus seiner Feder in Deutschland nicht die erhoffte Resonanz fanden, verlegte sich der einflussreiche Wahl-Pariser auf die Berichterstattung über Kunst und Literatur aus der französischen Hauptstadt. Mit seiner Streitschrift im Pariser Opernstreit und der Parteinahme für die italienische Oper sorgte er 1753 für beachtliches Aufsehen. Parallel schrieb er seine ersten Briefe. Diese stießen bei Paris-süchtigen deutschen und europäischen Landesherrn auf großes Interesse.

Dabei hielt Grimm den Empfängerkreis stets klein und damit elitär. Es wurde ihm fürstlich gelohnt. Er weilte auf Einladung der Zarin in St. Petersburg, kaufte in der Folge für sie in Paris Kunst auf, erfüllte für verschiedene Auftraggeber diplomatische Missionen, begleitete die Darmstädter Prinzessin Wilhelmina

Luise zur Heirat mit dem späteren Zaren Paul und gehörte spätestens nach der Verleihung des Baronsats 1771 zu den einflussreichsten Pariser Persönlichkeiten. Dazu fungierte er an der Seine als persönlicher Gesandter von Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg, der über Jahrzehnte ein Hauptempfänger seiner „CL“ war.

Flucht vor der neuen Zeit

Dann kam 1789 die Revolution. Grimm verließ als einer der letzten Ausländer 1792 Paris. Er ging zunächst nach Gotha, wirkte dann als russischer Gesandter beim niedersächsischen Kreis in Hamburg und verbrachte seine letzten Jahre fast erblindet als Privatier im Gothaer Haus der Gräfin de Bueil, einer aus Frankreich ebenfalls geflohenen Enkelin von Madame d'Epainay, seiner früheren Geliebten.

Friedrich Melchior von Grimm starb am 23. Dezember 1807 ledig in Gotha. Die letzte Ruhe fand der herausragende Essayist aus Regensburg auf dem Kirchhof in Siebleben bei Gotha. Allein seine Geheimpublizistik überlebte ihn als literarisches und geschichtliches Denkmal.

Masto

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Laufe dieses Jahres fanden immer wieder unerfreuliche Begegnungen zwischen Menschen und großen Meerestieren statt, wobei es sich bei den Letzteren weniger um Haie als um eigentlich als „freundlich“ geltende Angehörige der Familie der Delfine handelte.

Am 11. Juli attackierten Schwertwale der Art *Orcinus orca*, welche mit ihren sieben bis acht Metern Länge zu den größten Vertretern der Delfinartigen gehören, die 48 Meter lange Luxus-Segelyacht „Corsario“. Die Yacht war auf dem Weg nach Mallorca, wo sie an der Regatta „Copa del Rey“ teilnehmen wollte, und wurde von den Orcas erheblich beschädigt.

Neun Tage später traf es vor dem spanischen Küstenort Estepona das Segelboot „Kapote III“. Weil die Wale Teile des Steuerruders abbissen, musste die Yacht von der Küstenwache abgeschleppt werden. Und dann meldete am 25. Juli ein weiterer Teilnehmer der prestigeträchtigen Regatta um Mallorca, nämlich die portugiesische „Tiro“ unter Skipper Nuno Vasco Barreto, Orca-Attacken während der Passage der Straße von Gibraltar, bei denen erneut das Ruder zu Bruch ging.

Das Gleiche erlebte der französische Segler Phep Philouceros Mitte August vor Cabo de São Vicente an der äußersten Südwestspitze Portugals. Diesmal griffen fünf Orcas auf einmal an und demolierten das Ruder von Philouceros' „Oxygene“ binnen weniger Sekunden. Noch Schlimmeres widerfuhr der Besatzung der Schweizer Segelyacht „Champagne“ unter Werner Schaufelberger Anfang Mai auf der Fahrt nach Palma de Mallorca: Nachdem drei Orcas das Boot mehrmals mit voller Wucht gerammt hatten, sank es vor dem Hafen von Barbate westlich von Gibraltar.

„Irgendetwas ist passiert“

Derartige „Interaktionen“ wurden erstmals 2020 gemeldet. Seitdem registrierten die Arbeitsgruppe Orca Atlántica und die Cruising Association 470 Angriffe von Schwertwalen auf Segelboote, wogegen die Zahl 2020 noch bei nur 52 lag. Dabei häufen sich die Vorfälle in den Sommermonaten, wenn die Orcas auf der Jagd nach Thunfischen durch die Meerenge von Gibraltar ins Mittelmeer ziehen.

Auch vom anderen Ende der Welt kamen Berichte über unübliche Verhaltensweisen von Meeressäugern. So machte ein rund zweieinhalb Meter langer Großer Indopazifischer Tümmeler in Japan Schlagzeilen. Der Delfin „rempelte“ im seichten Wasser vor den Stränden der Stadt Fukui wiederholt Badegäste an, welche dabei zum Teil Verletzungen erlitten. Nach Angaben der lokalen Polizei ereigneten sich im Juli und August 17 solcher Angriffe. Das erinnert an Vorkommnisse, wie sie 2013 aus Irland gemeldet wurden. Damals



Attacke in der Straße von Gibraltar diesen Sommer: Ein Schwertwal, auch Killerwal genannt, rammt das Ruder einer Segeljacht

Foto: pa

WELTMEERE I

Die rätselhafte Wut der „freundlichen“ Meeressäuger

Wale und sogar Delfine attackieren immer öfter Boote und Menschen. Forscher erörtern ganz unterschiedliche Theorien über den Auslöser der wachsenden Aggressivität

brachte der Delfin „Dusty“ zwei Schwimmerinnen an der Küste vor dem County Clare mit Rammstößen Rippenfrakturen und ähnliche Blessuren bei.

Nun rätseln die Experten über die Ursachen dieses Verhaltens, welches für die Meeressäuger eigentlich untypisch ist. Dabei kommen sie auf ganz unterschiedliche Erklärungen. Der Delfinforscher Bruno Diaz meinte gegenüber der Nachrichtenagentur AP: „Viele Schäden sind wahrscheinlich von unreifen Teenager-Orcas verursacht worden, die sich rüpelhaft verhalten. Vielleicht haben diese Orcas einfach Spaß daran, Schaden anzurichten.“ Oder es handele sich um die Folge eines fehlgeleiteten Jagdtriebs.

Andere Meeresbiologen sehen die Schuld dagegen beim Menschen. María del Carmen Rodríguez vertritt die Ansicht, dass die Tiere gestresst seien, weil der Schiffsverkehr und damit auch die Lärmentwicklung unter Wasser nach der relativen Ruhe infolge der Corona-Pandemie

wieder stark zugenommen habe. Rodríguez' Fachkollegin Eva Maria Carpinelli hält frühere Zwischenfälle mit Booten für die wahrscheinlichste Ursache der Attacken: „Diese Tiere lernen auf kultureller Ebene von einem Individuum zum anderen. Irgendetwas ist passiert – sie haben untereinander kommuniziert und gehen nun intensiv gegen Segelyachten vor.“

Sind Drogen im Spiel?

Im Falle des „missgelaunten“ Delfins vor Japan vermutet die deutsche Zoologin Bettina Wurche hingegen Ärger darüber, dass die Badegäste versucht hatten, den „niedlichen Flipper“ anzufassen oder aufdringlich aus der Nähe zu fotografieren. Außerdem gebe es bei Delfinen sexuell motivierte Annäherungen an Menschen, wie man sie beispielsweise auch von Hunden kenne.

Andererseits hat bislang keiner der in den Zeitungen zitierten Experten zwei

weitere plausible Ursachen für das Verhalten der Meeressäuger zur Sprache gebracht. So könnten die Tiere ebenso durch den Zuwachs an immer neuen Offshore-Windkraftparks traumatisiert worden sein. Beim Bau und Betrieb dieser Anlagen wird nicht nur der Meeresgrund verwüstet, sondern auch die maritime Nahrungskette negativ beeinflusst.

Die Wirbelschleppen der gigantischen Windräder verändern die vorhandenen Strömungen sowie Schichtungen im Oberflächenwasser und verschieben damit dessen mittlere Temperatur und den Salzgehalt. Das wiederum wirkt sich auf die Verteilung des Planktons aus, welches am Anfang der Nahrungskette steht. Dazu kommt die Desorientierung der Meeressäuger durch den extremen Lärm bei der Errichtung der Windkraftanlagen.

Darüber hinaus setzt der Mensch der Unterwasserfauna auch dadurch zu, dass er immer wieder dafür sorgt, dass Drogen im Meer landen. Kokain und Marihuana

aus Südamerika werden quer durch die Karibik in die USA geschmuggelt, und nach Europa gelangen die illegalen Suchtmittel vor allem über das Mittelmeer. Oft genug fliegen die Drogen dabei über Bord, wenn die Küstenwache naht. Da Kokain wasserlöslich ist, kann es leicht von Tieren aufgenommen werden. Bei Zebrafischen fanden Schweizer Forscher 2016 in einzelnen Körperteilen Konzentrationen des Rauschgifts, welche die für Menschen tödlichen Werte um das Tausendfache überschritten.

Das erklärt, warum der Meeresbiologe Tom Hird und die Umweltwissenschaftlerin Tracy Fanara Hammer- und Sandbankhaie in den Gewässern um die Florida Keys beobachteten, welche ungewöhnliche Verhaltensweisen zeigten. Allerdings wurden die Haie durch die mutmaßliche Drogenintoxikation nicht etwa aggressiv, sondern unsicher und langsam in ihren Bewegungen. Aber andere Tierarten reagieren möglicherweise anders.

WELTMEERE II

Es droht eine fatale Kettenreaktion

Tiefseebergbau im Namen des „Klimaschutzes“ könnte eine ökologische Katastrophe am Meeresboden auslösen

Die sogenannte Energie- und Mobilitätswende führt zu einem enormen Mehrbedarf an Rohstoffen wie Lithium, Nickel, Kobalt, Mangan, Molybdän und Neodym. Deshalb herrscht starkes Interesse an der Förderung der polymetallischen Knollen, welche in den Sedimenten auf dem Grund der Tiefsee liegen und genau diese Elemente enthalten. Besonders reichhaltige Vorkommen finden sich in der Clarion-Clipperton-Zone zwischen Mexiko und Hawaii.

Hier haben mittlerweile 14 Staaten Abbaurechte erworben – darunter auch Deutschland. Mit beteiligt ist der pazifische Zwergstaat Nauru, der dem kanadi-

schen Konzern The Metals Company bereits eine formelle Lizenz zum Heraufholen der Metallknollen aus mehreren tausend Metern Tiefe erteilt hat. Allerdings warten die 35 Tonnen schweren Saugroboter noch auf ihren Einsatz, denn die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) mit Sitz auf Jamaika hat den Abbau bislang nicht freigegeben. Die diesbezügliche Entscheidung wurde vor einigen Wochen vertagt, als die 36 Mitgliedstaaten der ISA zum Abschluss zweiwöchiger Beratungen in Kingston vereinbarten, das erforderliche Regelwerk erst 2025 zu verabschieden. Ob dies dann aber tatsächlich geschieht, ist durchaus fraglich, denn die

Gründe, welche gegen die Förderung der Metallknollen sprechen, sind gewichtig.

Die Tiefsee gehört zweifellos zu den sensibelsten Lebensräumen unseres Planeten, weil die Natur hier extrem lange benötigt, um sich von menschlichen Eingriffen zu erholen. Das zeigte nicht zuletzt das DISCOL-Experiment vor der Küste von Peru. Hier simulierten deutsche Forscher 1989 die Tätigkeit eines Förderroboters auf dem Meeresgrund. Die dabei verursachten Verwüstungen waren 2015 noch deutlich zu sehen – und es hatten sich auch keine Pflanzen und Tiere neu angesiedelt. Experten gehen davon aus, dass ein Fünftel aller Arten in

den vom Tiefseebergbau betroffenen Gebieten komplett verschwinden würde und beim Rest eine Reduktion um mehr als 50 Prozent erfolgen könnte.

Denn jegliches Umpflügen des Meeresbodens sorgt für das Aufwirbeln von jahrtausendealten Sedimenten, die dann auf unabsehbar lange Zeit im Wasser schweben und die Kiemen der Meeresbewohner verstopfen, während sie zugleich auch noch toxische Metallverbindungen freisetzen. Dazu käme der plötzliche Lichteinfall in der pechschwarzen Tiefsee in Kombination mit starken akustischen Emissionen, welche insbesondere für Wale fatale Folgen hätten.

Letztlich droht durch die Förderung der Metallknollen eine Beeinträchtigung der gesamten ozeanischen Nahrungskette von den aller kleinsten Mikroorganismen bis hin zu den Giganten des Meeres. Das wiederum dürfte zu geringeren Erträgen beim Fischfang führen.

Doch damit nicht genug: In den Sedimenten am Boden der Tiefsee wandeln Myriaden von Bakterien Kohlendioxid in Biomasse um – sofern sie ihre Arbeit ungestört verrichten können. Insofern wäre der Tiefseebergbau zur Gewinnung von Materialien für „klimafreundliche“ Technologien auch äußerst „klimaschädlich“.

W.K.



KÖNIGSBERG

Luisenkirche erhält „Schattentheater“

Fassade soll ursprüngliche Farben erhalten – Das professionelle Puppentheater bleibt bestehen

VON BODO BOST

Die Fassade der Königin-Luise-Gedächtniskirche in Königsberg, die seit 1976 als Puppentheater dient und derzeit renoviert wird, soll mit einer einzigartigen Schattentheater-Installation versehen werden. Spezialisten für Hintergrundbeleuchtung haben sich das Schattentheater ausgedacht. Dabei handelt es sich nicht nur um Lichtstrahlen, sondern um eine Art künstlerische Illuminierung. Die Hintergrundbeleuchtung wird erst nach dem Ende der Renovierung der Kirche eingerichtet. Die Arbeiten haben im August begonnen. Sie werden von der Firma SC „Standard“ für umgerechnet knapp 320.000 Euro durchgeführt. Bis Ende November werden Fachleute die Wände und das Dach des historischen Gebäudes in Ordnung bringen, das Dachrinnensystem ersetzen sowie Türen und Veranden restaurieren.

Die Experten haben die Instandsetzung der Luisenkirche in ihren historischen Farben genehmigt. Das Aussehen des Gebäudes wird sich an den Plänen des Architekten Friedrich Heitmann orientieren: ein graphitfarbenes Dach, graubraune Wände. Aufgrund der hohen Kosten für Kupfer und des großen Umfangs der Dacharbeiten entschied man sich für die Verwendung von im Falz verlegten Blechen. Das Projekt wurde von dem Königsberger Architekten Arthur Sarnitz ausgearbeitet.

Projekt von Arthur Sarnitz

Die neuromanische Kirche wurde zwischen 1899 und 1901 zum Gedenken an Königin Luise errichtet. Ursprünglich war die Fassade dunkel, die Eckrustizierung und die dekorativen Elemente waren aus hellem Sandstein, und das Dach war mit Schiefer oder einem ähnlichen graphitfarbenen Material gedeckt. Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Gebäude schwer beschädigt. Die Ruine wurde lange Zeit nicht beachtet. In den 1960er Jahren war ihr Abriss vorgesehen, doch der Architekt Jurij Waganow konnte ihn verhindern, indem er in der Kirche ein Puppentheater



Seit Kurzem eingerüstet: Königin-Luise-Kirche im Königsberger Stadtteil Amalienau

errichtete, eine in Russland sehr beliebte und hoch entwickelte Form von Theater, nicht nur für Kinder. Im Innern der Kirche zog man 1968 bis 1970 an Stelle der Emporen eine Zwischendecke ein, um einen Theaterraum mit Bühne für Puppenspiele zu schaffen. Der Umbau wurde 1976 fertiggestellt.

Im Jahr 2010 wurde das Gebäude, wie viele andere kulturelle oder kirchliche Gebäude nach der Wende, an die Russisch-Orthodoxe Kirche übergeben, diese betreibt das Puppentheater weiter. Seit mehr als 45 Jahren erfreut das Puppentheater bereits sein Publikum. Es begann seine Tätigkeit als Amateurguppe im Jahr 1963. Im Oktober 1964 erhielt das Theater den Status eines professionellen Theaters, und in den 1970er Jahren wurde die Theatertruppe aus Absolventen der Moskauer Gorkij-

Theaterschule neu gebildet. Heute umfasst das Repertoire des Theaters mehr als 30 Aufführungen russischer, deutscher und englischer Märchen für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter. Das Theater hat erfolgreich an internationalen Festivals in Brest (Weißrussland), Lodz, Pulawy (Polen), Husum, Panevėžys und Memel (Litauen) teilgenommen. Das Königsberger Regionale Puppentheater ist das einzige professionelle Kindertheater im gesamten Gebiet. Es hat sich längst von einem Puppentheater zu einem echten kulturellen Kinderzentrum weiterentwickelt.

Kaiserpaar kam zur Einweihung

Die protestantische Kirche war das erste Gotteshaus außerhalb des Königsberger Wallrings und die erste Kirche von mehreren, die aus Anlass des 200-jährigen Be-

stehens des Königreichs Preußen errichtet wurden. Die Gemeinde setzte sich aus Bewohnern der Villenvororte Hufen und Amalienau zusammen. Solche Stadtviertel entstanden damals am grünen Stadtrand schnell wachsender Städte und folgten einem Trend „zurück zur Natur“ im ganzen Land.

Die Kosten des Baus wurden fast ganz von privaten Spendern getragen. Die Planung der neuromanischen Kirche, die in nur zwei Jahren fertiggestellt wurde, lag in den Händen des Architekten Friedrich Heitmann. Bauleiter war Baurat Richard Saran. Die Firma Gustav Kuntzsch, Wernigerode, schuf die Kanzel. Die Festpredigt zur Eröffnung hielt in Gegenwart des Kaiserpaars 1901 Pfarrer Otto Lackner (1872–1945). Er war der langjährige Pfarrer dieser Gemeinde.

MELDUNGEN

Industrieareal am Flughafen

Schiemanen – Im Amt der Gemeinde Ortelsburg wurde der Vertrag über die Erschließung eines Industriegebiets von 90 Hektar am Flughafen in Schiemanen abgeschlossen. Durch das Zusammenspiel von künftigen Investoren und dem Flughafen erhoffen sich die Planer zusätzliche positive Effekte für Gemeinde und Stadt Ortelsburg. In Schiemanen sollen sich neue Unternehmen ansiedeln und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, damit die jungen Menschen der Region hier Arbeit finden und nicht in die größeren Städte wegziehen. Dazu müssen Anschlüsse für Strom und Wasser eingerichtet sowie Straßen und Wege gebaut werden. Den größten Teil der Mittel dafür, und zwar umgerechnet etwa 12,8 Millionen Euro, erhält die Selbstverwaltung aus dem Regierungsprogramm „Strategische Investitionen“. Für die Erschließung des Gebiets sind 18 Monate angesetzt. U.H.

Oberteich als Attraktion

Rastenburg – Eine der größten Baumaßnahmen der letzten Jahre geht in Rastenburg langsam zu Ende. Die Vorbereitung des Geländes um den Oberteich sowie die Bewirtschaftung seiner Uferlinie sollen im kommenden Jahr fertiggestellt sein. Wie Rastenburgs Bürgermeister Ryszard Niedziółka Radio Olsztyn sagte, soll das ganze Gelände um den Oberteich eine Attraktion im Stadtzentrum werden: „Es wird eine Art Seilpark, ein Gradierwerk, ein Restaurant, Bänke und Elemente zum Trainieren unter freiem Himmel geben. Auf diese Weise wollen wir Einwohnern und Touristen den Oberteich wiedergeben.“ Zu diesem Zweck hat die Stadt Rastenburg aus eigener Tasche umgerechnet etwa 230.000 Euro investiert, die restlichen 1,9 Millionen Euro kommen aus anderen Quellen. U.H.

LANDWIRTSCHAFTSMESSE

Grieslienen zog viele Besucher an

Alles rund um die Landwirtschaft – Höhepunkt der Veranstaltung waren Wettbewerbe und Preise

Ende August fand auf dem Flugplatz in Grieslienen die größte Landwirtschaftsmesse „AgroWarma 2023“ im südlichen Ostpreußen statt. Die Messe war ein Ort der Begegnung und des Erfahrungsaustausches für Erzeuger, Landwirte und Bewohner der Region. Die Veranstaltung fand zum zweiten Mal auf der großen Fläche des Flugplatzes statt. Auf den sieben Hektar in Grieslienen präsentierten sich 230 Aussteller. Es wurden Landmaschinen, Futtermittel, Viehzuchtausrüstung, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel ausgestellt.

Darüber hinaus präsentierten sich Unternehmen, die Anlagen für „Erneuerbare Energien“ installieren und gesunde Lebensmittel erzeugen, aber auch Selbstständige mit ihren Angeboten und Ideen, die ihr Gewerbe auf dem Lande ausüben planen. Die Viehzuchtausstellung durfte ebenfalls nicht fehlen. Neben den

Tierschauen und der Auswahl der Siegertiere konnten die Besucher die Arbeit der

Schönheitsexperten in der Viehwirtschaft bewundern, welche die Tiere für die Prä-

sentation vorbereitet hatten. Für viel Aufsehen sorgten die Ponyvorführung mit den akrobatischen Kunststücken der jüngsten Reiter sowie der Wettbewerb „Jungzüchter“.

Außerdem nahmen Wissenschaftler der landwirtschaftlichen Fakultäten der Universität Ermland-Masuren an der Veranstaltung teil. Damit sollte die Zusammenarbeit zwischen den Praktikern, das heißt den Landwirten, und der Wissenschaft betont werden. Die land- und forstwirtschaftliche Fakultät der Universität bereitete eigens eine Werkstatt mit dem Titel „Pflanzen um uns herum“ vor. Diese Veranstaltung war Teil der sogenannten Entwicklungszone, die in Zusammenarbeit mit der Fakultät für Landwirtschaft und den Berufsschulen der Region eingerichtet wurde.

So konnten die Messeteilnehmer das Zelt des jungen Wissenschaftlers, die Zu-

sammenarbeit mit einem intelligenten Roboterhund sowie 3D-Scannen und -Drucken kennenlernen. Auf der Landwirtschaftsmesse fand auch das 5. Innovationsforum unter dem Motto „Sicherer Landwirt – sicherer Verbraucher“ statt, auf dem Themen wie internationale Strategien zur Verhütung von Unfällen auf dem Land und die psychische Gesundheit von Landwirten sowie technologische Innovationen im Bereich der Ersten Hilfe diskutiert wurden.

Es ist eine Tradition der Messe, die wichtigsten Wettbewerbe in der Branche zu bewerten und Ehrenmedaillen zu verleihen. Die Gewinner der folgenden Wettbewerbskategorien wurden gekürt: für den schönsten Stand, den besten Bio-Betrieb oder den Berater des Jahres. Die Messe erfreut sich großer Popularität. Hunderte Gäste hatten sich eingefunden. David Kazanski



Von Besuchern bestaunt: Landwirtschaftsmaschinen in Grieslienen

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Friedrich, Waltraud, geb. Trerziak, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Glas, Gertrud, geb. Aschendorf, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gräf, Lydia, geb. Holzlehner, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September
Grunde, Ursula, geb. Sachs, aus Fischhausen, am 23. September
Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Annusch, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September
Buttgereit, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September
Niehus, Elfriede, geb. Radzik, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September
Hein, Johanna, geb. Salamon, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September
Krabs, Edith, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 24. September
Kuhr, Waltraud, geb. Böhnke, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Lasberg, Brunhilde de, geb. No-reike, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 24. September
Muczanski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September
Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September
Radau, Heinz, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 27. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußen in Anklam Am vergangenen Wochenende sind wieder rund 700 Besucher der Einladung von Manfred Schukat und Friedhelm Schülke nach Mecklenburg-Vorpommern gefolgt. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, hielt dort eine Rede

Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Huwe, Siegfried, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 22. September
Jung, Gerda, geb. Wenzel, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September
Päger, Ruth, geb. Fröhner, aus Seegertswalde, Kreis Mohrunen, am 27. September
Tribuleit, Hanna, geb. Gutzeit, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 22. September
Völzke, Waltraud, geb. Burkanndt, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September
Waschk, Gerda, geb. Wawrzyn, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September
Woost, Edith, geb. Sebrowski, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September
Katke, Erika, geb. Sbresny, aus Regeln, Kreis Lyck, am 27. September
Morgalla, Liesbeth, geb. Wembdzio, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 26. September
Tauferner, Gudrun, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 25. September
Wengerowski, Alfred, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Eschment, Ingeborg, geb. Huse, aus Wehlau, am 25. September
Just, Ruth, geb. Schwan, aus Mogaiken, Kreis Fischhausen, am 23. September
Katzenski, Adolf, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Krause, Karl-Heinz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. September
Kyewski, Gustav, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 24. September

Nikschik, Richard-Ewald, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 25. September
Petrick, Paul, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 24. September
Röhrs, Liesbeth, geb. Niewierra, aus Neidenburg, am 22. September
Wannags, Hildegard, geb. Kulesa, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alzuhn, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. September
Biernat, Hartmut, aus Lyck, Steinstraße 38, am 23. September
Bott, Lisbeth, geb. Dohmann, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September
Damme, Käthe, geb. Jenzewski, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September
Kamann, Ernst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 24. September
Kleine, Else, geb. Wiesjahn, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 22. September
Lackas, Christel, geb. Komossa, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September
Leichsenring, Reinhilde, geb. Gennert, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. September
Sievers, Helga, geb. Kukla, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September
Tullney, Irmtraud, geb. Borchert, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September
Wielk, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Wiemer, Ursula, geb. Manz, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September
Worszeck, Gertrud, geb. Kohs, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 23. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alsleben, Irma, geb. Buttikus, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September

Chlupka, Irene, geb. Grimm, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 25. September
Franzke, Gertrud, geb. Pelz, aus Georghenthal, Kreis Mohrunen, am 22. September
Köppen, Ingrid, geb. Münsterberg, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 22. September
Koschnieder, Günther, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. September
Kulm, Elli, geb. Kösling, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. September
Lehwald, Herbert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. September
Marchefka, Ingeburg, geb. Droßmann, aus Ebenrode, am 24. September

Nerstheimer, Georg, aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September
Salewsky, Franz, aus Neidenburg, am 23. September
Skonetzki, Ewald, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 26. September
Tegelhütter, Irmgard, geb. Böhm, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 23. September
Teige, Alfred, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. September
Weller, Käthe, geb. Lindner, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrunen, am 27. September
Winski, Siegfried, aus Mohrunen, am 25. September
Zigann, Siegfried, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 22. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bukowski, Ursula, geb. Gisewski, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrunen, am 28. September
Gellert, Elfriede, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
Gerards, Hans, aus Lyck, Blücherstraße 9a, am 24. September
Grützmaker, Fritz, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 23. September
Hennig, Rudi, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 25. September
Koslowski, Hermine, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 27. September
Kürschner, Martha, geb. Faak, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. September
Schäfer, Gertrud, geb. Thäsler, aus Lötzen, am 24. September
Teller, Renate, geb. Heinrichs, aus Wehlau, am 23. September
Walt, Erna, geb. Grikus, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bergen, Ernst, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 28. September
Bleidißel, Ingrid, geb. Lenuweit, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 25. September
Born, Gerhard, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 28. September
Dombrowski, Ewald, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Duschneit, Walter, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 23. September

LO-Termine 2023

9. bis 15. Oktober: **Werkwo-**che in Helmstedt
7. und 8. Oktober:
14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitsstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Dusny, Günther, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. September
Eckhardt, Fritz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. September
Engel, Rüdiger, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 23. September
Fricke, Helgard, geb. Meißner, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. September
Glang, Gertrud, geb. Pehl, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 27. September
Grudda, Ernst-Dieter, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 28. September
Gutzzeit, Berthold, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September
Jortzik, Eitel, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 23. September
Lösche, Gotelinde, geb. Jackstien, aus Wehlau, am 25. September

Naruhn, Brigitte, geb. Bauamann, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 25. September
Paulsen, Meta, geb. Albrecht, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 28. September
Renken, Brigitte, geb. Beyer, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. September
Richter, Eva, geb. Rosenfeld, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September

Rother, Dorothea, geb. Lohrenz, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 24. September
Schimanski, Klaus, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 22. September
Schmidt, Ella Edeltraud, geb. Kopka, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 24. September
Schröder, Hans-Joachim, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 23. September
Stawinski, Theodor, aus Dipelsee, Kreis Lyck, am 23. September
Wegelin, Günter, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 25. September
Zachrau, Fritz, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 25. September
Zürn, Bernd, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böhm, Walter, aus Schnellwalde, Kreis Mohrunen, am 23. September
Borowy, Willi, aus Statzen, Kreis Lyck, am 25. September
Gehren, Reinhard von, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 27. September
Kastell, Reinhold, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 28. September
Krauß, Gottfried, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 23. September
Lemke, Hubertus, aus Kringitten, Kreis Fischhausen, am 27. September

Lipkke, Gernot, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. September
Marx, Brigitte, geb. Marzian, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. September
Michels, Regine, geb. Lux, aus Neidenburg, am 28. September
Robitzky, Helmut, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 28. September
Rudat, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Geisler, Waldemar, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Nichau, Günter, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Teilhofer, Jürgen, und Ehefrau Siglinde, geb. Bonk, aus Altkirchen und Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 28. September

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Elmshorn – Sonnabend, 7. Oktober, 19 Uhr, Hermann-Sudermann-Allee 50, „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: musikalische Lesung mit den Pinnebergerinnen Sibylle Hallberg und Katharina Fast – am Piano begleitet von Maria Livaschnikova; sie nehmen, gleich dem Titel dieser Veranstaltung, kein Blatt vor den Mund. Das Publikum kann dabei für sich entscheiden, was Spaß oder Ernst ist.

Eintritt pro Person 15 Euro, Tickets und nähere Informationen unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon (04121) 89710, www.dittchenbuehne.de

Zusendungen für die Ausgabe 40/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 40/2023 (Erstverkaufstag 6. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 26. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Sie möchten persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen werden?

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826

oder per E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Landesgruppe

Stuttgart – Sonnabend, 30. September, 18 Uhr, Stuttgart Haus der Heimat: „Otto von Bismarck – mehr als nur der „Eiserne Kanzler“, Referent: Dr. Mario Kandil. Wie wohl in Deutschland bereits seit einiger Zeit herausragende Persönlichkeiten, die Geschichte machten, gerne „entzaubert“ oder kurzerhand vom Sockel gestürzt werden, lässt sich an Otto von Bismarcks dominierender Rolle bei der Schaffung eines „kleindeutschen“ Nationalstaates nicht herumdeuteln. In den drei Einigungskriegen von 1864, 1866 und 1870/71 setzte er mit großer Beharrlichkeit und viel Nachdruck, aber auch mit Diplomatie und Augenmaß Deutschlands nationalstaatliche Einigung unter der Führung Preußens durch.

In seinem Vortrag stellt Kandil Bismarck, dessen Todestag sich am 30. Juli 2023 zum 125. Mal jährte, vor allem als Politiker vor. Denn Politik als „die Kunst des Möglichen“ (Bismarck) war nun einmal Bismarcks Beruf im Sinne von Berufung. Doch der Referent zeigt uns auch den Menschen Otto von Bismarck, der trotz seiner oft brachialen Durchsetzungsfähigkeit auch ein höchst sensibler Mann war und in Krisen immer wieder über „Nervenbankrott“ klagte.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Hof – Sonnabend, 7. Oktober, 11 Uhr, Mahmal der Vertriebenen, Blücherstraße: Tag der Heimat, zu dem der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Hof herzlich einlädt. Für einen festlichen Rahmen sorgen die Tanzgruppe im BvV Hof und der Posaunenchor der Lutherkirche Hof.

Karl Heidmann

Hof – Auf der Suche nach einem ostpreußischen Prominenten im Monat September war zweite Vorsitzende Jutta Starosta auf den Schauspieler und Regisseur Karl Heidmann gestoßen. Weitgehend unbekannt ging doch ein Raunen durch den Raum, als seine Mitwirkung an den Filmen „Robert Koch, der Bekämpfer des Todes“ und „Quax, der Bruchpilot“ erwähnt wurde. In diesem Film mit Heinz Rühmann wirkte auch Heidmanns Sohn Manfred als Flugschüler mit. Heidmann wurde am 23. September 1889 in Preußisch Eylau geboren. Nach dem Schulabschluss studierte er in Berlin und München. Er übte viele Jahre seinen Beruf als Schauspieler aus. Der 1941 gedrehte nationalsozialistische Propagandafilm „Kopf-

hoch, Johannes!“ von Viktor de Kowa, in dem er mit Klaus Detlef Sierck, Dorothea Wieck und Gunnar Möller zu sehen war, wird heute als Vorbehaltsfilm nur unter strengen Voraussetzungen aufgeführt. Als Autor veröffentlichte er bereits 1916 das Märchen für Erwachsene „Walhalls Ende“. Außerdem unterrichtete er als Schauspiellehrer seinen Sohn Manfred und Günther Lüders. Zuletzt arbeitete er als Oberspielleiter an den Städtischen Bühnen Lübeck. Heidmann starb am 12. November 1946 in Lübeck.

Deutscher Orden

Nürnberg – Dienstag, 26. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1: Der Deutsche Orden und seine Anfänge.



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Ausstellung und Vortrag

Bremen – Bis Sonnabend, 30. September, montags bis sonnabends, 11 bis 18 Uhr, WeserArt Galerie im Weserpark, Hans-Bredow-Straße 19: Ausstellung „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“. Donnerstag, 28. September, 18 Uhr, Wall-Saal, Zentralbibliothek Bremen, Am Wall 201: Dr. Michael Leiserowitz „Vom Auftrag, ein jüdisches Museum in Kaliningrad/Königsberg einzurichten“.

Elbinger Treffen

Bremerhaven – Sonnabend, 30. September, Haus am Blink: Fortsetzung der Elbinger Treffen.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Elchniederung

Hamburg – Donnerstag, 28. September, 14 Uhr, Einlass 13 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus Niendorf, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen der Heimatkreisgruppe Elchniederung. Mitglieder sowie Gäste sind herzlich willkommen zum „Schabbern“ und Singen bei Kaffee und Kuchen.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Louis Spohr

Kassel – Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: „Als Louis Spohr Napoleon sehen wollte“. Anekdoti-

sches aus dem Leben des großen Kasseler Komponisten. Autor Jürgen Pasche trägt vor.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377.

Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung

Lüneburg – Sonnabend, 30. September, 11 bis 16 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 22. September 2022, Bericht der Vorsitzenden, Berichte der Bezirksgruppen Vorsitzenden, der Vertreter der Kreis- und Ortsgruppen und der Einzelmitglieder, Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Punkten 4 bis 8, Entlastung des Vorstands, Wahlen, der/des Vorsitzenden des Schatzmeisters, Wahl der Vertreter der Landesgruppe für die Landesvertretung 2023, Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Landesgruppe, der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen, Verschiedenes. Kleiner Imbiss, die Landesgruppe lädt ein. 14 Uhr: Vortrag von Buchautor Jörg Ulrich Stange. Eine Anmeldung war bis zum 22. September möglich. *Barbara Loeffke*



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Termin in Düren

Düren – Mittwoch, 4. Oktober, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Erntedankfest mit Königsberger Klops-Essen.



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Vortrag

Dresden – Dienstag, 10. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Großenhainer Straße 96: Flammenmeer über Königsberg-Preußen. *Edith Wellnitz*

Kleine Rübzahlstellung

Dresden – Montag, 2., bis Dienstag, 31. Oktober, montags bis sonnabends, 10 bis 19 Uhr, Zentralbibliothek im Kulturpalast Dresden, Lounge im 1. Obergeschoss, Schlossstraße 2, Eintritt frei: Rübzahl. Familienausstellung über den Geist des Riesengebirges von Ralf Pasch auf drei Tafeln.



Sachsen-Anhalt

Vorsitzender: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle, Tel. privat (0172) 3566475

Veranstaltungsreihe

Stendal – Sonntag, 1. Oktober, bis Sonntag, 29. Oktober, König Kaffee, Poststraße 3, (neben der Stadt Sparkasse): vierwöchige Veranstaltungsreihe zum Thema „Ostpreußen einst und jetzt“. Die Bildausstellung mit historischen Bildern von Ostpreußen vor 1945 und restaurierten Sehenswürdigkeiten der Neuzeit wird von Thementagen begleitet. Sonntag, 8. Oktober: Hippologe Hans Helwig berichtet über Staatsgestüt Trakehnen (1732-1944) und dessen Flucht. Weitere Auskünfte erteilt Maximilian Baisel per E-Mail: konigkaffee@gmail.com oder unter Telefon (03931) 414081 oder (0176) 24716428. *Hans Helwig*



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Die Veranstaltung „Stille Jahre in Gertlauken?“ **Mittwoch, 27. September, muss krankheitsbedingt abgesagt werden.** Ein Ersatztermin wird bekanntgegeben.

Am 30. September verstreicht Frist

Anträge von Spätaussiedlern für Einmalzahlung aus Härtefallfonds. Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf macht alle Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler darauf aufmerksam, dass Leistungen aus dem Härtefallfonds der Bundesregierung nur noch bis zum Stichtag 30. September 2023 beantragt werden können.

2500 Euro, wenn sie mit ihren gesetzlichen Renten in der Nähe der Grundsicherung liegen. Für diese Leistung stellt die Bundesregierung aus dem Bundeshaushalt einen Betrag von 500.000 Millionen Euro zur Verfügung; ursprünglich waren eine Milliarde Euro vorgesehen.

Die Stiftung hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales Informationsblätter für die jeweiligen Berechtigten-Gruppen entwickelt. Den Link hierzu und zu den drei entsprechenden Antragsformularen finden Sie hier: www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/Antragsformulare-und-Antragstellung/antragsformulare-und-antragstellung.html Außerdem ist ein Informationsportal der Stiftung HFF auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eingerichtet: www.bmas.de/DE/Soziales/Haertefallfonds/haertefallfonds.html Dort sind umfangreiche Informationen unter anderem zu den Berechtigten-Gruppen, den Voraussetzungen für die Zahlung der Härtefallleistung und Antworten auf häufig gestellte Fragen eingestellt. *PM*



Braunsberg

Kreisvertreter: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Telefon (02306) 21236, Manuela.Begett@t-online.de, **Gst.:** Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Münster, 48127 Münster, Telefon (0251) 4926051

Jahreskreistreffen

Münster – Sonnabend, 30. September, bis Sonntag, 1. Oktober, Johanniter-Akademie, Weißen-

burgstraße 60 – 64: Jahreskreistreffen mit folgendem Programm: Sonnabend, 30. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Begrüßung, Bericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer/innen, Aussprache zu den Berichten, Vorstandswahl, Verschiedenes. 18 Uhr: gemeinsames Abendessen, 19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Sonntag, 1. Oktober, 8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, 10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie...



Träger des Goldenen Ehrenzeichens: Manfred Romeike

der möglich wurden, hat Romeike zusammen mit seiner Frau, der älteren Schwester und seinem Schwager die erste noch etwas abenteuerliche Reise in die Heimat unternommen.

Am 16. September 2005 wurde Romeike von der Delegiertenversammlung zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung gewählt.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht

die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Manfred Romeike das Goldene Ehrenzeichen. LO

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald...

Hauptkreistreffen

Rendsburg - Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. Oktober, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42, Kleiner Festsaal: Hauptkreistreffen, zu dem alle Landsleute...

Das Treffen steht ganz im Zeichen des 70-jährigen Bestehens der Patenschaften des Kreises Rendsburg (-Eckernförde) und der Stadt Rendsburg für Kreis und Stadt Gerdauen...

tagsitzung, in der die Neuwahl der Kirchspielvertreter und des Vorstandes erfolgt.

Folgendes Programm ist geplant (Änderungen vorbehalten): Sonnabend, 7. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Kleinen Festsalles im Hotel Conventgarten...

Sonntag, 8. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Kleinen Festsalles, 10.30 Uhr: Feierstunde mit Begrüßung durch den Kreisvertreter...

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38-42, 24768 Rendsburg...

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Rendsburg begrüßen zu können.

Walter Mogk, Kreisvertreter

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski...

Hauptkreistreffen

Hagen - Am letzten Augustwochenende trafen sich die Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. in ihrer Partnerstadt Hagen.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, GF: Barbara Daweidt...

Goldenes Ehrenzeichen

Manfred Romeike wurde am 29. Mai 1942 in Wittken bei Herdenau, Kreis Elchniederung, geboren. Er wuchs dort mit seinen Eltern und drei Geschwistern...

Revierförsterei tätig war. Die Flucht führte Romeike mit seiner Mutter und seinen Geschwistern zunächst nach Schillen, ehe sie von dort vertrieben wurden...

Als nach dem Mauerfall Reisen in das nördliche Ostpreußen wie-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'Diagonalrätsel'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile...

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating starting points.

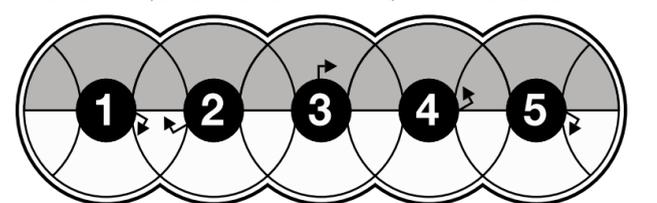
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arzneipflanzen.

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Fleischgericht.

1 bayerische Stadt an der Donau, 2 breiarartige Speise, 3 Bewohner einer deutschen Hansestadt, 4 Hafenstadt in Südostitalien, 5 einen Wunsch äußern



Heimatkreisgemeinschaften



Die Redner (von links): Wolfgang Freyberg, Ulf Püstow, Bärbel Wiesensee, Oberbürgermeister Eric O. Schulz
Foto: KG Lyck

Kreisausschusses. Die öffentliche Kreistagssitzung fand am Sonnabend im Hagener Rathaus statt. Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten zählten dort die Wahlen der Gremien.

Am späten Nachmittag wurden, im Gedenken an Flucht und Vertreibung, Kränze an den Lycker Steinen in Hagen niedergelegt. Der anwesende 1. Bürgermeister von Hagen, Hans Dieter Fischer, fand in seiner kurzen Ansprache sehr zutreffende, nachdenkliche Worte mit Bezug zur heutigen Zeit. Pater Eduard Prawdzik, SVD, gedachte mit einem geistlichen Beitrag der Heimat. Der arbeitsreiche Tag klang mit dem Heimatabend im Hotel Mercure in Hagen aus.

Sonntag stand ganz im Zeichen der Feierstunde zum Lycker Kreistreffen und dem Tag der Heimat. An diesem nahm traditionell die Kreisgemeinschaft Treuburg teil.

Die wiedergewählte Kreisvertreterin, Bärbel Wiesensee, begrüßte in ihrer Grußnote die anwesenden Gäste, wie den Oberbürgermeister der Stadt Hagen Erik O. Schulz, Hans Dieter Fischer, 1. Bürgermeister von Hagen, Klaus Arno Lemke, Vorsitzender der Landesgruppe NRW der Landsmannschaft Ostpreußen, sowie den Festredner Wolfgang Freyberg, ehemaliger Leiter des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. Ebenfalls gehörten zu den Gästen Dr. Bärbel Beutner und Ralf Quardt aus Hagen.

Zunächst richteten Schulz und der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Treuburg, Ulf Püstow, Grußworte an die anwesenden Mitglieder und Gäste. In seiner Festansprache würdigte Freyberg die Arbeit der Kreisgemeinschaft Lyck. Insbesondere verwies er auf die enge Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaft mit dem heutigen Kreis Elk. Die Zusammenarbeit wurde durch unseren Kreisältesten, Gerd Bandilla, in seiner Zeit als Kreisvertreter begründet, ausgebaut und gefestigt. Das wird durch unsere Kreisvertreterin ganz in seinem Sinn fortgeführt.

Musikalisch begann die Feierstunde mit dem Ostpreußenlied, zum Ende stimmten alle die Deutsche Nationalhymne an. Die Begleitung/Akkordeon übernahm freundlicherweise Daiga Röhlf von der Max Reger-Musikschule.

Nicht unerwähnt sollte die Teilnahme unserer 100-jährigen Martha Herrmann bleiben. Sie feiert im Oktober ihren 101. Geburtstag. Zur Verabschiedung kündigte sie ihre Teilnahme auch im Jahr 2024 an.

Nach dem Ende der Feierstunde kam es am Nachmittag zu zahlreichen Treffen, Gesprächen und dem Austausch von Gedanken und Erlebnissen. Dazu wurden kulina-

rische Speisen und Getränke durch die Mitarbeiter des Hotels Mercure angeboten. AS

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Jubiläen

Memel – Sonntag, 1. Oktober, 15 Uhr, Hotel Aurora: Gründungsjubiläum der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) und der Patenschaft zwischen Mannheim und Memel.

Einlass zur Feier ist mit Anmeldung möglich, die Anmeldefrist ist bereits verstrichen.

Dienstag, 3. Oktober, Konzertsaal, früheres Schützenhaus: Tag der Deutschen Einheit.

Für Ende Oktober ist auch eine Jubiläumsfeier in Düsseldorf vorgesehen. Näheres in einer der nächsten Ausgaben.

Deutscher Kulturverein

Memel – Wenn Sie Freude in Ihrem Leben empfinden und glücklich sind, lassen Sie es nicht aus Ihrem Herzen, wie den Deutschen Kulturverein Memel. Wir Senioren sind stolz auf unseren Verein und glücklich. Wenn wir uns treffen, können wir die Sprache unserer Vorfahren und Eltern liebevoll fortsetzen und uns an sie erinnern. Das ist die deutsche Sprache, die uns am Herzen liegt und die uns viele Jahre verboten wurde. Unsere häufigen Kaffeetreffen und Aus-



flüge sind ein Fest für unsere Herzen. Wir wollen nicht, dass jemand mit schlechten Gedanken es zerstört. Es gibt leider Menschen, die ernsthaft darüber nachdenken, wen sie zerstören und verletzen wollen. Ist es das wert? Das Leben ist so kurz. Hindern Sie uns nicht daran glücklich zu sein. Lassen Sie uns gegenseitig mit Liebe und Respekt begegnen.

Wir sind begeistert von den Menschen in unserem Verein, die

alles für unser Glück tun. Das sind Uwe Jurgsties, Heiko Roland Kreßin (der Vorsitzende des Deutschen Kulturvereins Memel), Zermena Kreßin, Judita Elbert, Stefan Elbert, Karin Krigerite.

Wir, alle Senioren, sind außerdem unserem Fahrer, Manfred Wagener, sehr dankbar für seinen Service und dafür, dass er immer auf unsere Wünsche eingeht, wenn wir bestimmte Orte aufsuchen wollen.
Hilde Kalvis

RHEINLAND-PFALZ

Tag der Heimat

Polnische Regierung unterdrückt deutsche Minderheit



Unterstützt Forderung nach einem hauptamtlichen Beauftragten der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Gordon Schnieder, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

die wichtigste kulturelle Grundlage genommen.

Während man beispielsweise seitens der ungarischen Regierung begriffen habe, dass die deutsche Minderheit eine Bereicherung für die ungarische Gesellschaft darstelle, die es finanziell und ideell zu unterstützen gelte, erlebe man in Polen eine nie zuvor dagewese-

ne Unterdrückung der deutschen Minderheit.

Zudem arbeite man mit Nachdruck an der ungerechten Rentenproblematik für Spätaussiedler. Vermehrt führe die derzeitige Praxis der Nichtanerkennung von sowjetischen Rentenansprüchen die Betroffenen in die Altersarmut, was der Lebensleistung der

Spätaussiedler für die bundesdeutsche Gesellschaft nicht gerecht werde.

In seinem Grußwort dankte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Gordon Schnieder dem Verband für sein vielseitiges Wirken und brachte seine Unterstützung für die Anliegen und Forderungen des BdV zum Ausdruck. Vor allem unterstütze er die Forderung nach einem hauptamtlichen Beauftragten der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, wie es ihn bereits in einer Vielzahl anderer Bundesländer gebe. Auch die Forderung des Verbands nach einer stärkeren Implementierung der Heimatvertriebenen- und Spätaussiedlerproblematik in die schulischen Lehrpläne unterstrich Schnieder für seine Fraktion.

Umrahmt wurde die Feierstunde von Lied- und Tanzbeiträgen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: Eine Tanzgruppe aus Kaiserslautern präsentierte einen bunten Strauß an internationalen Tänzen, der Chor „Taliza“ erfreute mit russlanddeutschem Liedgut.

Bund der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

21. Oktober bis 25. Februar 2024, Eröffnung: Freitag, 20. Oktober, 18.30 Uhr: **Stinthenge, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel.** Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt.

Noch bis 3. Oktober: **Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland.** Die Familie von Kügelgen ist reich an bekannten Vertretern. Dazu gehören die berühmten Künstlerzwillinge Karl und Gerhard von Kügelgen. Darüber hinaus gab es viele bedeutende Maler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die zwischen Deutschland und dem

Zarenreich unterwegs waren. Ihre Lebensgeschichten zeigen, wie sich die Welt im 19. und 20. Jahrhundert veränderte. Leihgaben aus der Familie entführen ins alte Estland, nach Russland sowie ins geteilte Deutschland und spannen den Bogen bis in die Gegenwart. Die Kabinettausstellung ist ein Kooperationsprojekt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung mit dem Kügelgenhaus-Museum der Dresdener Romantik, dem Stadtmuseum „Wilhelm von Kügelgen“ in Ballenstedt und dem estnischen Mikkel-Museum in Tallinn/Reval.

Veranstaltungen

Sonntag, 1. Oktober, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Naturkundliche Höhepunkte im Ostpreußischen Landesmuseum.** Sonntagsführung mit Dr. Christoph Hinkelmann. Ostpreußen war und ist bis heute ein an Natur reiches Land. Einmalige Landschaften, Tiere und Pflanzen in großer Zahl und deren Nutzung charakterisierten die früher östlichste Region Deutsch-

lands. Viele dieser Besonderheiten sind auch in der Ausstellung des Museums dargestellt und nachzufinden: Elche in ihrem Lebensraum, Bernstein und seine Einzigartigkeit, die Besonderheiten der ostpreußischen Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei und vieles mehr. Auf diesem Rundgang erleben die Besucherinnen und Besucher naturgeschichtliche Höhepunkte und wie sehr diese mit der Geschichte Ostpreußens verbunden sind. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 11. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: **Das Königsberger Wolfsmädchen Ursula, Lesung und Gespräch** mit dem Autor Dr. Christian Hardinghaus und der Zeitzeugin Ursula Dorn, moderiert von Dr. Christopher Spatz. Im Frühjahr 1947 flüchteten tausende ostpreußische Kinder nach Litauen, um dem drohenden Hungertod zu entkommen. Ein Teil dieser Kinder wurde später mit der deutschen Restbe-

völkerung aus dem Königsberger Gebiet in die sowjetische Besatzungszone verbracht, ein anderer Teil blieb dauerhaft in Litauen. Seit etwa 30 Jahren werden ihre Schicksale unter dem Begriff „Wolfskinder“ zunehmend bekannter. Mit seinem Buch über das Wolfsmädchen Ursula hebt Autor Hardinghaus Spätfolgen und Unausgesprochenes auf das Tableau und stellt die drängende Frage, was uns von den Wolfskinder-Geschichten ohne Zeitzeugen bleibt. Ursula Dorn (geb. 1935 in Königsberg) verarbeitete die Erinnerungen an ihr Dasein als Wolfskind in ihrem biografischen Roman „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“. Dr. phil. Christian Hardinghaus, geb. 1978, ist Historiker, Schriftsteller und Fachjournalist. Seine Schwerpunkte liegen in der Erforschung des NS-Systems und des Zweiten Weltkriegs. Dr. Christopher Spatz, geb. 1982, promovierte zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.



KORPORATIONEN

Schlagende und nicht schlagende Verbindungen

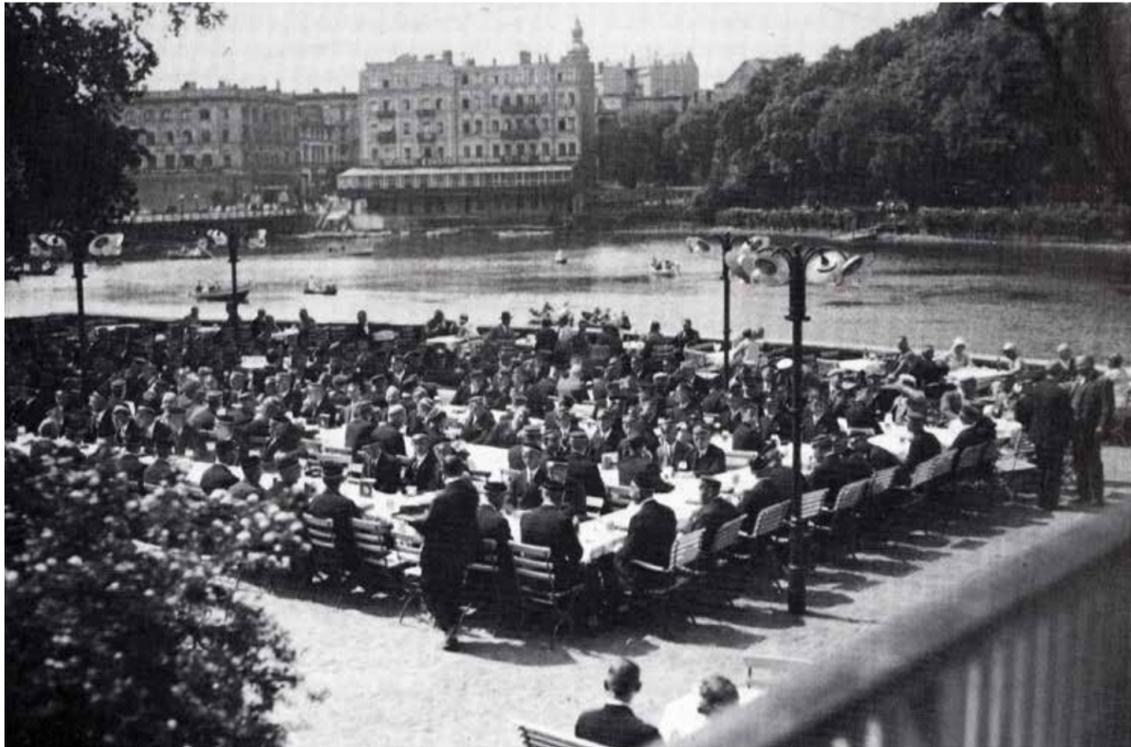
An der Königsberger Albertina existierten bis 1944 zahlreiche studentische Vereinigungen

VON WOLFGANG KAUFMANN

O bwohl die 1544 gegründete Albertus-Universität Königsberg lange Zeit die fünftkleinste der 20 deutschen Universitäten war, entstanden hier etliche studentische Organisationen. Den Anfang machten vier Landsmannschaften, in denen sich die Königsberger Studenten auf traditionelle Weise nach ihrer jeweiligen regionalen Herkunft organisierten. Daraus entstand im Gefolge der Befreiungskriege gegen Napoleon eine Allgemeine Burschenschaft nach dem Vorbild der Jenaer Urburschenschaft von 1815, in der die Landsmannschaften aufgingen. Dadurch sollte der Zersplitterung unter den Studenten analog der politischen Zersplitterung Deutschlands entgegengewirkt werden.

Dann kam die Zeit der Restauration als Konsequenz aus den Karlsbader Beschlüssen. Nunmehr wurde die nationalrevolutionäre Bewegung der Studenten mit allen Mitteln unterdrückt, was auch und gerade für das Königreich Preußen galt. Ausdruck dessen waren unter anderem mehrere Allerhöchste Kabinettsordres von Friedrich Wilhelm III. in den Jahren ab 1820. 1824 wurden die Studentenverbindungen sogar geheimen politischen Organisationen gleichgestellt, woraus bis 1836 über 200 Verurteilungen von Burschenschäftlern wegen Hochverrats resultierten. Dennoch bildeten sich in Königsberg bis 1830 zahlreiche neue Korporationen beziehungsweise Landsmannschaften wie die Borussia, Pomesania, Pommerania, Pappenheimia, Littuania und Masovia.

Die staatliche Bekämpfung der studentischen Zusammenschlüsse endete erst mit der Deutschen Revolution von 1848/49, weil die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse erzwang. Das führte zu einer Zäsur: Von verbotenen Unter-



Königsberger Schlossteich im Jahr 1930: Treffen Königsberger Korporationen

Foto: unbekannt

grundorganisationen unbotmäßiger junger Männer mutierten die Verbindungen an den Universitäten nun zum Sammelbecken für die künftige akademische Elite der Nation. Dabei hatten die Studenten in Königsberg allerdings schon vor der großen Wende diverse neue Burschenschaften, andere Korporationen, Kränzchen, Klubs und ähnliches gegründet. So beispielsweise die Baltia (1834), Normannia (1835), Barbara (1837), Albertina (1838), Hochhemia (1838), Nibelungia (1839), Germania (1843) und Saxonia (1843).

Bis zur Einstellung des Lehrbetriebes an der Universität Königsberg im Jahre

1944 existierte ein breites Spektrum unterschiedlicher studentischer Zusammenschlüsse, wobei die periphere Lage Ostpreußens und die relativ große räumliche Distanz zu anderen deutschen Universitäten zu einigen Besonderheiten führte. Deswegen äußerten manche süd- und westdeutsche Burschenschaften den Vorwurf, die Verbindungsstudenten in Königsberg seien sämtlich „halbe Litauer“ und sollten sich daher aus deutschen Angelegenheiten heraushalten.

Insgesamt zählte man an der Albertus-Universität sieben relativ kurzlebige sogenannte „Allgemeinheiten“ wie die Allge-

meine Studentenschaft (1848–1852) oder die Königsberger Studentenschaft (1884–1888) sowie 152 Korporationen von der Adalberta bis zur Zollern. Dazu gehörten unter anderem auch Zusammenschlüsse mit katholischem, protestantischem oder jüdischem Hintergrund, Vereinigungen für Studentinnen, Sänger- und Sportverbände sowie akademische Fliegerschaften.

Dabei kam es im Laufe der Zeit zu diversen Querelen oder politischen Konflikten zwischen den einzelnen Gruppierungen. So stellten sich die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes in

Königsberg 1913 gegen die schlagenden Verbände an der Universität, denen sie „Tyranisierung der übrigen Studentenschaft“ vorwarfen, worüber das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts“ ausgiebig berichtete. Und das seit 1876 bestehende Corps Hansea Königsberg geriet ins Abseits, weil es kein ostpreußisches, sondern „ein reichsdeutsches Corps in Ostpreußen“ sein wollte, wobei die Mitglieder zugleich noch durch ihren demonstrativ einfachen Lebensstil provozierten.

Germania war die größte

Eine der größten und aktivsten Studentenverbindungen in Königsberg war die Burschenschaft Germania. Diese wurde im September 1843 gegründet und trat ab Februar 1845 als selbstständiger Zusammenschluss auf. Ihre Mitgliederzahl wuchs Anfang der 1850er Jahre extrem an. Im November 1854 erfolgte die Gründung der Tochterverbindung Gothia. Der Germania gehörten unter anderem der spätere Bürgermeister von Königsberg Paul Kunckel, der weltbekannte theoretische Physiker Arnold Sommerfeld und der zwischen 1967 und 1977 amtierende Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Hans-Georg Wormit, an.

Weil die Burschenschaft es konsequent ablehnte, sich in eine Kameradschaft des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes umzuwandeln, blieb ihr 1936 nur die Selbstaufflösung. Allerdings konnte sie sich am 8. März 1950 in Hamburg neu konstituieren. Die Germania nimmt heute Studenten der Universität Hamburg, der Technischen Universität in Hamburg-Harburg und der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr auf.

Ähnliche Wiedergründungen von ehemaligen Königsberger Studentenverbindungen fanden auch anderswo statt, darunter in Göttingen, wo seit 1949 die Gothia aktiv ist.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Aufbruch einst bewirkt den Aufbruch heute

Interesse an der Eisenbahngeschichte und am preußischen Osten als Motiv fürs Deutschlernen

Vor einigen Jahren kam ich in Breslau mit Teilnehmern eines Deutschkurses in deren Unterrichtspause ins Gespräch. Es gab eine völlig überraschende Erkenntnis. Über die Hälfte der männlichen Teilnehmer gab an, sie würden den Kurs belegen, um die Entwicklung der Eisenbahn in Niederschlesien zu verstehen. In ihrer Kindheit wuchsen sie mit Lokomotiven auf, die aus Reichsbahnbeständen stammten. Sie wussten, dass ihr eigener Ort erst aufgeblüht war, als die Bahn das Land erschloss, oder sie trafen sich in ihrer Jugend am alten Wasserturm, dessen architektonisch preußische Wurzel sich nicht leugnen ließ. Das alles endlich zu verstehen trieb sie dazu, nun alte Dokumente zu diesen Themen lesen zu können. Der eine mag den anderen mit in den Kurs gezogen haben, doch das Motiv hörte ich bei Begegnungen in Niederschlesien über die Jahre immer wieder. Die Eisenbahn scheint ein Schlüssel zu sein, das Deutsche in der Heimat verstehen zu wollen und eine Sympathie aufzubauen.

Unausgesprochen daran wirkt nun auch das Schlesische Museum zu Görlitz mit, in dem am 16. September die Ausstellung „Niederschlesien im Aufbruch“ eröffnet wurde. Die Ausstellung erzählt über, aber nicht im eigentlichen Sinne von der Schlesischen Gebirgshahn von

Görlitz über Lauban [Lubań] und Hirschberg [Jelenia Góra] nach Waldenburg [Walbrzych]. Zwar wird die Strecke beleuchtet, und es gibt Modelle der schweren E-Lokomotiven zu sehen, die in der Zwischenkriegszeit zu Beginn der Elektrifizierung nur im Voralpenland und auf den Schlesischen Gebirgsstrecken zum Einsatz kamen und Eisenbahnfreunde bis heute verzaubern, doch eigentlich geht es um die wirtschaftliche Entwicklung, die mit der Bahn erst einsetzte. In wohl keinem anderen Bevölkerungssegment dürften Namen wie Waldenburg-Dittersbach [Walbrzych-Podgórze II Dzierżychów] oder Görlitz-Moys [Zgorzelec-Ujazd] noch heute so bekannt sein wie unter Eisenbahnenthusiasten.

Schlesisches Museum zeigt „Niederschlesien im Aufbruch“

Während in Görlitz mit Dampfmaschinen und -turbinen weltweit geschätzte Grundlagen produziert wurden, wurden in der Taschentuchstadt Lauban zwischen 1850 und 1945 in etwa 35 Fabriken zirka 90 Prozent aller in Deutschland produzierten Taschentücher hergestellt. Stolz warb die Stadt mit dem Werbespruch „Lauban putzt der Welt die Nase“. Im nahegelegenen Langenöls [Olszyna] entwickelte Robert Ruscheweyh den Aus-

ziehtisch. Der Siegeszug beider Industrien wurde erst durch die Bahnstrecke möglich. Im nahen Greiffenberg [Gryfów Śląski] entstand eine Blaudruckfabrik, aus der sich später die Greiff-Werke für Berufs- und Arbeitskleidung entwickelten. Filigraner sind dagegen in tage-

langer Handarbeit gefertigte Spitzen. Um Hirschberg blühte diese Textilkunst vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 30er Jahre, gefördert von Fürstin Daisy von Press. Sie unterhielt in Hirschberg selbst zeitweise mehrere Spitzenschulen, aus denen ein bisher nicht gezeigter

Bestand nun im Schlesischen Museum präsentiert wird.

Und letztendlich führte der Eisenbahnbau Touristenmassen in die Sommerfrische des Riesengebirges. Was dem Münchner sein Garmisch-Partenkirchen war, war dem Berliner dank Direktverbindungen sein Krummhübel oder Schreiberhau. Am Endpunkt Waldenburg dominierte das Schwarze Gold Kohle wie an der Ruhr oder der Saar. Polnische und oberschlesische Wanderarbeiter entlehnten damals aus dem Namen Waldenburg eher phonetisch „Walbrzych“, was jedoch zugleich auf Kohlehalden anspielt. Der Niederschlesier selbst und als Abnehmer das aufkommende Bürgertum in und außerhalb Deutschlands schwärmten hingegen vom „weißen Gold“ aus den hier zahlreiche vertretenen Porzellanfabriken, darunter auch der Firma Carl Tielsch in Altwasser [Stary Zdrój]. Bis zum 14. April 2024 kann man die Ausstellung besuchen, die in Exkursionen jedoch immer wieder über die Lausitzer Neiße ausstrahlt. Im Rahmen der Reihe „Wandern in Schlesien“ begeben sich geführte Gruppen zum Beispiel am 23. September nach Lauban und Langenöls, am 14. Oktober nach Waldenburg. Informationen dazu gibt es auf www.schlesisches-museum.de. Till Scholtz-Knobloch



„Putzte der Welt die Nase“: In Lauban wurden 90 Prozent der in Deutschland produzierten Taschentücher hergestellt

Foto: Scholtz-Knobloch

PERSÖNLICHKEIT

Berthold Beitz' Spuren in Pommern

Weltweit aktiver Wirtschaftsmagnat vergaß seine Heimat Pommern nie

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Berthold Beitz wurde in Zemmin am 26. September 1913 als Sohn eines Ulanenwachtmeisters und späteren Reichsbankobersekretärs geboren. Zemmin liegt im Landkreis Vorpommern-Greifswald und gehört zur Gemeinde Bentzin im Amt Jarmen-Tutow. Zemmin wurde am 14. Februar 1305 das erste Mal urkundlich erwähnt, als der Bischof Heinrich von Kammin Zemmin sowie die Stadt Jarmen für 3000 Mark an den Pommernherzog Otto verkaufte.

Zemmin war ein Gutsdorf. Die Familie des letzten Gutsbesizers von Sobock hatte den Ort im 19. Jahrhundert von der Familie von Parsenow übernommen. Durch die Enteignung der Gutsbesitzer und die Neuverteilung ihrer Ländereien nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die 1946 in Zemmin stattfindende Bodenreform den größten Einfluss auf die Entwicklung des Ortes, denn 30 Prozent der Häuser stammen aus der Nachkriegszeit. Die Dorfkirche kommt aus dem 15. Jahrhundert, das Mausoleum der Familie von Sobock aus dem 19. Jahrhundert.

Spuren der Erinnerung

Beitz blieb zeitlebens seinem Geburtsort verbunden. Die Restaurierung der Kirche wurde ermöglicht durch die Förderung des Ehrenbürgers von Zemmin, Prof. Dr. h.c. mult. Berthold Beitz. Vom Ortseingang führt eine nach Beitz benannte Straße bis zum See an der Kirche.

Nach dem ersten Weltkrieg nahm der Vater von Beitz zunächst eine Stelle beim Finanzamt in Demmin an und wechselte 1925 in die Reichsbankfiliale in Greifswald. Hier besuchte Berthold die dortige Kaiserin-Auguste-Viktoria Oberschule und legte dort das Abitur ab. Er wurde in der Nikolaikirche, einem gotischen Backsteinbau mit Barockhaube am Turm, 1927 konfirmiert.

Nach dem Abitur absolvierte er eine Banklehre in Stralsund und arbeitete danach als stellvertretender Bankfilialleiter in Demmin. Trotz verlockender beruflicher Aussichten engagierte sich der junge Beitz nicht bei den 1933 an die Macht gekommenen Nationalsozialisten.

Im Jahr 1939 bewarb sich Beitz bei der Royal Dutch Shell, deren deutsche Tochter in Hamburg als Rhenania-Ossag-Mineralölwerke firmierte. Sein Schreibtisch befand sich in der Revisionsabteilung im vierten Stock des Shell-Hauses am Ufer der Außenalster. Auf dem firmeneigenen



Die Dorfkirche in Zemmin: Berthold Beitz ermöglichte die Restaurierung

Tennisplatz an der Alster lernte er eine Kollegin kennen, die als Sachbearbeiterin in der Abteilung Zentrale Kalkulation und Statistik beschäftigt war, Else Hochheim, sieben Jahre jünger als Berthold, seine spätere Ehefrau.

In Galizien für Raffinerien zuständig

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1939 in Polen im Zweiten Weltkrieg erkannte das Oberkommando des Heeres, wie wichtig für die Treibstoffversorgung der Militärfahrzeuge die galizischen Ölfelder waren. Es wurden Fachleute gesucht, die Förderanlagen und Raffinerien verwalten konnten. Beitz wurde gefragt, ob er sich diese Aufgabe zutraue. So kam er 1939 zur Beskiden-Erdöl AG nach Jaslo Polen. Bevor er seinen Dienst antrat, heiratete er Else Hochheim. Es wurde ein Bund fürs Leben.

Seinen weiteren Berufsweg prägten die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges. Die Familie Beitz lebte seit Juli 1941 im ostgalizischen Erdölgebiet, wo Beitz als kaufmännischer Leiter in Boryslaw eingesetzt war. Mit der Wehrmacht und den Öl-Spezialisten kam auch die Sicherheitspolizei nach Boryslaw. Beitz sah, wie die Karpathen-Öl AG eigene Arbeitslager einrichtete, deren Insassen überwiegend Juden waren und der SS-Willkür ausge-

setzt waren. In seiner Position als kaufmännischer Leiter rettete er viele jüdische Arbeiter vor der Deportation ins Konzentrationslager und legte das moralische Fundament seiner späteren engen politischen und wirtschaftlichen Arbeit in den Ostblockländern.

1942 denunzierte ihn ein Mitarbeiter beim Sicherheitsdienst in Breslau. 1944 musste Beitz als Soldat an die Front. Im Jahr 1945 gehörte er zu den Überlebenden des Krieges. 1946 berief ihn die britische Besatzungsbehörde als Vizepräsidenten in das Zonenaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Man machte ihn 1949 zum Vorsitzenden des Vorstandes der Iduna-Germania-Versicherungen in Hamburg, deren günstige Nachkriegsentwicklung vor allem seiner Initiative zu verdanken war. Bis 1953 machte er die Iduna-Germania zum viertgrößten Versicherungskonzern.

Von Alfred Krupp gerufen

Im selben Jahr holte ihn der Industriemagnat Alfred Krupp von Bohlen und Halbach als seinen Generalbevollmächtigten nach Essen für ein Jahresgehalt von einer Million D-Mark. Nach Krupps Tod 1967 wurde der Konzern unter der Leitung von Beitz der Zeit entsprechend umstrukturiert und neu organisiert. Nach dem Erb-

verzicht von Krupps Sohn erfolgte die Umwandlung der Firma in eine Kapitalgesellschaft als Voraussetzung für die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Das Konzern- wie auch das Privatvermögen ging auf die Stiftung über, die als Aufgabe die Förderung von Kultur, Bildung, Sport, Wissenschaften, Forschung und Lehre hat. Beitz wechselte in das Kuratorium der Stiftung, dessen Vorsitzender er wurde. 1970 übernahm er den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden der Alfred Krupp GmbH. Nach Niederlegung dieser Funktion blieb er Ehrenvorsitzender der Gesellschaft.

Weltweite Aktivitäten

Auf vielen Reisen, auch in die UdSSR und China, wurde er ein guter Botschafter für die Bundesrepublik. Hierfür erhielt er 1973 das Bundesverdienstkreuz mit Stern. Im Februar 2000 ehrte der Zentralrat der Juden Beitz und seine Frau mit dem Leo-Baeck-Preis. Er wurde ebenfalls vom Staat Israel mit dem Ehrentitel „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet. Auch Polen verlieh dem Deutschen den höchsten polnischen Zivilorden.

Seiner pommerschen Heimat, speziell der Universitätsstadt Greifswald, blieb er zeitlebens verbunden. Am neuen Campus der Universität wurde ein Platz nach ihm benannt. Die Universität Greifswald zeichnete ihn mit der Ehrendoktorwürde aus. Auch wurde er zum Ehrenbürger der Hansestadt Greifswald ernannt.

Beitz starb zwei Monate vor seinem 100. Geburtstag am 30. Juli 2013. Die Pommersche Zeitung setzte einen Nachruf in ihre Zeitung. Sie betonte seine Zivilcourage, die er unter Beweis stellte, als er im Krieg als Kaufmännischer Leiter der Erdölfelder von Boryslaw/Ukraine hunderten jüdischen Arbeitern und deren Familienangehörigen das Leben rettete. Man vergaß auch nicht zu erwähnen, dass er an der Rettung des Eisbrechers „Stettin“ beteiligt war und den Bau des Pommernzentrums förderte. Für seine kulturellen Verdienste um Pommern erhielt er 1978 die Große Ernst-Moritz-Arndt-Medaille.

Wurde Beitz von Reportern gefragt: „Was glauben Sie, wie sind gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen?“, kam stets die Antwort: „Ich bin geboren auf dem Lande in einem kleinen Haus. Ich bin bis zum siebten Lebensjahr barfuß gelaufen. Ich habe gearbeitet, habe versucht, etwas zu werden, habe mich angestrengt und habe selbst dadurch die gesellschaftliche Ungerechtigkeit beseitigt.“

MELDUNGEN

Neue Brücke, Nothafen und Tag der Schiene

Stettin – Die Fußgängerbrücke vom ehemaligen Hafenbahnhof über den Dunzig-Kanal zur Schlächterwiese wird derzeit saniert. Die Arbeiten sollen im November abgeschlossen werden. Die Insel gehört neben der Lastadie zu dem im Jahre 2015 eröffneten Jachthafen mit 49 Anwohner- und 25 Besucherliegeplätzen. TS

Born a. Darß – Der Nothafen Darßer Ort ist geschlossen worden. Das Gelände wird seit dem 18. September renaturiert. Ein neuer Nothafen für den Darß soll vor Prerow für 42 Millionen Euro bis zur Wassersportsaison 2024 fertiggestellt werden. Auch ist eine bis zu 720 Meter lange Brücke – die längste im Ostseeraum – geplant. TS

Swinemünde – Orlen Neptun, ein Unternehmen der Orlen-Gruppe, hat einen Vertrag zum Bau eines Installationsterminals für Offshore-Windparks auf 20 Hektar Fläche unterzeichnet. Teil des Projekts ist der Bau von zwei Kais von je 250 Metern Länge und die Vertiefung der Fahrwinne. Die Bauzeit beträgt etwa drei Jahre. TS

Rummelsburg – Endlich wurde er fertiggestellt: Der neue Skaterpark an der Bahnhofstraße. Auf einer Fläche von 58 mal 28 Meter für Skateboards, Roller und BMX-Räder mit Kosten von etwa 250.000 Euro konzipiert, kann man nun über Rampen, Viertelröhren oder Grind Box trainieren und sein Können unter Beweis stellen. TS

Pasewalk – Der bundesweite „Tag der Schiene“ lockte am 16. September Eisenbahnfreunde aus aller Welt auf das Gelände der BUG Verkehrsbau SE: Bestaunt wurde eine neue Vectron-Lok. Sie kann sowohl elektrisch als auch mit Diesel betrieben werden. Der „Tag der Schiene“ ist eine Idee der Allianz pro Schiene e. V. TS

Stettin – Am 30. August fand in Stettin die zweite Sitzung der Lenkungscommission der Euroregion Pomerania statt. Genehmigt wurden elf Projekte aus dem Kleinprojektfond – unter anderem die Zusammenarbeit der Musikschulen von Greifswald und Gollnow und „Deutsch-polnische Tierabenteuer im Tierpark Ueckermünde“ mit dem Kreis Pölitz [Powiat Policki]. Die nächste Sitzung soll am 25. September in Löcknitz stattfinden. TS

STRALSUND

Das Reich der Natur

Fotoausstellung in der frischen Luft – Die Vielfalt des Naturparadieses Mecklenburg-Vorpommern wird in der Hansestadt gezeigt

Die Bilder der Freiluft-Ausstellung „Mecklenburg-Vorpommern: Wo Natur Zuhause ist“ zeigen die besondere Vielfalt der Natur in Mecklenburg-Vorpommern versprechen ein großartiges Erlebnis zu jeder Jahreszeit. Aktuell macht die Ausstellung Station in der Hansestadt Stralsund. Sie ist in den Schillanlagen noch bis zum 31. Oktober zwischen Kniepersteich und Sundpromenade zu sehen.

Wer unberührte Natur entdecken will, ist in Mecklenburg-Vorpommern genau richtig. Drei Nationalparks, drei Biosphärenreservate und sieben Naturparks bewahren eine sagenhafte Tier- und Pflanzenwelt. Ein Drittel von Mecklenburg-

Vorpommern steht unter Naturschutz – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Über 30 Naturerlebniszentren zeigen, wie Natur tickt.

Die Freiluft-Ausstellung ist ein Projekt des Netzwerkes Naturerlebniszentren in Kooperation mit der Kur- und Tourismus GmbH Zingst mit freundlicher Unterstützung des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Auch das Deutsche Meeresmuseum ist seit vielen Jahren Netzwerkpartner und mit einem Motiv aus dem Stralsunder Meeresmuseum Ozeaneum bei der Ausstellung vertreten. Anlässlich des 15. Ozeaneum-Geburtstags in diesem Jahr, hatte das Museum ange-



Naturfotos in Stralsund: Noch bis zum 31. Oktober sind die großformatigen Bildtafeln der Freiluft-Ausstellung „Wo Natur Zuhause ist“ in den Schillanlagen zu sehen

regt, die bildstarke Ausstellung nach Stralsund zu holen.

Vor der Besichtigung laden sich Interessierte am besten die kostenfreie, sogenannte Augmented-Reality-App „So tickt Natur“ auf Laptop oder Smartphone herunter. Mit Videos und 360-Grad-Ansichten ist es dann möglich, vor Ort tiefer ins Reich der Natur Mecklenburg-Vorpommerns einzutauchen.

Die Fotografen der Ausstellung sind Timm Allrich, Ronny Blohm, Ralf Eppinger, Felix Gänsicke, Thomas Grundner, Martin Harms, Sven Lamprecht, Mario Müller, Peter Prast und Klaus-Herbert Schröter. Hansestadt Stralsund

„Der Titel ‚In der Suhle‘ passt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herr Heckel, Sie haben mein Wochenende gerettet. Danke!“

Michael Holz, Boquete/Panama
zum Wochenrückblick:
Das Volk hat's vermasselt (Nr. 36)



Ausgabe Nr. 36

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DEFIZITE IM FACH INFORMATIK
ZU: DEUTSCHLAND GEHT MIT EINEM FEHLSTART INS NEUE SCHULJAHR (NR. 36)

Die Ausführungen von Josef Kraus spiegeln in der Kürze eines Zeitungsartikels einen Großteil des Schuldesasters in unserem Staat sehr treffend wieder. Hinzuzufügen ist noch der Mangel an naturwissenschaftlichen Lehrkräften und an Lehrkräften für Informatik. Das hätte man alles schon vor mindestens zwei Jahrzehnten in den Kultusministerien erkennen können. Nun, das hat man nicht. Warum? Man darf den Verdacht äußern, dass in diesen Amtsstuben zu einem nicht unerheblichen Teil Schulflüchtlinge auf ihrer Karriereleiter einen gut dotierten Platz gefunden haben.

Nicht zu fassen, dass man nun im Bereich der Informatik mit viel Geld versucht, das Unterrichtsdefizit dieses Faches in den Schulen zu lösen. Man finanziert massenhaft die Anschaffung von Computern, ohne schon vor Jahrzehnten Steuergelder in die Ausbildung von Lehrkräften gesteckt zu haben, die es in dem erforderlichen Umfang heute nicht gibt.

Ottmar Framke, Barsinghausen

PROBLEMATISCHE BEZIEHUNG
ZU: EIN PROJEKT MIT SCHLAGSEITE (NR. 36)

Wer die Ergebnisse der jahrelangen „Auseinandersetzung“ der deutschen Historiker mit der polnischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts kennt, weiß, dass diese Historiker nur bedingt einen objektiven und sachgemäßen Überblick und Einblick in die Geschichte unseres Nachbarn haben.

Immer stand Polen vor dem Problem, von dem mächtigen Deutschen Reich erobert und beherrscht zu werden, ganz abgesehen von den Interessen und Zielen des unheimlichen Nachbarn im Osten, Russland. Doch wer so denkt und die komplizierte Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen seit dem 19. Jahrhun-

dert bis 1918/19/1945 so betrachtet und beurteilt, geht meilenweit an einer sachgemäßen und objektiven Betrachtung und Beurteilung der Vergangenheit vorbei.

Die deutsch-polnische Geschichte ist problematischer, ambivalenter und tragischer, als es die wichtigsten Erinnerungs- und kulturpolitischen Projekte Deutschlands erkennen. Auf dem Hintergrund der politischen Interessen der deutschen und polnischen Regierung und ihrer verordneten, nicht historisch vertretbaren Geschichtserzählung, die sie durchsetzen wolle, wird sie die deutsche Öffentlichkeit nicht überzeugen.

Klaus Fleischmann, Kaarst

GROSSES MUNDWERK?
ZU: EIN PROJEKT MIT SCHLAGSEITE (NR. 36)

Beim Namen Claudia Roth stellen sich mir die Haare hoch vor Wut. Die grüne Kulturstaatsministerin hat doch von Geschichte weniger als keine Ahnung, dafür aber eine ziemlich große Klappe.

Wer redet denn von den vielen tausenden Deutschen, die von den Polen aus ihrer Heimat vertrieben wurden? Haben sich die Polen hierfür bei den Deutschen entschuldigt? Nein, stattdessen verlangen die Polen immer noch nach fast 80 Jahren Reparationszahlungen von uns. Ich frage mich, wofür eigentlich? Die haben doch von Deutschland jede Menge fruchtbares Land bekommen, was sie allerdings vergammeln und verrotten ließen.

Christina Brauer, Frankfurt am Main

SCHMUTZIGE KAMPAGNE
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: IN DER SUHLE (NR. 35)

Dass Denunziantentum in diesem von ideologischen Eiferern, die fatal an den Wahnsinn der „Wiedertäufer“ erinnern, regierten Land zum „Gutmenschentum“ gehören muss – das haben wir sehr intensiv während des Corona-Irrsinns erlebt, als manche Politiker unverblümt die Bür-

ger aufgefordert hatten, Nicht-Impfwillige zu denunzieren. Damit passt diese schmutzige Kampagne gegen Aiwanger auch in diese links-grüne Parteienwelt.

Übrigens: Sowohl der gegenwärtige Bundeskanzler als auch der gegenwärtige Bundespräsident haben sich vor 1989 prächtig mit den DDR-Parteibonzen verstanden. Als Student soll Frank-Walter Steinmeier unter anderem Mitglied der radikalen Gruppierung „Kritische Juristen“ und Betreiber einer von der DDR finanzierten und vom Verfassungsschutz beobachteten Zeitschrift gewesen sein. Und Olaf Scholz hielt sich mit seinen Genossen in diversen FDJ-Schulungscamps auf. Hat da schon einmal irgendjemand nur die Spur einer Kritik geäußert?

Aber diese Aktivitäten spielen in diesem Land keine Rolle mehr – sie passen zum regierenden Klüngel. Der Titel „In der Suhle“ passt leider: Schweinestall Deutschland.

Manfred Kristen, Freital

SCHICKSALS-GEMEINSCHAFT
ZU: ENTSCHEIDUNG EINER VORGEBLICHEN HERZENSANGELEGENHEIT (NR. 35) UND: WO DAS DEUTSCHE ÜBERLEBT HAT (NR. 35)

Vielen Dank für gleich zwei Artikel über deutsche Kultur südlich des heutigen Österreich. Die umfangreiche Arbeit des Historikers Hubert Speckner ist ein kultureller Meilenstein. Und das in einer Phase, in der das historisch deutsche Südtirol und die vielen deutschen Orte südlich davon in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung rein als Touristenziele angesehen werden. Die linken Medien tun ihr übriges. Sehr traurig, wenn man bedenkt, was diese deutsche Bevölkerung alles ertragen musste, denkt man nur an den Faschismus des erbärmlichen Kriegsverbrechers Benito Mussolini und die nach dem Kriege weiterhin praktizierte unwürdige Assimilationspolitik.

Hier in Deutschland denkt die Ampelregierung an alles und jedes, am liebsten über den größten Unsinn. Das unver-

gleichliche Band jedoch, dass die Bundesdeutschen mit jenen Ländern, Regionen und Orten verbindet, die mit uns eine gemeinsame Sprache und somit einen gemeinsamen Ursprung und eine lange gemeinsame Schicksalsgemeinschaft teilen, wird von den Regierenden hierzulande ignoriert, ja totgeschwiegen. Erbärmlich ist dafür noch ein sehr mildes Wort.

Alexander Müller, Markt Schwaben

KLUGE OBSTRUKTION
ZU: „DAS DANKBARE VATERLAND DEM SIEGREICHEN HEERE“ (NR. 35)

Die französischen „Befreier“ hatten vor, die Siegestsäule zu sprengen, doch der Berliner Magistrat konnte das durch kluge Obstruktion verhindern. Die Rückgabe der beschlagnahmten Platten geschah bereits 1982 als Folge der Veröffentlichung von Rainer Hildebrandts Buch „Berlin – von der Frontstadt zur Brücke Europas“.

Peter Faethe, Bad Pyrmont

ANREIZE SOLLTEN WEGFALLEN
ZU: DAS SCHLEUSERGESCHÄFT BLÜHT AUF WIE NOCH NIE (NR. 34)

Illegale Migration bedeutet ja gerade, dass alle Menschen, die sich ein besseres Leben wünschen, in unser Sozialsystem einwandern können. Dieser Zustand wird erst dann aufhören, wenn wir die europäischen Außengrenzen so sichern, dass niemand mehr illegal nach Europa kommen kann. Wem es doch gelingen sollte, der muss sofort zurückgeschafft werden.

Gleichzeitig muss Deutschland alle illegalen und auch alle Abzuschiebenden, die unser Land nicht freiwillig verlassen, von allen Transferleistungen ausschließen. Damit hört auch der Anreiz auf, in unser Land zu kommen, um es auszuplündern. Passiert weiter nichts, dann muss diese Regierung wegen Unfähigkeit zurücktreten und es muss Neuwahlen geben. Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

STRAFVOLLZUG

Wenn die Grüne Minna vorfährt

Vor 125 Jahren: Die ersten Insassen kommen ins Königliche Strafgefängnis Tegel – Carl von Ossietzky fand seine Zelle „gar nicht übel“

VON BETTINA MÜLLER

Bei Berlin-Tegel denkt man eher an den ehemaligen Flughafen, aber wohl kaum an die Anstalt des geschlossenen Vollzugs, die zu den ältesten in Deutschland gehört. Für den braven Bürger ist so ein Leben hinter Gittern schwer vorstellbar. Für den ein oder anderen Häftling aber auch. So suchte schon kurz nach der Eröffnung des „Königlichen Strafgefängnisses Tegel“ der Erste sein Heil in der Flucht: der 20-jährige Buchbinder Carl Becker.

Am 1. Oktober 1898 hatte man nach über zweijähriger und innerhalb der Umwehrungsmauern immer noch nicht abgeschlossener Bauzeit die ersten 90 Strafgefangenen einliefern können. Auch Carl Becker wird man im Grünen Pferdebahnhof, der „Grünen Minna“, vom Molkenmarkt aus seiner Untersuchungshaft hinter die neuen Gefängnismauern transportiert haben.

Ab Sommer 1900 wurde der Transport mit dem im Volksmund „Dicke Pauline“ genannten Gefährt elektrisch betrieben. Was Becker auf dem Kerbholz hatte, ist nicht bekannt. Vielleicht ist es ihm wie anderen Knastkollegen gegangen, wenn sie nach der Entlassung auf der Landstraße von Tegel in Richtung Berlin angesprochen wurden: „Du kommst doch ooch aus'm jrienen Boom, wah?“

Grün, das war eben nicht nur die Farbe der Hoffnung auf ein Leben in Freiheit der „Deklassierten“, wie eine Berliner Zeitung sie einmal nannte. Manche blieben nicht lange, es waren auch geringe Gefängnisstrafen ab sechs Tagen abzusetzen. Die Delinquenten stammten aber immer alle aus den Landgerichtsbezirken I und II sowie aus Potsdam und wurden auf die drei „Verwahrhäuser“ aufgeteilt, zu denen sich später noch ein viertes für diejenigen gesellte, die nicht für die Gemeinschaftshaft geeignet waren.

Tegel, das war eine eigene kleine „Stadt“ in der immer schnelllebiger werdenden Reichshauptstadt. Es war ein perfekter organisierter Mikrokosmos innerhalb der Metropole mit einer eigenen Gefängnis- und Krankenhaus, Koch- und Backhaus, Wasch- und Badehaus, Werkstätten, Beamtenwohnungen und vielen anderen



Prominentester Insasse: Der als „Hauptmann von Köpenick“ bekannt gewordene Wilhelm Voigt verlässt 1908 die Haftanstalt Tegel

Annehmlichkeiten. Eine der wichtigsten Funktionen hatten naturgemäß die Aufseher, auch „Hausväter“ genannt. Zu über 70 Prozent waren das ehemalige Soldaten.

So wie Bernhard Jäckel, ein 1855 im schlesischen Niederleschen geborener Gefangenenaufseher. Auszüge aus Jäckels Nachlass, eines Tages im Internet bei Ebay angeboten, gaben Einblick in den Alltag des Personals. Darin zu finden war auch eine Verwaltungsgliederung der sehr umfangreichen Registratur, die den hohen Aufwand belegte, der für den reibungslosen Betrieb innerhalb der Strafanstalt vonnöten gewesen sein muss. Unmengen an Formularen, Verordnungen, Abrechnungen, Übersichten von Ein- und Ausgaben, aber auch Namen von Unternehmern und deren Werkführer, die im Strafgefängnis ungehindert ein- und ausgehen durften – das alles wurde akribisch festgehalten.

Konnte Jäckel, während er über seinen Listen brütete, ahnen, wie sich sein Ar-

beitsort im Laufe der nächsten Jahrzehnte verändern würde? Zwei Weltkriege musste der dienstefrige Beamte miterleben, bis er im Juli 1942 als „Justiz-Hauptwachtmeister a.D.“ in der Tegeler Bahnhofstraße verstarb.

Von Tilsit direkt nach Tegel

Welche der prominenten Häftlinge hat er noch selber gekannt? Als Hausvater wird er 1906 Friedrich Wilhelm Voigt begegnet sein, der knapp zwei Jahre in Tegel einsaß. Ausgerechnet dieser Ostpreuße aus Tilsit, der als falscher „Hauptmann von Köpenick“ das preußische Beamtenum narrte, lobte sie als „mustergültig“, diese Beamten in Tegel, die 1913 schließlich durchschnittlich 1565 Männer zu beaufsichtigen und zu versorgen hatte. Ein Jahr später brach der Erste Weltkrieg aus, und das Verwahrhäuser I wurde 1916 zum Militärgefängnis umfunktioniert.

Die Zeit verging, die Kriminalität blieb, das liegt nun einmal in der Natur

der Menschheit. So blieb auch Tegel in der Weimarer Republik bestehen. Als Carl von Ossietzky am 10. Mai 1932 seine 227-tägige Haftstrafe wegen „Landesverrats“ antrat, wurde er, so geht es aus Briefen an seine Ehefrau hervor, „freundlich und nett und voll Interesse“ behandelt. Aber erkennen musste auch er: „Es ist einsam hier.“ Die Zelle hingegen fand von Ossietzky „gar nicht übel“.

Oberstrafanstaltsdirektor Bruck legte Wert darauf, dass die Menschenwürde gewahrt wurde. Vorbei die Zeiten, in denen die Justiz als „Racheengel“ den Häftlingen das Leben schwer machte, oder wie der ehemalige Reichsgerichtsrat Otto Mittelstädt (1834–1899) gnadenlos formulierte: „Er soll es als grausame Pein empfinden.“ Das war eine Phase, in der die Gefangenen nicht nur physisch, sondern vor allem auch psychisch gebrochen werden sollten.

Jäckel war längst in Rente, als prominente Widerstandskämpfer wie Dietrich

Bonhoeffer eingeliefert wurden. Es war die Zeit, als der Nationalsozialismus massiv Einfluss auf die Justiz nahm, und so auch ein Teil des Hauses III für Untersuchungshäftlinge des Volksgerichtshofs eingerichtet werden musste. Nach 1933 begann das dunkelste Kapitel Tegels. Ganz tiefschwarz wurde es dann ab Januar 1943, als die ersten Vermerke im Namensregisterbuch erschienen: „KZ-Lager Auschwitz zugeführt“.

1945: Russische Truppen finden nur noch leere Zellen vor, das Gefängnis ist längst aufgelöst, die Häftlinge entweder entlassen oder durch alliierte Bombardierungen ums Leben gekommen. Der Neuanfang ist nicht einfach, bedingt auch durch die Teilung der Stadt. 1955 erhält das Gefängnis die neue Bezeichnung „Strafanstalt Tegel“, 1977 wird sie in „Justizvollzugsanstalt Tegel“ umbenannt.

Heute fristen über 867 männliche Insassen ihr Dasein in der JVA in der Seidelstraße 39, abgeschirmt von einer 1465 Meter langen Außenmauer mit 13 Wachtürmen, deren Personal aus 630 Bediensteten besteht. Das sind nackte Fakten und Zahlen. Doch was ist mit den Menschen, die die Mauern überhaupt erst mit Leben füllen? Wie kann man sie auf den „Pfad der Tugend“ zurückdirigieren? Eine ewige Frage, doch nicht immer findet man die Antwort, auch das liegt in der Natur dieser Sache.

Einige Besucher strömen manchmal freiwillig in die JVA, nämlich immer dann, wenn das Gefängnistheater „aufbruch“ Vorstellungen im Freistundenhof einer der Teilanstalten gibt. 2022 hieß die Losung „Römer go home!“, als die Strafgefangenen „Die Hermannsschlacht“ aufführten. Vorurteile seitens der Besucher sollen so abgebaut und die Erkenntnis geweckt werden, dass auch die Strafgefangenen für die Gesellschaft wichtige Ressourcen haben. Im Idealfall werden durch die konzentrierte Arbeit in der Gruppe verschüttete Fähigkeiten freigelegt und ermöglichen in Kombination mit der durch das Theater geförderten Teamfähigkeit, Kommunikation, Disziplin und Konzentration eine bessere Vorbereitung auf das Leben „danach“. Damit man den „jrienen Boom“ möglichst nie mehr von innen wiedersehen muss.

VERBRECHERWELT

Tango-Willi bittet zum blutigen Tanz

Willi Opitz, der „allergefährlichste Verbrecher“ Berlins – Vor rund 100 Jahren büßte er seinen Ausbruch aus Tegel mit dem Leben

Berlin vor 100 Jahren: „Unhaltbare Zustände“, so titelten die Tageszeitungen damals, herrschten in Berlin. Grund war die enorm hohe Kriminalitätswelle. Und die – das war neu – hatte auch ungewohnt brutale Schwerverbrecher produziert. Willi Opitz, genannt „Tango-Willi“, war zu Lebzeiten „der Allergefährlichste“ von allen. Ein Mann mit einem beschwingten Spitznamen, der der Verbrecherwelt dazu diente, ihn von den anderen dunklen Gestalten mit dem gleichen Vornamen zu unterscheiden.

Tango-Willi war in gewisser Weise ein Spiegelbild der Gesellschaft, die unter dem Verlust von Werten und Moral zu leiden hatte. Fühlte er sich bedroht, setzte er sofort die Schusswaffe ein. Skrupel? Für ihn ein Fremdwort. Für den Mann, der immer auf der Flucht war, jenseits der Bürgerlichkeit, Stammgast in den Schankwirtschaften des Nordens, dem Trunk ergeben. Aber auch ein Falschspieler.

Wie es kam, dass aus dem braven Stellmacher-Sohn Carl Opitz „Tango-Willi“ wurde, keiner weiß es mehr. Oftmals waren Diebstähle in jungen Jahren der Anfang vom Ende. Die Großstadt Berlin

diente als idealer Zufluchtsort. Bereits um 1910 war Opitz wegen eines Einbruchs in eine Villa in die Schlagzeilen geraten.

1919 war er längst Profi-Ein- und Ausbrecher, aber auch ein Gewaltverbrecher,

der bereit war, sofort zu schießen, sobald er sich bedroht fühlte. Ein Gestrandeter, der wusste, wo er hingehörte: in die hoffnungslose Welt der Verbrecher. Doch ein derart impulsiv veranlagter und gewaltbereiter Krimineller war stets auch in Gefahr, im Kugelhagel der Polizei sein Leben auszuhauchen. Das war sein ganz persönliches „Berufsrisiko“.

Dann ging das krisengeschüttelte Jahr 1919 zur Neige. Trauerstimmung im Berliner Kabarett „Schwarzer Kater“? Weit gefehlt. Da wurde am 19. Dezember fröhlich gezecht, hoch die Sektegläser! Bis Schüsse auf der Straße den Abend jäh beendeten und viel Blut das Trottoir befleckte. Opitz hatte den Fahrer einer bereits anderweitig reservierten Kraftdroschke erschossen und danach einen Pförtner, der dem Mann zu Hilfe geeilt war. Der gerechten Strafe von neun Jahren entzog sich Opitz durch Flucht aus der Haftanstalt Tegel. Seine Straftakte hatte mittlerweile beängstigen-

de Ausmaße angenommen: über 100 Einbrüche, viele Raubüberfälle, vier Morde. Für die Gesellschaft war er verloren.

1922, der Morgen des 5. Novembers brach an. Es wurde ein grauer Tag, und der allerletzte überhaupt für Willi Opitz, den die Behörden immer noch suchten. Kriminalbeamten war es gelungen, ihn aufzuspüren: Zugriff! Opitz eröffnete das Feuer, doch diesmal war das Spiel aus. Von zwei Kugeln im Kopf getroffen lag er röchelnd auf dem kalten Kaschemmenboden, wurde noch in die Charité gekarrt, doch starb dort bei der Notoperation. Die Zeitungsmeldungen überschlugen sich, postum erlangte er seltsame Popularität.

Der zweifelhafte Ruhm Opitz' reichte sogar bis nach Australien, wo er am 6. Januar 1923 von „The Telegraph“ zum Meistertkriminellen stilisiert wurde, und sich somit sogar Down Under der schlechte Ruf Berlins als „Chicago Deutschlands“ verfestigte.



Die JVA Tegel heute: Zuletzt gab es hier 2022 den Ausbruch eines Gewaltverbrechers

Bettina Müller

● FÜR SIE GELESEN

Ein Archäologe in Gefahr

Der Archäologe Lindberg wird von einer Ausgrabung in Lauenburg abberufen, da sehr bedeutende alte Unterlagen im Gemäuer einer Hamburger Villa gefunden worden sind. Sie stammen von dem Arzt Carl Severin, der während der Besatzung der Franzosen im Jahr 1813 dort gelebt hatte.

Bei den Dokumenten handelt es sich um einen wertvollen Schatz aus Ägypten. Dieser soll die DNA von Methusalem enthalten, der 969 Jahre alt geworden sein soll, wie die biblische Legende berichtet. Eine solche DNA würde der Forschung an lebensverlängernden Mitteln viel Geld einbringen. Lindberg befindet sich bald in Lebensgefahr. Den Standort des Artefaktes vermutet er in der Kirche in Rellingen nördlich von Hamburg. Auch andere wittern ihre Chance auf ein langes Leben oder die Möglichkeit, das Patent dafür gewinnbringend zu verkaufen.

Thomas Frankenfeld schildert in dem Roman „Der Methusalem-Code“ spannend die Ereignisse in der Gegenwart, und auch die Erlebnisse Dr. Severins im Jahr 1813 werden bildreich geschildert. Die Franzosen waren gnadenlose Besetzer Hamburgs. Sie warfen die armen Hamburger während des bitterkalten Winters durch die Stadttore hinaus, die meisten erfroren. Frankenfeld war zuletzt Chefredakteur des „Hamburger Abendblatts“. A. Selke



Thomas Frankenfeld: „Der Methusalem-Code“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, Taschenbuch, 346 Seiten, 14 Euro

Zeitkolorit eingefangen

Sachsen im Jahr 1756. Friedrich der Große hat das Land angegriffen. König Friedrich August, der auch zugleich Herrscher von Polen ist, und sein Premierminister Heinrich von Brühl fliehen nach Warschau, während die sterbende Königin und Marianne von Brühl in Dresden bleiben. Als die Preußen die Kulturstadt verwüsten, beschließt die Gräfin von Brühl, Friedrich II. zu vergiften. Mit einem mit der giftigen Substanz Tufania gefüllten Flakon reist sie in einer Postkutsche von Dresden nach Leipzig, wo Friedrich sich aufhalten soll. Für ihren Plan will sie die Dichter Gellert und Gottsched gewinnen, die der schöngestige Monarch bereits empfangen hat.

Statt der zu erwartenden spannenden Handlung folgt nun eine Art endlos erscheinendes „Road-Movie“, dessen Höhepunkt der Besuch der Gräfin im Hause des Dichters Gottsched zu sein scheint. Das eigentliche Attentat – das es tatsächlich gab, aber kaum bekannt wurde – wird zum Schluss kurz abgehandelt. Hans Pleschinski Verdienst ist es, in seinem Roman „Der Flakon“ das Zeitkolorit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingefangen zu haben.

MRK



Hans Pleschinski: „Der Flakon“, C.H. Beck Verlag, München 2023, gebunden, 360 Seiten, 26 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Heilpflanze des Jahres 2023

Ob als Frucht, Traubensaft, Traubenkernöl oder als Extrakte von Traubenkern und Weinlaub – alle Teile der Weinrebe wirken heilkräftig

FOTO: SHUTTERSTOCK

Schmackhaft und gesund sind die grünen oder blauen Früchte des Weinstocks. Sie enthalten eine Fülle an Vitalstoffen und sind auch für Allergiker verträglich. Bei welchen Beschwerden die Heilwirkung des Weins ein-

gesetzt werden kann, beschreibt die Ernährungsberaterin Barbara Simonsohn in ihrem Ratgeber „Traube und Weinrebe“. Neben Rezepten für die Küche gibt es auch solche für Naturkosmetik zum Selbermachen. MRK



Barbara Simonsohn: „Traube und Weinrebe. Heilpflanze der Volksmedizin“, Mankau Verlag, München 2023, Klappenbroschur, 158 Seiten, 12 Euro

BELLETRISTIK

Ein abgründiger Sommerroman

Emma Clines neuestes Buch beschreibt eine Frau, die sich in einer Welt von Sein und Schein, Macht und Abhängigkeit sowie Jugend und Alter bewegt

VON ANSGAR LANGE

Alex ist 22 Jahre alt, mittel- und wohnungslos und lebt von reichen Männern, die oft doppelt so alt sind wie sie. Sie manipuliert Männer, um Zutritt zur Welt der Reichen und Schönen zu haben. Alex ist keine Protagonistin, die der Leser ins Herz schließt, weil sie so sympathisch ist oder zumindest Mitleid erweckt. Und trotzdem gelingt es der jungen Autorin Emma Cline mit ihrer kalten und präzisen Sprache, Interesse für ihre Hauptfigur zu wecken. Man kann sich dem Sog der Geschichte nicht entziehen, was mit Sicherheit an dem klaren und völlig moralfreien Stil von Cline liegt.

Alex ist zu Beginn des Romans „Die Einladung“ ziemlich am Boden. Viele ihrer Stammkunden melden sich nicht mehr bei ihr. Ein mysteriöser Mann namens „Dom“ verfolgt sie mit Nachrichten und Anrufen. Sie will ihn hinhalten. Doch ihr Charme wirkt nicht bei ihm. Sie wird ihn über das ganze Buch nicht los. Simon, den sie nicht über eine Escort-Anzeige, sondern zufällig kennengelernt hat, könnte ihre Rettung sein. Der Aufenthalt in seinem Sommerhaus in den Hamptons auf Long Island könnte bedeuten, dass sie endlich dazugehört.

Alex hat kein Problem damit, sich von dem reichen Geschäftsmann für sexuelle Dienstleistungen bezahlen zu lassen. Dabei steht das Erotische gar nicht im Vordergrund. Der ebenfalls nicht besonders sympathische und glatte Gesundheitsfanatiker

Simon will mit der jungen Frau an seiner Seite bei Partys und anderen Anlässen glänzen. Bei einer dieser Partys leistet sie sich einen harmlosen Fehltritt. Anschließend lässt Simon sie durch seine Mitarbeiterin observieren und vor die Tür setzen.

Fortan hat Alex nur ein Ziel. Sie will am Ende der Woche bei Simonas Gartenparty erscheinen und ihn wieder für sich gewinnen. Da sie keinen Ort zum Schlafen hat, handelt sie sich im Folgenden von Zufallsbekanntschaft zu Zufallsbekanntschaft. Sie nimmt, was sie kriegen kann (Geld, Drogen, Essen, Alkohol, Männer), um diese eine Woche bis zur vermeintlichen „Erlösung“ zu überstehen.

Emma Cline, deren Erstlingsroman sich fiktiv um die Manson-Family drehte, hat einen sehr klugen „Sommerroman“ über Schein und Sein, Macht und Abhängigkeit, Jugend und Alter geschrieben. Am Ende des Romans hätte man Alex' Weg gern noch weiterverfolgt, obwohl sie eigentlich nichts Liebensewertes an sich hat. Aber vielleicht ist es ihr auch gelungen, den Leser zu manipulieren und für sich einzunehmen. Denn wer in diesem Buch Opfer und wer Täter ist, ist nicht so einfach zu ermitteln.



Emma Cline: „Die Einladung“, Hanser Verlag, München 2023, gebunden, 320 Seiten, 26 Euro

REPORTAGE

Auf der Suche nach Europa

Der Journalist Alex Rühle bereiste monatelang „mit unvoreingenommener Neugier“ fast alle EU-Länder und liefert doch einen ideologiesteuerten Bericht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen, sagt der Volksmund. Das gilt auch für den Journalisten Alex Rühle, der seit 2001 für die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt und zwischen dem 10. März und 23. Juni 2022 fast alle Länder der EU mit Ausnahme von Irland, Luxemburg, Malta, Österreich, der Slowakei, Tschechien und Zypern bereiste – parallel dazu gab es Aufenthalte in Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. Rühle legte rund 20.000 Kilometer zurück und passierte 33 Mal eine innereuropäische Grenze. Die Ergebnisse dieser Tour verarbeitete er in dem Buch „Europa – wo bist Du? Unterwegs in einem aufgewühlten Kontinent“.

Erklärtes Ziel Rühles war es „zu erkunden, was den Kern Europas heute ausmacht“, und dabei „mit unvoreingenommener Neugier“ vorzugehen. Allerdings konnte der „SZ“-Reporter nicht über seinen persönlichen weltanschaulichen Schatten springen, wie er schon im Prolog unter Beweis stellt. Da ist von „der alles überwältigenden Erderwärmung“ die Rede. Und so geht es beständig weiter, wenn Rühle über Begegnungen und Beobachtungen an den Reisestationen zwischen Ceuta im Süden und Oulu im Norden beziehungsweise Tulcea im Osten und Lissabon im Westen berichtet: Stets betrachtet er Europa durch die Brille des linken Intellektuellen, der über alles herzieht, was für ihn nach Putin- oder Trump-Verehrung, Natio-

nalismus, Revisionismus, Populismus, Klimawandel- und EU-Skepsis, „Verschwörungstheorien“ und sonstigem „rechten“ Gedankengut riecht.

In diesem Zusammenhang ist sich der Reporter teilweise nicht zu schade, beleidigend-geschmacklose Formulierungen zu verwenden. So bezeichnet er die serbischen Fahnen vor den Regierungsgebäuden in Belgrad als „Fahnenlappen“, welche „so kümmerlich von ihren Masten (baumeln) wie benutzte Präservative“.

Ansonsten ging Rühle auch bei der Auswahl seiner Gesprächspartner in den jeweiligen Ländern bemerkenswert einseitig vor: Er konsultierte zumeist nur politische Aktivisten links-grüner und dezidiert migrationsfreundlicher Couleur oder zumindest solche Personen, deren Aussagen die Weltsicht des „SZ“-Journalisten bestätigen. Gleichzeitig haben Autor und Verlag es nicht für nötig gehalten, dem Buch Fotos beizufügen, weswegen man als Leser keinen Eindruck vom realen physischen Erscheinungsbild der Interviewten erhält.

Dafür war im Nachwort Platz für einen „dankbaren Gruß an all die Menschen, die an der Entwicklung des Corona-Impfstoffes beteiligt waren“.



Alex Rühle: „Europa – wo bist Du? Unterwegs in einem aufgewühlten Kontinent“, dtv, München 2022, 415 Seiten, gebunden, 25 Euro

TUBERKULOSE-ABWEHR

Von ersten Fürsorgestellen zu Lungenheilstätten

Zwischen 1900 und 1930 wurden in Ostpreußen zahlreiche Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Krankheit unternommen

VON MARGUND HINZ

Die erste „Fürsorgestelle für Lungenkranke und Tuberkulöse“ Königsbergs, entstanden im Jahr 1904, konzentrierte sich in ihrer Arbeit zunächst auf Gesundheitsförderung und Beratung der Erkrankten. Sie bot ihnen und ihren Familien wirtschaftliche Hilfen wie Lebensmittelabgabe und Beihilfen zu den Kurkosten an und unterstützte sie durch praktische Wohnungsfürsorge in Form von Bettenlieferung und Desinfektionsmaßnahmen.

Um die Verbreitung der Tuberkulose in den Familien zu verhindern, unterwies die Fürsorgestelle den betroffenen Personenkreis. Als einige Jahre später ein Fürsorgearzt im Nebenamt angestellt wurde, trat die Erfassung der Tuberkulosekranken in den Vordergrund. Dem Stand der Wissenschaft gemäß vollzog sich die Auswahl der Kranken für Kuren in Heilstätten, die in Ostpreußen zuerst um 1900 in Geislienen im Kreis Hohenstein und 1907 im Stadtwald von Allenstein durch den Verein zur Errichtung von Lungenheilstätten entstanden. 1908 errichtete man im etwa 25 Kilometer von Königsberg entfernten Schneewalde ein Erholungsheim für Frauen. Es nahm an der geschlossenen Lungentuberkulose im Anfangsstadium Erkrankte oder Gefährdete auf. Die guten Erfahrungen mit diesem Heim führten zur Gründung einer ähnlichen Einrichtung für Männer in Klein-Hoppenbruch. Diese ist aber während des Ersten Weltkrieges nicht für Tbc-Kranke genutzt worden, sondern diente als Kriegslazarett.

Gesundheitsförderung ab 1904

Erst ab Mai 1929 konnten, aus wirtschaftlichen Gründen bedingt, in Schneewalde wieder Leichterkrankte und von Tuberkulose Bedrohte aufgenommen werden. Zu den Heilmaßnahmen gehörten Liegekuren und geeignete Ernährung. Die notwendige Hygiene und individuelle Fürsorge sollte durch regelmäßige, in kurzen Abständen durchzuführende Arztbesuche gesichert werden.

In Königsberg selbst schuf man nahe der Stadtgrenze eine Schrebergartenanlage, um Bedürftigen Gelegenheit zu geben, sich tagsüber an frischer Luft aufzuhalten. Die Plätze wurden an geeignete Tbc-Kranke vergeben, die sich in Fürsorge befanden. Eine bereitgestellte einfache Kücheneinrichtung und der Anbau von Obst und Gemüse ermöglichte es ihnen und ihren Familien auf Dauer im Garten zu bleiben und dosiert zu arbeiten. Die auf dem Gelände der Gartenanlage erbaute Liegehalle stand für Tagesliegekuren in ambulanter Behandlung befindlicher Kranker zur Verfügung.

Schrebergärten für die Gesundheit

Auch nach dem Ausscheiden der Gartenanlage aus der Verwaltung der Fürsorgestelle oblag die Verteilung der frei werdenden Plätze weiter dem Gutachten der Fürsorgeärzte. In der Nähe baute eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, angeregt durch die Fürsorgestelle, einen Häuserblock. Darin wurden viele Wohnungen für Lungenkranke nach Vorschlägen der Fürsorgeärzte bereitgestellt. Durch Teilnahme eines Arztes der Fürsorgestelle an den Sitzungen des Wohnungsamtes suchte man die Wohnungsnot der Tbc-Kranken zu steuern.

Unter der Leitung des Stadtmedizinalrates Dr. Franz Jankowski erfolgte Anfang der 1920er Jahre der Ausbau der Fürsorgestelle in zunehmender Trägerschaft der Städtischen Gesundheitsbe-



Dopönen zwischen 1920 und 1930: Beim Schulausflug sollen die Kinder an die frische Luft

Fotos (4): Bildarchiv Ostpreußen

hörde. Sie führte die Bezirksfürsorge ein, die eine vertiefte Erfassung der Tbc in den Familien ermöglichte. Eine erfolgreiche Diagnostik in der Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen konnte in enger Verbindung mit der Schulfürsorge gesichert werden. Den Schulkindern kamen überdies Tagesfahrten ins Freie mit Verpflegung und Aufenthalte in Erholungs-

heimen im Wald oder an der See zur Tuberkuloseabwehr zugute.

Ausflüge für Kinder

Die ärztliche Tätigkeit der Fürsorgestelle war darauf begrenzt, die frühzeitige diagnostische Feststellung der Erkrankung zu sichern. Die Durchführung von Umgebungsuntersuchungen in Schule, Betrieb

und Heim erlaubten auch eine wirksame „Entseuchung“, bei der latente Infektionsquellen beseitigt wurden. Initiiert von Jankowski ist 1921 in der Städtischen Krankenanstalt von Königsberg unter Leitung von Professor Harry Scholz eine selbstständige Tuberkulose-Abteilung eröffnet worden. Ihr sowie der Medizinischen Klinik gliederte man je eine Fürsor-

gestelle an. In den Provinzstädten und Landkreisen vollzog sich der Aufbau von Fürsorgestellen in ähnlicher Weise wie in der Hauptstadt, nur etwas später. Sie wurden überwiegend von Kreis- oder Kommunalärzten geleitet. In größeren Provinzstädten gab es spezielle Fürsorgeärzte. In dem Regierungsbezirk Gumbinnen gelang es dem Medizinalrat Dr. Franz Ickert, in Kürze ein dichtes Netz an Fürsorgestellen zu schaffen.

Aufbau von Fürsorgestellen

Die 1926 gegründete Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose hatte maßgeblichen Anteil am Ausbau der Tuberkulosefürsorge in der Provinz Ostpreußen. Sie stellte die finanziellen Mittel zur Ausstattung der Fürsorgestellen mit Röntgenapparaten bereit. Ferner widmete sie sich der Vor- und Fortbildung der an Fürsorgestellen beschäftigten Ärzte und der Praktiker, die mittels Kursen zur Arbeit mit Tuberkulosekranken geschult wurden.

Die dreiwöchigen Lehrgänge fanden an Krankenhäusern in Hohenkrug und Königsberg statt. Darauf folgte eine acht-tägige Arbeit in der modellhaft eingerichteten Fürsorgestelle Heinrichswalde

4970

Kinder erhielten im Jahr 1929 in Ostpreußen eine Kur in Erholungsheimen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Zuvor waren 177.172 der 225.000 Schüler untersucht worden.



Heilstätte Frauenwohl bei Allenstein



Beispiele ostpreußischer Lungenheilstätten: Die Heilstätte Frauenwohl in Allenstein (oben), die Seeheilstätte Lochstädt in der Nähe von Pillau (u.l.) und die Heilstätte Tilsit (u.r.)



und in Form von kürzeren Vortragsreihen an unterschiedlichen Orten. Auch die Krankenschwestern auf den Gemeindepflegestationen und die Fürsorgerinnen wurden in regelmäßigen Abständen in Vorbereitungs- und Fortbildungskursen für ihre Arbeit mit Tbc-Kranken geschult. Die Lehrer befähigte man durch Unterricht dazu, notwendige Kenntnisse über die Erkrankung in der Schule zu vermitteln. Besonders gefördert wurden überdies Schuluntersuchungen. Nach dem Bericht der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose des Jahres 1929 waren bis zum Ende des Vorjahres 177.172 der rund 225.000 Schulkinder untersucht worden. 1929 erhielten 4970 Kinder eine Kur in Erholungsheimen.

Im Verlauf eines Jahrzehnts nach dem Ersten Weltkrieg gewannen operative Maßnahmen in der Behandlung der Lungentuberkulose an Bedeutung. Dadurch änderte sich die Auswahl der Patienten, die in den Heilstätten zu behandeln waren. Sie nahmen jetzt auch bislang abgelehnte, schwer Lungenkranke auf. Ziel war es, dass diese Patienten ihre Arbeitsfähigkeit wiedererlangten. Die Dauer der Kuren richtete sich nach dem Erfolg der kombinierten Behandlung.

Um das Jahr 1928 wurde in Stadtheide bei Tilsit ein modernes Tuberkulosekrankenhaus mit 110 Betten eröffnet. Der Stadtarzt Dr. Theodor Rehberg, zugleich Leiter der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses in Tilsit, übernahm die Leitung. Er hatte sich zuvor in der Thoraxchirurgie vorgebildet. Nach dem Stand von 1930 hatte sich in der gesamten Provinz Ostpreußen die Tuberkulosefürsorge zunehmend erfolgreich entwickelt.

● AUFGESCHNAPPT

Angesichts von Asylflut und Wohnungsnot galt es links der Mitte als besonders verwerflich, „Geflüchtete und Wohnungssuchende gegeneinander auszuspielen“. Als wenn das nötig wäre: Für die Konkurrenz der beiden Gruppen auf dem Wohnungsmarkt sorgt die blanke Realität, denn Wohnraum, der an Asylsucher gegangen ist, kann nicht noch einmal verteilt werden. Welche Blüten die Leugnung dieser simplen Tatsache treiben kann, zeigt München: Dort wird Studenten ein Platz auf einem Campingplatz angeboten, weil es in der bayerischen Landeshauptstadt nahezu unmöglich geworden ist, eine für Studenten bezahlbare Unterkunft zu finden. Andererseits fühlt sich der deutsche Staat in Gestalt von Kreisen und Kommunen verpflichtet, jedem (auch illegal) ins Land Gekommenen eine feste Unterkunft bereitzustellen. Vor diesem Hintergrund könnte die Münchener Campingplatz-Empfehlung an Studenten zum Symbol von Überforderung und moralischem Größenwahn werden, die Deutschland derzeit kennzeichnen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Martina Schweinsburg, CDU-Landrätin im thüringischen Landkreis Greiz und ab kommandem Jahr womöglich im Erfurter Landtag, sagte gegenüber dem „heute journal“ (17. September) zum Beschluss der Bundes-CDU, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben dürfe:

„Dieser Beschluss ist überflüssig wie der Schmutz zu Ostern. Und Sie werden keine klare Definition für so etwas finden. Das Konrad-Adenauer-Haus (CDU-Bundeszentrale in Berlin, d. Red.) sollte sich tunlichst zurückhalten, wie die ehemalige SED-Parteileitung in Berlin die Doktrin vorzugeben, was man zu denken und zu fühlen und zu tun und zu lassen hat.“

Ex-„Bild“-Chef Julian Reichelt rechnet im Portal „Nius.de“ (12. September) mit den Grünen ab:

„Grüne glauben, dass Atomstrom die Netze so sehr verstopft, dass man die Kraftwerke abschalten muss. Grüne glauben, dass man Stahlwerke mit Windmühlen betreiben kann. Grüne glauben wie alle Sozialisten, dass ihre Idee klüger ist als alle Menschen des Landes zusammen. Grüne glauben, dass man Innovation schafft, indem man verbietet, was einem nicht passt.“

Der Niedergang, den das einst stolze Filmfestival Berlinale unter Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) erleidet, fügt sich für Hanns-Georg Rodek in den Niedergang des ganzen Landes, wie er in der „Welt“ (18. September) schreibt:

„Die Säulen des mächtigen Nachkriegsdeutschland bröckeln. Die gewaltige Autoindustrie – von der E-Revolution ausgebremst. Der stolze Exportweltmeister – vom Sockel gestoßen. Das eiserne Arbeitsethos – von Grundeinkommensträumen angefressen. Die trendsetzende Documenta – selbstdemontiert. Und nun auch die Berlinale. Lange gehörte sie zur heiligen Trias der Festivals, neben Cannes und Venedig; zeitweise sogar als Primus inter pares.“

Maximilian Both sieht Bundesinnenministerin Nancy Faeser immer tiefer in eine unenterrinnbare Krise rutschen, wie er in der „Berliner Zeitung“ (18. September) schreibt:

„Eine Doppelniederlage im hessischen Wahlkampf und in der Causa Schönbohm haben das Potential, Faeser dauerhaft politisch zu beschädigen. Die sich aktuell zuspitzende Lage in Lampedusa wirkt da wie der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringen könnte.“

● WORT DER WOCHE

„Eigentlich könnte ich ganz normal arbeiten gehen. Und das würde ich auch gern. Aber zu Hause bleiben ist lukrativer, da Steuern und Abgaben exorbitant hoch sind.“

Angelika Lütt, Rentnerin, die als Lehrerin, Personalentwicklerin und Innovationsmanagerin gearbeitet hat, begründet gegenüber „Focus online“ vom 19. September, warum sich Arbeit für sie nicht mehr lohnt

DER WOCHENRÜCKBLICK

Danke, Jan Böhmermann!

Was wir aus den Ausschreitungen der Eritreer lernen, und was der ZDF-Haushetzer bewirkt hat

VON HANS HECKEL

Als Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, die Abschiebung von Eritreern fordert, die auf deutsche Polizisten losgegangen sind, gerät die Moderatorin des privaten TV-Nachrichtensenders regelrecht außer sich. Aber die seien doch in ihrer Heimat verfolgt! Da könne man sie doch nicht abschieben!

Es ist zuweilen schwierig, den deutschen Debatten mit gesundem Menschenverstand beizukommen. Zumal, seitdem die Anmahnung jeder trivialen Alltagsklugheit unter Populismusverdacht oder Schlimmerem steht.

Derzeit schaffen es die „Eritrea-Festivals“ in die Schlagzeilen. Regimetreue Vereine veranstalten Treffen, etwa in Gießen oder in Stuttgart, an deren Rand sich auch Gegner der Diktatur am Roten Meer einfinden, welche mit Holzplatten, in die Nägel eingeschlagen sind, Eisenstangen und Pflastersteinen bewaffnet sind, mit denen sie auf deutsche Polizisten losgehen, welche die Veranstaltung der Regimetreuen beschützen.

Aber Abschieben geht nicht, weil die armen Gewalttäter doch bei uns „Schutzstatus“ genießen. Wir beschützen also Leute, die unsere Sicherheitskräfte, die unseren Staat repräsentieren – also letztlich uns selbst –, brutal attackieren. Warum? Wer würde jemandem persönlich Schutz gewähren, der bewaffnet auf ihn losgeht?

Aber der Wahnsinn geht weiter. Was in der Diskussion so gut wie gar keine Rolle spielt, das sind die anderen Eritreer, die auf den Festivals regimetreuer Kräfte. Wie kann es angehen, dass jemand bei uns „geschützt“ werden soll vor jener Gewaltherrschaft, die er doch so eifrig unterstützt? Und das selbst noch in Deutschland, wo ihn niemand zu dieser Unterstützung zwingt?

Im Grunde sind die Festivals der buchstäblich schlagende Beweis dafür, dass beide Gruppen kein Anrecht auf Schutz in Deutschland haben. Die einen, weil sie wegen ihrer erwiesenen Regimetreue gar nicht geschützt werden müssen, und die anderen, weil sie ihren Status mit dem brutalen Angriff auf die deutsche Polizei verwirkt haben. Also alle raus – sagt der gesunde Menschenverstand.

Was passiert aber tatsächlich? Erst einmal hören wir die öffentliche Entrüstung aus der Politik, wie immer nach solchen Vorkomm-

nissen. Man verspricht uns die „ganze Härte des Gesetzes“, die hier zur Anwendung kommen müsse. Und dann passiert – nichts, wie immer nach solchen Vorkommnissen.

Abschieben? Es soll eher in die exakt entgegengesetzte Richtung gehen. So ganz nebenbei rutscht ein Punkt aus dem Wahlprogramm der hessischen SPD in die Öffentlichkeit, wonach Asylsucher schon nach sechs Monaten Aufenthalt das kommunale Wahlrecht erhalten sollen.

Wir wollen aber fair bleiben: Das Wahlprogramm ist schon ein paar Monate alt, wurde nicht erst gestern beschlossen. Vielleicht war das damals im Juni, als die Hessen-SPD ihren Wahlparteitag abhielt, noch eine ganz andere Welt. Ohne Eritrea-Festivals, ohne SOS funkende Kommunen und Kreise, die in der Asylflut absaufen, und ohne die Bilder von Lampedusa.

Seitdem das alles die Medien erobert hat, setzen die Deutschen ihre Schwerpunkte anders. Multikulti-Offensiven werden von immer mehr Leuten als Bedrohung empfunden statt als Verheißung einer „bunteren“ Welt. Und da wurde der Wahlrechtsvorstoß der hessischen Sozialdemokraten mit Faeser an der Spitze plötzlich zum Aufreger, den die „Bild“-Zeitung groß rausbringt.

Es funktioniert nicht mehr

An anderer Stelle sind die Deutschen dagegen sehr viel gelassener geworden, was links der politischen Mitte ebenso mit Unverständnis und Argwohn begleitet wird wie die plötzliche Empfindlichkeit der Bürger in Sachen ungezügelter Einwanderung.

Wie es passieren konnte, dass die Anti-Aiwanger-Kampagne so schrecklich in die Hose ging, versteht man im linken Lager bis heute nicht. Früher endete so ein geschickt platzierter „Nazi“-Vorwurf immer als Fangschuss. Der beschossene war erledigt. Mittlerweile scheint das nicht mal mehr bei der AfD zu funktionieren.

Dabei hat man sich für die Blauen rechtzeitig zur Bayern-Wahl etwas Hübsches zu rechtgelegt. Der frühere AfD-Landeschef im Freistaat und heutige Bundestagsabgeordnete Petr Bystron hatte zum Abschied des früheren ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk eine Collage ins Netz gestellt, auf der unter anderem Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), Altkanzlerin Angela Merkel (CDU) und Kanzler Olaf Scholz (SPD) dem scheidenden Diplomaten zum Abschied

winken, wobei ihre rechten Arme nach oben zeigen. Ja klar: Hitlergruß! Weil er den „gezeigt“ habe, soll sich Bystron nun wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole verantworten. Der Bonner Staatsrechtsprofessor Hans-Ulrich Paeffgen winkt ab: „Ein politisch-strafrechtlicher Konnex ist mehr als herbeigequält.“ Auch sonst scheint sich außerhalb stramm linker Kreise kaum jemand für den Vorgang zu interessieren.

Da waren wir aber mal ganz anders drauf. Wir erinnern uns an das Standbild des winkenden früheren AfD-Chefs Bernd Lucke, dem man allen Ernstes den „Hitlergruß“ unterjubeln wollte. Auch als Lucke den Euro als „entartete“ Währung titulierte, gingen alle Warnlampen an.

Heute scheint das völlig anders zu laufen. Das müde Echo auf Bystrons Collage oder das Flugblatt in Aiwangers Schultasche deuten auf einen Gezeitenwechsel hin. Es reicht nicht mehr, „Nazi“ zu schreien, um jemanden mit den albernsten Unterstellungen vom Hof zu jagen. Die Deutschen müssen irgendwann gelernt haben, zwischen Blödsinn und Substanz zu unterscheiden.

Apropos Substanz: Wir wollen natürlich wissen, woher dieser Umschwung kommt, und noch mehr, wer ihn bewerkstelligt hat. Hier kommen wir nicht umhin, die herausragende Leistung eines einzelnen Mannes zu würdigen, dessen Verdienste gerade rechts der Mitte allzu oft verkannt werden. Wir sprechen von Jan Böhmermann.

Überrascht? Nun, der ZDF-Haushetzer hat die unlängst noch so gefürchtete „Nazi-keule“ mit solcher Wahllosigkeit geschwungen, dass sie irgendwann zersplittert ist. Vorläufiger Höhepunkt war die Etikettierung der CDU als „Nazis mit Substanz“. Schon früher war er durch bizarre Einfälle aufgefallen. So bekrittelte Böhmermann das deutsche Apotheken-Logo nur deshalb als NS-verdächtig, weil es 1936 entworfen wurde.

Aber mit der CDU-Sache ließ er endgültig die Katze aus dem Sack, nämlich, dass für ihn (und seine Gesinnungsgenossen) alles „Nazi“ ist, was sich nicht im Zentrum einer grünsozialistischen Bewegung befindet oder dieser zumindest gehorsam hinterherdackelt. Da erkannten viele Deutsche wohl, was es mit dem allgegenwärtigen „Nazi“-Vorwurf auf sich hat und entsannen sich des „Antifaschistischen Schutzwalls“ und dessen propagandistischer Infamie. Folge: Plötzlich funktioniert die Masche nicht mehr.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de